Klassenkampf

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. **Bezugspreis:** frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. **Verlag und Druck:** Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 43 Fritz Koch, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Montag, den 19. April 1926** | **6. Jahrgang * Nr. 91**

Verhindert die Niederschlagung des Volksentscheids

Unerhörte Provokation der Luther-Regierung — Betriebe vor die Front!

Wir haben in der Sonnabend-Nummer des „Klassenkampf" mitgeteilt, daß zwischen den Regierungsparteien **ein Kompromißentwurf** in der Fürstenabfindungsfrage zustande gekommen ist. Dieses Kompromiß, das im wesentlichen dem letzten Kompromiß, das während des Volksbegehrens von den Regierungsparteien zurechtgezimmert wurde, gleicht, enthält darüber hinaus noch **Bestimmungen**, deren praktische Auswirkung noch stärker die Fürsten begünstigt, wie das schon geschehen ist. Die 12½ Millionen Stimmen für das Volksbegehren **existieren nicht für diese Fürstenlakaien.** Man hat sich lediglich bemüht, das Kompromiß so zu gestalten, daß auch die von den Deutschnationalen abhängige **Wirtschaftspartei** ihre Zustimmung gegeben hat.

Stellt schon dieser Kompromißentwurf eine Provokation dar gegenüber den 12½ Millionen Einzeichnern für den Volksentscheid, so hat sich der **Reichswirtschaftsminister Kurtius gestern in einer Rede auf dem Badischen Parteitag der Deutschen Volkspartei in Mannheim** eine Unverschämtheit geleistet, die nicht stark genug in den Vordergrund gestellt werden kann, zeigt sie doch aus dem Munde eines verantwortlichen Ministers, **wie man über den Volksentscheid denkt und was man mit dem Volksentscheid tun wird.** Nach einem Rückblick auf die auswärtige Politik des Reiches ging Kurtius auf die Innenpolitik über und führte nach den **„Leipziger Neuesten Nachrichten"** vom Montag folgendes aus:

„Leider wird die deutsche Innenpolitik am kräftigen Vorwärtsschreiten auf dem als richtig anerkannten Wege immer wieder durch **neue Hindernisse gehemmt,** so drohe **eine neue Krisis durch die Volksbegehren der Aufwertungsgläubiger, Kriegsbeschädigten, Mietervereine usw.** Die **Aufwertung** der Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen und der Friedensbanknoten auf 50 Prozent würde den **öffentlichen Kredit ruinieren.** Schon die Zulassung dieser Volksbegehren würde **unermeßlichen Schaden anrichten.**

Die Volksbegehren seien aber gegen den Geist der Verfassung. Die Reichsregierung werde sich deshalb mit allen Mitteln und mit ihrer ganzen Autorität gegen diese Volksbegehren stellen."

Bis jetzt hat man in der bürgerlichen Presse der Rechtsparteien — wir haben bereits eine ganze Reihe solcher Pressestimmen vermerkt — die Mittel und Wege gezeigt, wie man mit den Machtmitteln des Staates Volksbegehren und Volksentscheid, wenn sie günstig ausfallen, rückgängig machen kann. Jetzt wird von **offizieller Seite** verkündet, daß die Reichsregierung mit ihrer **ganzen Autorität und mit allen Mitteln** sich gegen Volksbegehren und Volksentscheide stellen werde. Wenn der Reichsminister Kurtius nach den Ausführungen der „Leipziger Neuesten Nachrichten" von den geplanten Volksbegehren spricht, so ist es unzweifelhaft, daß er damit ganz genau so gut **das Volksbegehren für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten und den kommenden Volksentscheid meint.**

Vor wenigen Tagen ist die Reichsregierung in München gewesen. Wir haben bereits mitgeteilt, welchen Inhalt die Besprechung in München zwischen der bayrischen Regierung und der Reichsregierung haben würde. Die gestrige Rede des Wirtschaftsministers Kurtius beweist, daß eine **weitgehende Uebereinstimmung** zwischen den Forderungen der bayrischen Regierung auf Abbau des Parlamentarismus, Heraufsetzung des Wahlalters, Maßnahmen gegen den Volksentscheid usw. erzielt worden ist. **Der Reichsminister Kurtius hat aus der Schule geplaudert.** Dafür kann man ihm dankbar sein.

Was sind die politischen Folgerungen, die aus diesen Aeußerungen des Reichswirtschaftsministers gezogen werden müssen? Die Ansetzung des Volksentscheids und die **Durchführung eines siegreichen Volksentscheids** erst recht **kann nie und nimmer mit der Luther-Regierung geschehen.** Der Volksentscheid und die Existenz der Luther-Regierung sind zwei Dinge, die sich wie Feuer und Wasser gegenüberstehen. **Wer den Volksentscheid und seine loyale Durchführung will, muß den Sturz der Luther-Regierung wollen.** Das ist die klare Logik, die sich aus dieser Aeußerung des Reichswirtschaftsministers ergibt. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden immer mehr erkennen, wie sie betrogen worden sind, als **ihre Reichstagsfraktion** sich vor wenigen Wochen **wieder für Luther entschieden hat.** Darüber hinaus werden alle jene Kleinbürger, die durch den Krieg und die Inflation an den Bettelstab gebracht worden sind, erkennen, daß es nunmehr Zeit ist, dieser Luther-Regierung den Garaus zu machen, die durch den Mund des Reichswirtschaftsministers Kurtius die schärfsten Maßnahmen gegen sie ankündigt.

Morgen tritt der Reichstag wieder zusammen. Die 12½ Millionen Stimmen, die sich zum Volksbegehren eingetragen haben, müssen zu einer gewaltigen Einheit zusammengefaßt werden, deren Parolen: **Nieder mit der Luther-Regierung, Reichstagsneuwahlen und Volksentscheid** die morschen Throne dieser Fürstenlakaien stürzen.

Volksgesundheit und Fürstenenteignung

In allen Städten und Orten Deutschlands lief unlängst ein Film mit dem aufrüttelnden Titel: „Volk in Not!" Es handelte sich aber nicht, wie harmlose Gemüter glauben könnten, um eine Darstellung der furchtbaren gesundheitlichen und sozialen Notlage des arbeitenden deutschen Volkes, sondern um die Befreiung Ostpreußens vom Russeneinbruch 1914 durch Hindenburg. Aus der Not des Volkes wird imperialistische Propaganda gemünzt. Im furchtbarsten Elend verkommen breiteste werktätige Schichten. — Selbstmorde und Hungertodesfälle sind an der Tagesordnung. — Die Tuberkulose, der weiße Tod, der als Proletarierkrankheit galt, nistet sich jetzt in Mittelständler- und Beamtenkreisen ein, zafft Künstler und Gelehrte, Studenten und verarmte Kleinhändler dahin. Verheerende Krankheiten und Seuchen wüten. Vom flachen Lande melden die Bulletins des „Reichsgesundheitsamtes", daß die Pächter und Kleinbauern den Arzt nicht mehr in Krankheitsfällen rufen, so daß immer öfter der Arzt nur den Todeseintritt bestätigen kann. Ja — in verschiedenen Gegenden Deutschlands geschieht selbst das nicht mehr, weil die Todesbestätigung auch von Laien geschehen darf. — Nach den Feststellungen vieler praktizierender Aerzte und der oben genannten amtlichen Stelle nehmen die Erkältungs-, Magen- und Nervenleiden dauernd zu. Die Verminderung der Säuglingssterblichkeit, auf die unsere Sozialhygieniker so stolz sind, läßt sich daraus erklären, daß erstens die Zahl der Geburten im Vergleich zur Vorkriegszeit enorm gefallen ist und zweitens die Lebens- und Aufzuchtmöglichkeiten für die wohl überlegt Gezeugten und Geborenen von vorzüglicherer als gesicherter gelten können. Die Epidemien, vor allem der Unterleibstyphus, haben durch ihr gehäuftes und gefahrvolles Auftreten im vorigen, wie auch im jetzigen Jahr, in allen Kreisen schwerste Sorgen und Befürchtungen ausgelöst.

Alle diese unbestreitbaren Tatsachen der gesundheitlichen Verelendung müssen — es gilt schon als Binsenwahrheit — auf die trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung zurückgeführt werden. Die dauernde Erwerbslosigkeit zwingt zu einer starken Einschränkung des Kleider- und Nahrungsmittelkonsums, der mancherseits auf 40 Prozent der Norm geschätzt wird. Die Wohnungsnot steigt dauernd, da nur für kapitalkräftige Kreise einigermaßen hygienische Wohnräume hergestellt werden. Nach Angaben des Bodenreformers Damaschke fehlen zurzeit in Deutschland 1 200 000 Wohnungen. Die Wohnungsdichte nimmt, nach Angaben der Krankenkasseninspektoren, besonders in den Großstädten dauernd zu, so daß Zimmerbelegungen von acht bis elf Personen keine Seltenheit mehr sind. Mit offen Tuberkulosekranken teilen häufig ein bis zwei noch Gesunde das Bett.

Bei dem Elend wirkt es wie ein Faustschlag ins Gesicht der leidenden Masse, daß der Gesundheitsetat eingeschränkt, aber der Heeres- und Marineetat, der Polizeietat enorm gesteigert werden. — „Kein Geld ist da" für ernsthafte Bekämpfung der Tuberkulose und Säuglingssterblichkeit, für Neubau von Krankenhäusern und Ferienheimen, für die Ausheilung der Kriegsopfer, für die Versorgung der Altersinvaliden.

Die bürgerliche Regierung Deutschlands fühlt sich bemüßigt, wenn sie schon kein Geld für die Volksgesundheit ausgibt, wenigstens so zu tun, als wenn sie etwas täte. Zu diesem Zwecke veranstaltet sie eine Reichsgesundheitswoche. Die für das Volkswohl verantwortlichen Regierungsmänner haben zweifellos von der großzügigen Gesundheitspropaganda der Sowjetregierung, die allerdings auf ganz andere — nämlich reeller Basis arbeitet, gehört; jetzt wollen sie, ohne den Lehrmeister zu nennen, ihn imitieren. Ihre Nachahmung wird aber, weil vollständig in der Luft schwebend, und ohne Zusammenhang mit den Werktätigen, zum bloßen Tamtam. Die geplanten Ausstellungen werden neben dem üblichen „Belehrungsmaterial" den Fabriken medizinischer Patentartikel im brutesten Maße Platz geben. Der „ideologische Ueberbau" wird natürlich rein individualmedizinisch sein und wie es schon im Programm heißt: „Dem **Einzelnen** seine Verantwortung für die Volksgesundheit" zum Bewußtsein bringen. Also nicht das kapitalistische System, sondern das Opfer ist schuld! Von sahllosen medizinischen Autoritäten soll in der Reichsgesundheitswoche dieser **Kernsatz heuchlerischer Verdrehung hinausposaunt werden.** Es fängt schon bei der jetzt anhebenden Kinovorbereitung entsprechend an. Da wird ein vollgefressener Fettwanst, der von hochgehäuften Tellern frißt, dargestellt neben einem zweiten, der, wie durch den Zeitspiegel gesehen, schnell die Speisen hinunterwürgt. Das Motto, das nachher auf der Leinwand erscheint, lautet: „Iß nicht so viel und nicht so hastig". Das fehlt gerade in der heutigen Zeit, daß das Proletariat zu sparsamem Essen angehalten wird. Von dem Propagandisten ist die Rollenverteilung sicher so gedacht: Prolet, iß nicht so viel; Bourgeois, iß nicht so hastig, nimm Dir Zeit!

Neben der Gesundheitswoche der Reichen läuft die Volksaktionswoche zum „Fürstenentscheid".

Mindestens 2,6 Milliarden Volksvermögen beanspruchen die entthronten Despotenhäuser. Sie wollen sich **gesund machen,** während das Volk in Krankheit und Siechtum verkommt. Der Entwurf zur Fürstenenteignung steht ausdrücklich vor, daß die ins Volkseigentum zurückzuführenden Werte für die genau benannten Geschädigtenkreise verwandt werden müssen.

Den 2,6 Millionen **Erwerbslosen** könnte man ein Jahr lang monatlich 83 Mark zu ihrer kargen Unterstützung gewähren.

Den 10 Millionen **Kriegsbeschädigten** könnte man während 26 Jahren durch Zinsendienst je 300 Mark Rentenaufbesserung zuweisen.

Den unter Wohnungsnot besonders leidenden **Auslandsdeutschen** (Heimkehrer und den übrigen Opfern der Inflation könnte, wenn man ihre Zahl auf 1,2 Millionen schätzt, ein Wohnungsbauzuschuß von je 2170 Mark gegeben werden.

Den **Landarbeitern, Kleinpächtern und Kleinbauern** soll durch Schaffung von Siedlungsland auf den 2 Millionen preußischen Morgen (eine halbe Million Hektar) Landbesitz zu Tausenden die

Völkerbund und deutsch-russischer Neutralitätsvertrag

„Volksblatt" als Anwalt des Völkerbundkrieges gegen Sowjet-Rußland

Die Verhandlungen über den Abschluß eines **deutsch-sowjetrussischen Neutralitäts-Vertrages** hat alle **Locarno-Gemüter** aufgescheucht. Aengstlich horcht die überraschte deutsche Presse auf den „Eindruck" bei den Westmächten. Die Reichsregierung erläßt beruhigende Erklärungen, daß sie über jeden Schritt ihrer Verhandlungen mit der Sowjet-Union nicht nur die **Locarno-Mächte,** sondern auch die Washingtoner Regierung „auf dem Laufenden hält" (!) und daß der geplante Vertrag **„an der Locarno- und Völkerbundspolitik Deutschlands nichts ändern soll".**

Nun hat es bekanntlich viele Leute gegeben, die der deutschen Arbeiterschaft Locarno und den Völkerbund nicht laut genug als ein geniales Werk des **Friedens,** als den Beginn der Befriedung Europas anpreisen konnten. Am Lautesten schrien dabei die Sozialdemokraten. Mit nicht geringem Erstaunen dürften deshalb die sozialdemokratischen Arbeiter folgende Ausführungen im „Volksblatt" vom Sonnabend gelesen haben:

„Am meisten ist die Rede von einer Analogie zu dem russisch-türkischen Neutralitätspakt, den Tschitscherin und der türkische Außenminister Ruchdy Bey am 17. Dezember 1925 in Paris unterfertigt haben, und der ja ebenfalls in Moskau als eine Ergänzung der Locarno-Verträge, oder besser gesagt, als eine Antwort auf sie angesprochen wurde. Aber es ist doch schwer vorstellbar, daß eine ähnlich geartete Konvention zwischen Deutschland und Rußland geplant sein soll, da sie mit den Satzungen des Völkerbundes nicht in Einklang zu bringen wäre.

Jener Vertrag verlangt im Falle einer militärischen Aktion gegen einen der beiden Beteiligten die Neutralität des anderen. Außerdem verpflichten sich die Parteien, sich jeden Unangriffs gegeneinander zu enthalten und in keine Allianz und keine politische Abmachung mit einer oder mehreren Mächten einzutreten und keinen feindlichen Akt zu unterstützen, der gegen die Sicherheit des anderen Partners zu Wasser und zu Lande gerichtet sein könnte.

Nehmen wir z. B. an, daß Rußland in einen Konflikt mit einem der dem Völkerbund angehörenden Staate geriete und sich weigerte, sich den vom Bunde aufgestellten Bedingungen über eine friedliche Regelung von Streitfragen zu unterwerfen, so würden Rußland gegenüber die Bestimmungen des Artikels 16 in Kraft treten. Nun mag man dem Artikel 16 die für Deutschland denkbar günstigste Auslegung geben, auf alle Fälle wäre es aber gänzlich unmöglich, daß es sich von vornherein vertragsmäßig zur Neutralität verpflichtet."

Wir müssen feststellen: das ist ein interessantes Geständnis. Das „Volksblatt" will den sozialdemokratischen Arbeitern also begreiflich machen, daß ein **vollkommener** Neutralitäts-Vertrag dem so viel gerühmten **Friedensgeist** von Locarno **widersprechen** würde! Wenn aber der Völkerbund wirklich den **Frieden** sichern soll, wie kann dann ein deutsch-russischer Neutralitäts-Vertrag zur Sicherung des Friedens zwischen zwei Staaten nicht **„in Einklang mit den Satzungen des Völkerbundes gebracht" werden?**

Damit beweist das „Volksblatt", daß es die Arbeiterschaft angeschwindelt hat, obwohl die sozialdemokratischen Führer **selbst ganz genau wissen, daß der Völkerbund in Wirklichkeit nur der geschickte Vorbereitung neuer Kriege dient.** Das „Volksblatt" stellt sich also offen an die Seite der imperialistischen Räuber im Völkerbund und ist ehrlich besorgt um den herrlichen **Artikel 16 der Völkerbundsstatuten.**

Wir sind überzeugt, daß die sozialdemokratischen Arbeiter gerade an Hand der Stellung ihrer Führer zum deutsch-russischen Neutralitäts-Vertrag den **wirklichen Kern des Pazifismus der Scheidemänner und Vandervelades erkennen werden.** Insbesondere aber deshalb, weil jedem Arbeiter jetzt deutlich bewiesen wird, daß Sowjet-Rußland wirklich aufrichtig um den Frieden kämpft. Selbst das „Berliner Tageblatt" muß das zugeben, indem es schreibt: „Was Rußland wollte, ist ein allgemeiner Neutralitäts-Vertrag, der die Beihilfe Deutschlands zu militärischer wie zu wirtschaftlicher Kriegführung gegen Sowjet-Rußland ausschließen würde." Das „Volksblatt" aber jammert und philosophiert, daß dadurch **die geheiligten Kriegsbestimmungen des Völkerbundes verletzt werden könnten!**

Die Arbeiterschaft weiß genau, daß alle Anstrengungen Sowjet-Rußlands den Frieden nicht wirklich sichern können. Die **Luther-Regierung** versucht nur aus dem Genfer Fiasko, aus den Gegensätzen der Imperialisten Nutzen zu ziehen, um auf diplomatischerem und geschickterem Wege **die durch die Teilnahme am Völkerbund begonnene Kriegspolitik fortzusetzen.** Die deutsche Bourgeoisie wird den deutsch-russischen Neutralitäts-Vertrag in dem Augenblick wie einen Fetzen Papier zerreißen, wo sie mit entsprechender Gewinnbeteiligung gemeinsam mit den westlichen Räubermächten über Sowjet-Rußland herfallen kann. Die Arbeiterschaft ist sich deshalb klar, daß die wirkliche **Sicherung des Friedens nur möglich ist, wenn das Proletariat den Kampf aufnimmt**

für den Sturz der Luther-Regierung,
für ein Arbeiter-Deutschland,
für das Bündnis mit Sowjet-Rußland!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260419-10/fragment/page=0001

eigene Scholle zugewiesen werden, die **Hindenburg vor der Offensive 1918 den Soldaten versprochen hat.**

In den **Schlössern und Wohnhäusern und sonstigen Gebäuden,** die sich für allgemeine Wohlfahrts-, Kultur- und Erziehungszwecke eignen, könnten 2,6 Millionen Kinder oder Erwachsene während neun Jahren einen Monat lang sich erholen und ihre Gesundheit pflegen.

Um solche wirklich der Gesundheit dienende Ziele gilt es zu kämpfen. Die Geldmittel sind durch die gesteigerte Propaganda für den Sieg des **Volksentscheides** zu erobern. Dann wird die Fürstenenteignungkampagne zur wirklichen **Volksgesundungs-Woche,** der gegenüber die unverbindlichen oder abwegigen Reden der bürgerlichen Gesundheitswoche entlarvt und angeprangert werden müssen.

Die klassenbewußten und revolutionären Arbeiter werden unter der Führung der KPD. auch während des offiziellen Gesundheitsrummels Aufklärung in die Massen tragen und durch eigene Veranstaltungen das Wesen der kapitalistischen Krankheit, die Heilungsmöglichkeiten für das Proletariat durch **Sozialisierung des Gesundheitswesens in einem Arbeiter- und Bauernstaat zeigen.**

Zwei Jahre Gefängnis für Asmus beantragt

Am Ende seines siebenstündigen Plädoyers im Asmus-Prozeß beantragte der Oberstaatsanwalt Weber für jeden der sieben Fälle eine Strafe von sechs Monaten Gefängnis, die in eine Gesamtstrafe von zwei Jahren Gefängnis zusammengezogen werden soll. Die Begründung zu diesem Antrag stellt ungefähr den Gipfel der in diesem Prozeß zutage getretenen „Rechtsauffassung" des Staatsanwalts dar. Asmus wird von ihm als „Geschöpf Zeigners" bezeichnet. In einer „unbegreiflichen politischen Kurzsichtigkeit habe Asmus an die Dauerhaftigkeit des Zeignerschen Regimes geglaubt" und sein dienstliches Verhalten danach eingerichtet. Die Politik spiele in diesem Prozeß keine Rolle (!), es sei nur zu untersuchen, ob sich der Angeklagte „mit dem Mob der Straße eins gefühlt" habe. Wegen des politischen Fanatismus des Angeklagten hat der Oberstaatsanwalt dann, von Ehrverlust oder Zuchthausstrafe Abstand zu nehmen.

Noch ist das Urteil im Asmus-Prozeß nicht gefällt, aber die bisherige Verhandlung hat gezeigt, daß auch das Gericht selbst und nicht nur der Anklagevertreter alles daransetzten, um den sozialdemokratischen Oberstaatsanwalt ins Gefängnis zu bringen. Der Fall Asmus ist kein Einzelfall. Er ist nur der vorläufig letzte Versuch der thüringischen Klassenjustiz, ohne jeden Vorwand irgendwelche nicht ganz reaktionäre Beamten während ihrer Tätigkeit im Jahre 1923 zu verurteilen. Nach dem Fall Worch und dem Prozeß des Staatsbankpräsidenten Loeb, nach der Anklageerhebung gegen den Pfarrer Fuchs ist der Fall Asmus wohl der krasseste in dieser Reihe der unverhüllten politischen Tendenzprozesse. Asmus hat keine andere „Sünde" begangen, als daß er sein Amt nicht in dem in Deutschland gewohnten krassen Maß als reine Klassenjustiz gegen die Arbeiterschaft aufgefaßt hat.

Der Angriff des „Vorwärts" gegen Geßler

Ein Entlastungsmanöver für die 23 Rechten

Seit einigen Tagen beginnt der „Vorwärts" mit Angriffen gegen den demokratischen Reichswehrminister Dr. Geßler. Derselbe „Vorwärts", der seinerzeit die **Bewilligung des Reichswehretats durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion** seinen Lesern begründen wollte! Das muß natürlich seinen besonderen Grund haben. Es handelt sich dabei um nichts anderes, als um eine **Entlastungsoffensive für die 23** Disziplinbrecher in Sachsen und insbesondere für die sozialdemokratischen Mitglieder der sächsischen Regierung. In seiner Ankündigung der Einberufung des Parteiausschusses zur Regelung des Sachsenkonflikts hat der Parteivorstand bereits mitgeteilt, daß dort Dokumente vorgelegt werden würden, die erst eine sachliche Beurteilung der Lage in Sachsen ermöglichen würden. Zu diesen Dokumenten gehören anscheinend vor allen Dingen solche, die **die Schuld für die unerhörte Personalpolitik der sächsischen Regierung,** die zahlreiche sozialdemokratische oder linksstehende Beamte gemaßregelt hat, **auf die Reichsregierung abwälzen sollen.**

Es handelt sich dabei um die Entlassung des bekannten Reichsbannerführers und sozialdemokratischen Polizeiobersten Schützinger. Schützinger hatte in der Presse verschiedentlich Vorschläge für die Reform des Reichswehrministeriums veröffentlicht, in denen u. a. die Unterstellung verschiedener Aemter des Reichswehrministeriums direkt unter den Reichswehrminister, unter Ausschaltung der Heeresleitung, vorgesehen war. Daraufhin sandte Geßler **am 12. Januar 1925 einen Brief an das Reichsministerium des Innern,** das damals von dem Deutschnationalen Schiele verwaltet wurde. In diesem Brief wird gegen Schützinger der **Vorwurf des Landesverrats** erhoben.

Es heißt in dem Brief wörtlich: „Diese Handlungsweise ist mit der Ehre eines jeden deutschen Staatsbürgers unvereinbar, geschweige denn mit der Würde eines Beamten von dem hohen Range eines Polizeiobersten." Schiele sandte das Schreiben an **die sächsische Staatsregierung weiter** und bat um Mitteilung, ob Schützinger aus dem Etat der Schutzpolizei besoldet werde. Das Schreiben schließt mit einem Hinweis auf ein zwischen Reich und Ländern getroffenes Abkommen, nach dem die Länder Maßnahmen treffen müssen, um **„den unpolitischen Charakter der Schutzpolizei als Ganzes und das unpolitische Verhalten der einzelnen Beamten" zu garantieren.**

Dieses Schreiben **verletzt** nicht nur das elementare Recht der freien Meinungsäußerung, sondern es stellt auch den völlig unzulässigen Versuch dar, einen direkten Druck auf die sächsische Regierung zur Entlassung Schützingers auszuüben. Selbstverständlich hätte die sächsische Regierung trotzdem keinerlei Veranlassung gehabt, daraufhin, wie sie es getan hat, Schützinger durch Entlassung zu maßregeln. Aber die sächsischen sozialdemokratischen Minister haben sofort ihren eigenen Parteigenossen **Schützinger dem Monarchistenschützer Geßler geopfert,** dem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ungeachtet Hunderter von Beschlüssen sozialdemokratischer Parteiversammlungen, die Geßlers Sturz verlangten, den Etat bewilligt hat.

Uebrigens ist das nicht der einzige Fall, in dem Herr Geßler seine Aufgabe in der Denunzierung linksstehender Beamter bei anderen Ministerien erblickt. In einem Schreiben vom 11. Juni 1925 an das Preußische Justizministerium fordert Geßler deutlich zu einer Maßregelung des Senatspräsidenten Freymut auf, weil er in einer öffentlichen Versammlung der „Deutschen Liga für Menschenrechte" Ausführungen über den **juristischen Begriff des Landesverrats** gemacht hatte, die Herrn Geßler nicht gefielen. Angeblich enthielten diese Aeußerungen nämlich „Fingerzeige" dafür, wie gewisse Artikel in der Presse erscheinen könnten, ohne mit dem Landesverratsparagraphen in Konflikt zu kommen. Das Schreiben schließt mit der Bemerkung, daß „durch das Verhalten eines so hohen Richters **das Ansehen des deutschen Richters und das Vertrauen zu diesem Stande in weitesten Schichten des Volkes stark beeinträchtigt werden könnte." (!)**

Wenn der „Vorwärts" aus den von uns angeführten Gründen jetzt einen **Scheinkampf gegen Geßler aufnimmt,** so wird das keinen Arbeiter irreführen, der weiß, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, trotzdem ihr die angeführten Tatsachen längst bekannt waren, dem Monarchisten Geßler den Etat bewilligt und eine Regierung gerettet haben, der dieser Geßler angehört.

Staatsanwalt Freymut äußert sich

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 18. April.

In der „Welt am Montag" nimmt der ehemalige Senatspräsident Freymut zu einem Brief Geßlers Stellung, der vom Preußischen Innenminister den **Abbau Freymuts** verlangte, weil dieser in einer Versammlung **Stellung für Wandt genommen** hätte. Freymut behauptet, daß außerdem **noch eine Anzeige Geßlers** gegen ihn vorgelegen habe, wegen **„Landesverrats".** Freymut **hätte als Vorstandsmitglied der Liga für Menschenrechte eine Broschüre über „Stahlhelmrüstungen" der Reichsregierung,** den Abgeordneten usw. überreicht. Trotzdem Geßler in der Reichstagssitzung am 28. Mai 1925 erklärte, **die Broschüre sei kein Landesverrat,** behauptet er in seiner Anzeige, daß das Verhalten Freymuts **mit seinen Pflichten als Beamter nicht zu vereinbaren sei.** Freymut behauptet dann, daß er seinen Abschied wegen **Krankheit** genommen habe, bemerkt aber, daß er glaube, der disziplinarische Senat hätte ihn schuldig gesprochen, denn er sei **„kein national gesinnter Deutscher".**

Die „alte" sozialdemokratische Partei und die Linken

Die 23 ausgeschlossenen Abgeordneten in Sachsen haben bekanntlich im Landtag eine Erklärung abgegeben, wonach sie sich als **„Alte Sozialdemokratische" Partei** konstituieren und „den in den letzten Jahren erprobten, zum Vorteil des Volkes sich auswirkenden Kurs **positiver Staatsarbeit"** weitertreiben werden. Nebenbei haben sie noch die ehemalige Fraktionsminderheit **politisch unreife und jugendliche Elemente** genannt, die keinerlei Erfahrung hätten.

Die linken sozialdemokratischen Organe protestieren dagegen. Sie rechnen aus, daß die 18 Abgeordneten der ehemaligen Minderheit insgesamt 457 Jahre Zugehörigkeit zur SPD. hinter sich haben, daß der jüngste Abgeordnete 8 und der älteste 37 Jahre der SPD. angehört. Wichtiger aber wird die Polemik, die die sächsischen Blätter gegen den politischen Inhalt der Thesen führen. So schreibt die „Dresdner Volkszeitung" zu dem Kapitel **„Positiver Staatsmitarbeit":**

„Aber die sächsischen Parteiorganisationen haben sich nirgends darauf festgelegt, daß sie eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien unter allen Umständen verwerfen, und schließlich werden die 23 auch nicht behaupten wollen, daß man unter allen Umständen dabei sein muß und zugeben, daß die Koalitionsfrage im einzelnen Falle zu prüfen ist."

Dieses Zitat zeigt trefflich die Halbheit der Anschauungen der linken sozialdemokratischen Führer. Sie sind **nicht grundsätzlich gegen die Koalition,** sie sind nur **im gegenwärtigen Moment** dagegen. Wir glauben, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in Sachsen einen **anderen Standpunkt** einnehmen, und aus den „Erfolgen" der Koalitionspolitik **die Lehre gezogen haben, daß man gegen jede Koalition mit Bürgerlichen zu jeder Zeit sein muß.** Wenn die linken sozialdemokratischen Führer heute noch andere Anschauungen vertreten, so zeigt das, daß die sozialdemokratischen Arbeiter aufpassen müssen, damit ihr erster Erfolg, den sie über die reformistischen Führer errungen haben, nicht in die Binsen geht.

Anwachsende Opposition in der Hamburger SPD.

Zu der bereits von uns gebrachten Nachricht über ein Anwachsen der Opposition auch in der Hamburger SPD. erfährt unser Hamburger Bruderblatt, die „Hamburger Volkszeitung", aus oppositionellen SPD.-Kreisen noch folgendes:

„Am 15. April fand die Schlußversammlung der Delegierten und Betriebsvertrauensleute statt, auf der erneut in zahlreichen Reden die heftige Opposition gegen das Bündnis der SPD.-Führer mit der Volkspartei, gegen den reaktionären Polizeikurs und gegen den barbarischen Strafvollzug zum Ausdruck kam. Die gestellten Anträge wurden der SPD.-Bürgerschaftsfraktion überwiesen."

Dieses Schreiben ging der „H. V." zu, weil das Hamburger SPD.-Blatt jede oppositionelle Stimme unterschlug.

Wenn es auch diesmal der Hamburger SPD.-Führung wiederum gelungen ist, die SPD.-Funktionäre von einer positiven Stellungnahme abzuhalten, so werden im Laufe der Entwicklung auch die Hamburger SPD.-Arbeiter zu einer anderen Haltung kommen müssen. Interessant ist, daß der größte Teil der oppositionellen Redner ehemalige Mitglieder der USPD. sind.

*

Eine weitere oppositionelle Stimme kommt aus Breslau, wo die sozialdemokratische „Volkswacht" zum Sachsenkonflikt schreibt:

„Die disziplinbrüchigen Abgeordneten suchen sich durch peinliche Drehereien vor der Erfüllung ihrer von der Partei festgelegten Pflichten zu drücken. **Da bleibt nichts anderes übrig, als ein fester Schnitt, der die faulen Aeste vom starken Baum der Partei lostrennt, mögen manche auch früher jahrzehntelang mit ihm verwachsen gewesen sein.** Mit dem heutigen inneren Leben der Arbeiterbewegung können Leute längst nichts mehr zu tun haben, die so fortgesetzt die Parteitreue brechen. Die Gesamtpartei wird daher mit der Ausscheidung von noch nicht zwei Dutzend faulen Gliedern aus der Millionenzahl ihrer Anhänger nur eine Belastung los sein."

*

Angesichts aller dieser Tatsachen fragen wir an, wann endlich das „Volksblatt" Stellung zu den Fragen innerhalb der SPD. zu nehmen gedenkt. **Die sozialdemokratischen Arbeiter jedoch fordern wir auf, das „Volksblatt" zu dieser Stellungnahme zu zwingen.**

Fememordoffiziere werden freigesprochen

und verlangen obendrein noch eine Rente für Untersuchungshaft

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 18. April.

Der Staatsanwalt hat seine **Revision gegen das freisprechende Urteil** im Fememordprozeß für die beiden ehemaligen Hauptleute der schwarzen Reichswehr **Gutknecht** und von **Senden zurückgezogen.** Den beiden wird für die „unschuldig" erlittene Untersuchungshaft **Entschädigung zugesagt.** Senden hat bereits einen Antrag gestellt, daß man ihm eine **monatliche Gehaltsentschädigung von 300 Mark** bis auf den heutigen Tag auszahlt und begründet das damit, daß er bei seiner Verhaftung **Sekretär bei den Deutschvölkischen** gewesen sei und bis heute noch keine anderweitige Stellung gefunden habe. **Wulle** hat ihm zu diesem Zwecke bestätigt, daß Senden trotz seines Freispruchs nicht wieder beschäftigt werden könne, weil dies die **Partei kompromittieren würde.**

Wir sollten uns nicht wundern, wenn den Fememordoffizieren tatsächlich die monatliche Rente von 300 Mark bewilligt werden wird.

40 000 Arbeitersportler

Aufmarsch in Berlin zur roten Gesundheitswoche

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 18. April.

Der Zug der Arbeitersportler, der gestern anläßlich der Roten Gesundheitswoche die Straßen durchzog, umfaßte 40 000 Menschen, während die bürgerlichen Sportler im Lustgarten nur 1000 Personen auf die Beine brachten.

Ebert und Wels im Sattlerverband wieder aufgenommen!

Wir haben noch sehr intensive Gewerkschaftsarbeit zu leisten!

Hamburg. Auf dem Verbandstag der Sattler und Portefeuiller wurde beschlossen: „Da im Laufe der Jahre eine wesentlich andere Auffassung der damaligen Ereignisse eingetreten ist, beschließt der Verbandstag, die **Ausschlüsse der Kollegen Ebert und Wels als nicht geschehen zu betrachten."** Der Beschluß wurde mit 22 gegen 11 Stimmen gefaßt.

*

Die Delegierten zum Verbandstag sind so ausgesiebt worden, daß ein solcher Mehrheitsbeschluß zustande kommen konnte. Daß die Bureaukratie eine solche **unerhörte Provokation** nicht nur der Sattler, sondern der Gesamtarbeiterschaft wagen konnte, zeigt, wie wenig stark noch der Gegendruck der Gewerkschaftsmassen ist. Die **gesamte ADGB.-Mitgliedschaft** hat auf diese Provokation zu antworten. Alle oppositionell eingestellten Arbeiter müssen schleunigst zurück in die freien Gewerkschaften, um an ihrem Teil mitzuhelfen, daß die Gewerkschaften eine wirklich revolutionäre Arbeiterorganisation werden.

Erzwingt die einheitliche Maidemonstration!

(Eig. Drahtm.) **Dortmund,** 18. April.

Die Zahlstellenversammlung des Baugewerksbundes Dortmund faßte zur Frage der Maidemonstration den Beschluß, **am 1. Mai vollkommene Arbeitsruhe** durchzuführen und **an der Demonstration der KPD. teilzunehmen.** Zwecks Kontrolle wird zur Pflicht gemacht, am 1. Mai vormittags sich im Gewerkschaftshaus einzufinden.

(Eig. Drahtm.) **Essen,** 18. April.

Die Bauhilfsarbeiter haben in einer Versammlung beschlossen, **am 1. Mai mit der KPD. zu demonstrieren** und haben dem ADGB. ihr Mißtrauen ausgesprochen.

(Eig. Drahtm.) **Ahlen,** 18. April.

Hier wurde beschlossen, eine gemeinsame Demonstration des **Ortsausschusses des ADGB., der KPD. und des Arbeitersportkartells zum 1. Mai zu machen.**

(Eig. Drahtm.) **Buer,** 18. April.

Der Baugewerksbund Buer hat in seiner Mitgliederversammlung beschlossen, unbedingt an der Demonstration der KPD. am 1. Mai teilzunehmen und verlangt vom Ortsausschuß des ADGB. sich mit der KPD. und SPD. sowie den Gewerkschaften zu verständigen zwecks **gemeinsamer Maidemonstration.**

(Eig. Drahtm.) **Hettstedt,** 17. April.

Das hiesige **Gewerkschaftskartell** hat beschlossen, **eine gemeinsame Maifeier** aller Arbeiterorganisationen zu veranstalten.

Zweidrittelmehrheit für das Fürstenkompromiß

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 18. April.**

Wie die demokratischen Blätter melden, soll dem am Montag tagenden Rechtsausschuß des Reichstages ein Gutachten der Reichsregierung vorgelegt werden, wonach das Kompromiß der Regierungsparteien zur Fürstenabfindung verfassungsändernd ist. Zu seiner Annahme im Reichstag ist deshalb eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig. Das Reichsinnenministerium hat bisher den Standpunkt vertreten, daß das Gesetz für die Fürstenenteignung mit einfacher Mehrheit angenommen werden könne.

Statt Brot — Blei

Hungerrevolten in Polen

IRH. Die **tiefe wirtschaftliche Krise,** die Polen durchgemacht, hat die Armut der Volksmassen so zugespitzt, daß sie nicht mehr schweigen und auf die von den Sozialdemokraten versprochene Hilfe geduldig warten können. Immer häufiger treten die Arbeitermassen auf **die Straße.**

Die **Arbeitslosen** sind die Urheber dieser Bewegung, die die reifenden revolutionären Ereignisse einleitet. Not und Hunger zwingen sie, entschlossener zu handeln, als die anderen Schichten der Arbeiterklasse.

Polen ist das klassische Land der Arbeitslosigkeit. Die Armee der Arbeitslosen zählt gegen **eine halbe Million Menschen,** d. h. die **Hälfte des ganzen Industrieproletariats.** Die andere Hälfte besteht zum größten Teil aus **Kurzarbeitern,** die nur zwei- bis dreimal wöchentlich arbeiten. Nur 40 Prozent der registrierten Arbeitslosen erhalten **armselige Unterstützungen** (ein Viertel des Lohnes) in Geld oder in natura, d. h. in Form von verdorbenem Mehl oder verfaulten Kartoffeln. Als Beispiel genügt jene Tatsache, daß in Stryj (nach dem Bericht des Zentralorgans der PPS. „Robotnik") von den 750 nach allen Regeln der bureaukratischen Kunst registrierten Arbeitslosen, nur 42 Unterstützung erhalten!

Auf diesem Boden spielt sich die Massenbewegung der Arbeitslosen ab. **Die Welle der Demonstrationen rollt von einer Stadt zur anderen.** Die Aktionen der Arbeitslosen geschehen nicht nur in solchen Industriezentren wie Lodz, Dombrowo, Oberschlesien usw., sondern auch in unbedeutenderen Städten wie Wlozlawek, Kalisch, Lublin und anderen. Fast jede Woche bringt neue „beunruhigende Nachrichten", über die die bürgerliche Presse Alarm schlägt. Sie ist sich darüber klar, daß diese Bewegung **eine Bewegung der Revolution ist.** Die revolutionäre Sonderheit der Arbeitslosigkeit in Polen besteht darin, daß die arbeitslosen Massen **nirgends** einen Ort finden, wo sie ihre Arbeitskraft anwenden könnten. Die ungeheure Armee der Arbeitslosen findet weder in den Dörfern, die von den Arbeitslosen überfüllt sind, noch im Auslande eine Zuflucht, wo man jetzt ebenfalls keine Emigranten braucht, denn auch das Ausland — z. B. Deutschland — leidet an derselben Krankheit.

Dieser objektive Faktor schließt die arbeitslosen Massen zusammen, drängt sie zu solidarischen, wenn auch vorwiegend elementarren Aktionen. Ein bürgerlicher Volkswirtschaftler vergleicht die Arbeitslosigkeit in Polen mit einem kochenden ventillosen Dampfkessel.

Ferner muß die **revolutionäre Disziplin** der Arbeitslosen hervorgehoben werden. Die Koalitionsregierung der Kapitalisten, Agrarier und Sozialverräter wendet scharfe Maßnahmen gegenüber den Demonstranten an. **Sie reicht ihnen Blei statt Brot.** Sie empfängt sie mit Gewehrsalven. Sie läßt Bajonette, Säbel und **sogar Giftgase** (wie z. B. in Dombrowo) in Aktion treten. **Dutzende von Gefangenen und Hunderte von Toten sind die blutige Ernte der Polizei.** Allein in Styj sind 10 erschossen und 30 verwundet worden. Aber die Bewegung läßt sich trotz alledem nicht eindämmen. Die Repressalien verleihen ihr nur eine um so größere Intensität und entlarven die Koalitionspolitik der „Arbeiterminister" der polnischen Bourgeoisie.

Die Bewegung der Arbeitslosen nimmt immer bewußteren und kampfmutigeren Charakter an. Die Entwicklungslinie geht über Kalisch, Wlozlawek und Stryj zu den Ereignissen in Krakau im Jahre 1923. **Wie** sieht diese Linie in der Praxis aus? Zunächst bitten die Arbeitslosen durch ihre Delegierten die Wojwoden und die „Kollegen" auf den Ministerbänken. Dann beginnen sie immer hartnäckiger zu fordern und schlagen, wenn man sie nicht hören will, Fenster und Türen des Magistrats und anderer Behörden ein; sie versuchen, die Polizeikasernen zu stürmen und die politischen Gefangenen zu befreien (wie z. B. in Kalisch). Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die **Soldaten sich hie und da weigern, auf die Arbeiter zu schießen.**

Im Prozeß des Kampfes wachsen die Parolen, nimmt die Bewegung bestimmtere Richtung an. Neben Forderungen nach Arbeit und Unterstützung taucht die Parole auf „Nieder mit der Koalitionsregierung! **Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung!"** Sehr charakteristisch ist z. B. die Tatsache, daß die **Demonstration der Arbeitslosen in Kalisch, die nicht von Kommunisten geleitet wurde, zum Gefängnis zog, wo vorwiegend Kommunisten sitzen, und ihre Befreiung forderte.**

Die Stimmung der Arbeitslosen ergreift auch den **arbeitenden Teil des Proletariats,** steigert ihre Kampfstimmung gegen die Offensive des Kapitals. Darüber legen die letzten **Streiks in Warschau** ein beredtes Zeugnis ab. Die fortwährende Herabsetzung des Arbeitslohnes durch die Fabrikanten, die unerträgliche Teuerung und die endlosen Arbeiterentlassungen solidarisieren die Arbeitslosen mit den arbeitenden Proletariern. Daher beginnen die noch in Arbeit stehenden Arbeiter einen immer größeren Anteil an den Demonstrationen der Arbeitslosen zu nehmen. Der Widerhall dieser Ereignisse dringt auch in die Dörfer.

Die deutsche Arbeiterschaft muß den Ereignissen in Polen die größte Aufmerksamkeit entgegenbringen. Insbesondere muß sie durch ihren **Massen-Protest gegen den polnischen Justiz- und Polizei-Terror verhindern, daß das polnische Proletariat heute genau so niedergeschlagen wird wie die deutsche Arbeiterschaft im Jahre 1923.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260419-10/fragment/page=0002
DFG

Auslands-Wochenschau

Revision von Locarno? — Der polnisch-rumänische Bündnisvertrag — Polen gegen Rußland und Deutschland — Der Staatsstreich in Peking — Bergarbeiterstreik in England — Frieden in Marokko? — Italiens Imperialismus — Mexiko und Deutschland

Die **Genfer Niederlage des Völkerbundes** und der englischen Politik wirkt sich immer stärker aus. Zwar klappert die Völkerbundsmühle lustig weiter, als ob nichts geschehen wäre. Nicht weniger als drei Völkerbundskommissionen sollen in den nächsten Wochen ihre Arbeit beginnen: die **Abrüstungskommission**, die **Mirischaftskommission** und die famose **Studienkommission** zur Umgestaltung des Völkerbundsrats. Die vernichtende Kritik des Genossen Tschitscherin hat von vornherein den Schwindel der Abrüstungskommission erledigt. In der Studienkommission werden die Völkerbundsjuristen ihre Formulierungskunststücke zeigen. Als Vertreter Deutschlands ist der Geheimrat Gaus vom Auswärtigen Amt in Aussicht genommen. Gaus hat seiner Zeit bei der Herstellung der Locarno-Verträge den Rechtsberater gespielt. Aber alle juristische Geschicklichkeit wird dem Völkerbundsstatut kein neues Leben einhauchen können. Die Wirtschaftskommission endlich scheint ein verdünnter Aufguß der **deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen** zu werden. Denn die beiden Hauptdelegierten sind gerade jene Männer, die ein Jahr lang in Paris vergeblich versucht haben, einen deutsch-französischen Handelsvertrag zustande zu bringen: Serruys aus Frankreich und Trendelenburg aus Deutschland. Wie man heute nach der Genfer Pleite den Völkerbund wirklich einschätzt, das zeigt ein Projekt, das in Paris in den letzten Tagen auftauchte. Es ist der Vorschlag, die Locarno-Mächte sollten sich noch einmal zusammensetzen und **alle Hinweise auf den Völkerbund aus den Locarno-Verträgen ausstreichen.** Dann würde der Sicherheitspakt zwischen Deutschland und Frankreich in Kraft treten können, **ohne daß Deutschland dem Völkerbund angehört,** und ohne daß der Völkerbund darauf Einfluß hätte. Begreiflicherweise hat diese Anregung in London die größte Verstimmung erweckt. Denn ohne ie Verkopplung mit dem Völkerbund sind die Locarno-Verträge für England ziemlich wertlos. Unentwegte Treue halten dem Völkerbund nur noch die **Führer der Sozialdemokratie,** wie die Tagung der 2. Internationale in Zürich bewiesen hat.

*

Die **polnische Regierung** bemüht sich eifrig um außenpolitische Stützpunkte. Während im Innern des Landes die Wirtschaftskrise täglich ernster wird, die Erwerbslosen auf die Straße gehen und **der Polizei förmliche Schlachten** liefert, die Faschisten ihre Diktatur und die Pilsudski-Anhänger ihre **Gegendiktatur** vorbereiten, fährt der Ministerpräsident Strzynski als diplomatischer Geschäftsreisender in der Welt herum. Zunächst hat die polnische Regierung einen bedeutsamen **Sicherheitsvertrag mit Rumänien** geschlossen. Beide Staaten garantieren sich darin, ihre jetzigen Grenzen, d. h. wenn Rumänien an der bessarabischen Grenze einen Konflikt mit Sowjet-Rußland hat, muß Polen ihm beistehen. Der polnisch-rumänische Vertrag bedeutet, daß die herrschende Klasse Polens sich erneut **gegen Sowjet-Rußland** festgelegt hat. Zur Ergänzung dient die Reise Strzynskis **nach Prag.** Wieweit eine schriftliche Abmachung zwischen Polen und der Tschechoslowakei geplant ist, das steht noch nicht fest. Deutlich ist aber die Tendenz, daß die Kleine Entente und Polen gemeinsam jede Revision des Versailler Vertrags verhindern wollen. Die Annäherung Polens an Rumänien und an die Tschechoslowakei richtet sich also nicht nur gegen Rußland, **sondern ebenso gegen Deutschland.** Die Regierung Luther-Stresemann hatte gehofft, zum Dank für ihre englandfreundliche Völkerbundspolitik eine Grenzberichtigung am Polnischen Korridor zu erhalten. England hatte sich zwar gehütet, Herrn Stresemann irgend etwas bindend zuzusichern. Aber gewisse Andeutungen genügten schon, um die deutschen Machthaber selig zu machen. Nun ist die **Enttäuschung** umso schlimmer. Polen gibt freiwillig von seinem Gebiet nichts her, die Kleine Entente steht an seiner Seite, ebenso Frankreich. Das zeigte wieder demonstrativ die Warschauer Reise des französischen Regierungssozialisten Paul Boncour. Polen bekommt seinen Sitz im Völkerbundsrat und kann darin jeden deutschen Vorschlag zunichte machen; und was tat England, der große Freund der deutschen Bourgeoisie? In Genf zeigte sich, **daß** Herr Chamberlain wahrlich die polnischen Ansprüche nicht bekämpfte, sondern im Gegenteil für den Grafen Strzynski arbeitete. **Stresemann hat sich also mit seiner englischen Orientierung zwischen sämtliche Stühle gesetzt.**

*

In London ist man selbstverständlich von den deutsch-russischen Verhandlungen **nicht begeistert.** Das ganze Gebäude, das Herr Chamberlain im letzten Jahr so mühsam errichtet hatte, ist aus den Fugen. Dazu kommt der schwere Mißerfolg der englischen Bourgeoisie in **China.** Die **Volksarmee hat sich tatsächlich in Peking behauptet.** General Wupeifu, der Freund der Amerikaner, verständigt sich mit der Volksarmee **gegen Tschangtsolin,** den Mann Englands. Die wunderlichen Gegensätze des heutigen China hatten es ermöglicht, daß die Volksarmee das Gebiet von Peking beherrschte, daß aber gleichzeitig in Peking der **reaktionäre Präsident** der Republik **Tuan** mit einigen Tausend Gardisten saß. Es waren Tuans Soldaten, die im März die heimtückische Schießerei auf demostrierende Studenten veranstalteten. Erst jetzt fühlte sich die Volksarmee stark genug, um Tuan formell abzusetzen und seine Leibgarde zu entwaffnen. Wahrscheinlich wird in nächster Zeit **Wupeifu in Nordchina** entscheidenden Einfluß ausüben. Er wird aber genötigt sein, auf die Nationalbewegung weitgehende Rücksicht zu üben. Diese **Uebergangsregierung Nordchinas wird auch gegen ihren Willen die Revolutionierung des Landes fördern oder doch dulden müssen.**

In **England** rüsten sich die **Bergarbeiter** zum **Generalstreik** anfangs Mai. Eine Verständigung mit der Regierung und den Unternehmern ist kaum noch möglich. Falls der Generalrat der britischen Gewerkschaften die Führung der Bewegung in die Hand nimmt, ist eine ganz **große Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit zu erwarten.** In Frankreich hat Briand seinen Innenminister Malvy, den Vertrauensmann der Kleinbürgerlichen Radikalen, ausgeschifft. Das ist eine weitere Annäherung Briands an den Nationalen Block. Auch hat der Druck der Massen die französische Regierung gezwungen, **Friedensverhandlungen mit den Riffadplen** zu beginnen. Freilich bemühen sich die französischen Militaristen, die Friedenskonferenz von Ujda von vornherein zu sabotieren. Es wird von der Stärke des Massendruckes abhängen, ob der Marokko-Krieg zu Ende geht oder nicht.

*

Der **„Duce"** ist durch die Adlernase geschossen worden, als er seine Auslandsreise zum Zweck der Kolonialpropaganda gerade antreten wollte. Trotzdem es sich in der Tat um eine verrückte Engländerin handelt, nahm der Faschismus freudigen Anlaß, sofort eine neue **Hetze und Verfolgung der italienischen Arbeiterschaft** einzuleiten und die Sowjet-Mission zu behelligen.

Der italienische Imperialismus macht nicht grundlos seine neue Reklame. Die **Auslandsreise Mussolinis** dient der **Vertuschung der inneren Schwierigkeiten,** aber auch einem alten Ziel, das charakteristisch für den Faschismus ist, der sich die alten Pläne früherer Ministerpräsidenten zu eigen macht, trotzdem er großspurig von einer „neuen Aera" redet. Seit Jahren zeigt sich der **italienisch-französische Kolonialgegensatz.** Einige Zeit nach dem Kriege war scheinbare Stille. Seit aber der italienische Imperialismus in aller Offenheit unter Mussolini nach der Vorherrschaft auf dem Balkan und im Adriatischen Meer strebt, bricht diese alte Wunde von neuem auf. Die Expansion Italiens richtete sich vor dem Kriege nach dem Rückschlag in Tunis und Benadier (1894) von Afrika hauptsächlich auf den **Balkan.** Dalmatien und Albanien waren die Hauptziele. Der sich vor dem Kriege nach dem Aegäischen Meer, die Abria entlang ausbreitende **österreichische Imperialismus** trieb Italien, das auch hier um seine Absichten fürchten mußte, ins Lager der Entente. Durch den Friedensschluß sicherte es sich mit Südtirol die Flanke zu neuen Eroberungen. Heute hält Mussolini den Zeitpunkt für gekommen, **den alten kolonialen Eroberungsplan auch in Afrika wieder aufzuwärmen.** „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser . . ." Wie ist uns diese Sprache vertraut! Italiens Imperator versucht krampfhaft, eine **Flotte** zustande zu bringen. Dabei gerät er natürlich auf den Widerstand **Frankreichs,** das für seine kolonialen Interessen in **Marokko,** und auf den **Widerspruch Englands,** das um Aegypten fürchten muß. Um sich einen Begriff zu machen von dem Anwachsen der Italiener in diesen Kolonialländern, folgende Zahlen:

Die **italienische Auswanderung** ist enorm. Sie betrug 1910 bereits auf je 100 000 Einwohner 1895 Personen, 600 000 im Jahr und ist nach dem Kriege noch gestiegen. Tunis war ein Ziel dieser Auswanderung. Im Jahre 1921 zählte es fast 125 000 Italiener gegen 35 000 Franzosen, die noch dazu durchweg Beamte oder Militär waren. Trotzdem steht Tunis unter **französischer Hoheit** und Frankreich will die beschränkte Autonomie der Italiener jetzt vollständig aufheben.

Dann **Tripolis,** das jedoch erst 1923 nach erbitterten Kämpfen mit den Eingeborenen befriedet werden konnte. Hier sind die Erwartungen des italienischen Imperialismus böse enttäuscht worden, da sich die Besiedelung (heute etwa 25 000 bis 30 000) nicht rentiert. Bezeichnenderweise tritt auch ein italienischer Sozialdemokrat, Labriala, für diese Kolonialpolitik, die Marokko nicht nachsteht, ein! Kürzlich trat England ein Stück Land, das Zubaland, in Ostafrika an Italien ab. Das jedoch genügt den italienischen Kapitalisten noch lange nicht. In Aegypten und Algier wohnen etwa 100 000 bis 120 000 Italiener, die auch in Kairo eigene Schulen usw. haben.

Betrachtet man die Rolle des italienischen Imperialismus nun von diesem Standpunkt aus, so ergibt sich der klare Beweis, **daß es ihm unmöglich ist, seine Arbeitssklaven zu unterhalten.** Nicht lange, und die militärische Einkreisung Italiens durch Frankreich und England, die niemals in Anbetracht ihrer Kolonialinteressen eine Adria-Flotte von Größe oder eine Vormachtstellung des italienischen Imperialismus zulassen werden, wird vollendet sein. Sie muß und wird zu **Konflikten** führen, **die dem „Geist von Locarno" alle Ehre machen werden.**

*

Seit längerem sind Bestrebungen im Gange, dem deutschen Kapitalismus auch in **Südamerika** und im **Süden der Vereinigten Staaten** eine Rolle zuzuweisen. Die Deutsche Kolonialgesellschaft und Regierungskreise versuchen durch Austausch deutscher und mexikanischer **Studiendelegationen** Verbindungen anzuknüpfen. Welche Rolle der deutsche Kapitalismus dabei spielt und wes Geistes Kind diese Versuche sind, dürfte die wenig bekannte Tatsache erhellen, daß die **mexikanische Armee** des „sozialdemokratischen" Präsidenten Caller vollständig mit **ehemaligen preußischen Vorkriegsmonturen** (Pickelhauben und blauroter Waffenrock) eingekleidet ist und **deutsche Offiziere** zu den **Reorganisatoren des brasilianischen Polizeiwesens** gehören. Es ist bekannt, daß diese **Armeen und Polizisten den blutigsten Kampf gegen Arbeiter und** Bauern, Kommunisten und Anarchisten führen.

Mexiko hat bei einer Größe, die Deutschland niemal übertrifft, eine Bevölkerung von etwa 16 Millionen. Die deutsche Einfuhr in dieses Land betrug 1925 7,4 Prozent des mexikanischen Handels, die Amerikas betrug 71 Prozent! Mexikos Ausfuhr nach Deutschland betrug 5,1 Prozent, nach Amerika 75 Prozent. **Bergwerke** und **Petroleumfelder** sind zum größten Teil **in englischem und amerikanischem Besitz.** Die Eisenbahnen sind **englisch,** die Warenhäuser **französisch.** Deutsches Kapital ist nicht nennenswert beteiligt, höchstens etwas in der chemischen, der elektrischen und Eisenindustrie. Von Interesse sind die Ausführungen, die Alfons Goldschmidt, der längere Zeit an der mexikanischen Universität als Professor tätig war, über das Land macht. In allen südamerikanischen Ländern, aber auch in Mexiko, das im südlichen Nordamerika liegt, spielen sich **Kämpfe zwischen den imperialistischen Großmächten** ab, aber auch **Kämpfe gegen diese imperialistischen Raubritter.** Besonders die **Bauern- und Nationalitätenfrage** wird in diesen Auseinandersetzungen berührt. Das Industriekapital braucht neues Terrain und die Folge daraus ist eine Beunruhigung des kolonialen Ackers. Im Verlaufe dieses Prozesses beginnt in den einzelnen Staaten, die bisher ein Spielball imperialistischer Interessen waren, der **Kampf um die Selbständigkeit.** Goldschmidt sieht die mexikanische Frage auch vom Standpunkt der Nationalitäten. Wie sich Nordamerika gegen die Einwanderung der Japaner sträubt, so Lateinamerika und Mexiko gegen die „gelbe Welle" der chinesischen Einwanderung, die sich zwangsläufig aus der imperialistischen Belastung Chinas durch die Großmächte ergibt und nicht nachlassen wird, bis China unabhängig ist.

Die Artikel der amerikanischen Presse mehren sich nun, die neben Ablehnung der gelben, „Sehnsucht" nach einer Vermischung mit der weißen Rasse von sich geben. Sollte in dieser Linie die Betätigung des plötzlich so rührigen deutschen Kapitals liegen, das, kapitalsarm wie es ist, wenigstens ein Abtoßen der Arbeitssklaven, die es nicht ernähren kann, ermöglichen will? **Verschacherung billiger Arbeitskräfte an den ausländischen Imperialismus?**

Trotzdem wird die Einwanderung aus China nicht abzudämmen sein, auch nicht ihre Rassenvermischung, wie denn überhaupt die Triebkräfte der Rassenvermischung stets ökonomische Notwendigkeiten sind. Die Abwanderung Chinas bedeutet jedenfalls den Vorläufer großer Krisen am pazifischen Ozean, von denen Europa nicht unberührt bleiben kann und wird. Die Arbeiter müssen die koloniale Entwicklung mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgen, um jedem Attentat der Kapitalisten auf die Freiheit der Kolonialvölker zuvorzukommen.

„Der Tscherwonetz fällt"

„Die russische Wirtschaftskrise", „Die russische Währung erschüttert", „Der Tscherwonetz fällt", das geht heute in tausend Varianten durch alle Spalten der bürgerlichen Blätter. Sie freuen sich, irgendwie und irgendwo etwas entdeckt zu haben, das die gewaltige Ueberlegenheit der „privatwirtschaftlichen Initiative" über die russische Planwirtschaft „beweist". Was die bürgerlichen Redakteure aber beweisen, ist nur ihr **völliges Unverständnis** auch für die einfachsten wirtschaftlichen Zusammenhänge, wenn sie in einem **anderen Gewande geboten werden, als dem des Unternehmergewinnes, der kapitalistischen Profitwirtschaft.**

Es ist nicht zu bezweifeln, daß gegenwärtig in Rußland **Wirtschaftsschwierigkeiten bestehen;** aber ihre genaue Analyse zeigt, daß sie **nicht ein Zeichen des Niederganges der Sowjetwirtschaft** sind, sondern im Gegenteil **unvermeidliche Wachstumserscheinungen,** und daß sie zum Teil das Lehrgeld bedeuten, das die Arbeiterklasse bei der Einführung und der Annäherung an die **sozialistische Wirtschaft** zahlen muß.

Wenn man die augenblicklichen Schwierigkeiten in der russischen Wirtschaft verstehen will, muß man **zwei Tatsachen** im Auge behalten. Zunächst gibt es im gesamten sowjetrussischen Wirtschaftskomplex nicht nur die planmäßig geleitete Staatsindustrie, das nationalisierte Bankwesen und die öffentliche Verkehrswirtschaft, sondern **noch etwa 22 Millionen Bauernwirtschaften,** die privatwirtschaftlich geführt und die von der Sowjetregierung nicht auf dem Wege des staatlichen Zwanges, sondern nur indirekt durch Kreditoperationen und durch die Propaganda beeinflußt werden. Gewiß ist es die Absicht der Sowjetregierung, **diese Millionen von Einzelwirtschaften auf dem Wege der Genossenschaften in die planmäßige Gesamtwirtschaft einzubeziehen,** aber man steht doch erst am **Anfang** dieses Weges.

Die zweite Tatsache, die man nicht vergessen darf, ist die, daß Rußland eine gewaltige **Agrarrevolution** erlebt hat; die gesamte Bauernschaft, 85 Prozent der Bevölkerung, haben das alte Joch der feudalen Herren und der monarchistischen Bureaukratie abgeworfen. Diese Umwälzung hat auch gewaltige wirtschaftliche Folgen, vor allem in der Verteilung der gesellschaftlichen Produktion. Nicht nur, daß die Bauernschaft ihre Steuern und Abgaben, die sie an den Staat leistet, wesentlich vermindert hat, ihre Ansprüche an das Leben haben sich durch ihre politische Befreiung ebenfalls gesteigert. Namentlich die mittlere und arme Bauernschaft, die fast 90 Prozent der bäuerlichen Bevölkerung ausmachen, haben ihre Lebenshaltung gegenüber der vorrevolutionären Zeit sehr gesteigert und verbrauchen nunmehr einen viel größeren Teil ihrer Erzeugnisse für sich selbst, als früher.

Trotz der gewaltigen Auspressung der Bauernschaft, trotz der viel geringeren Aufwendungen, die für kulturelle Zwecke gemacht wurden, entwickelte sich die Industrie des Vorkriegs-Rußland doch im wesentlichen durch vom Ausland eingeführtes Kapital. Daß für die russische Wirtschaft, die durch Krieg und Bürgerkrieg total vernichtet

Wirinea

9] Roman von Lydia Sejfullina

Anissja schüttelte den Kopf, um den sie ein buntes Tuch gebunden hatte.

„Heutzutage nehmen sich die Weiber viel Freiheit heraus! So zum Beispiel ich. Ich habe einen Mann, wie ich ihn mir wünsche, es ist nicht gerade so, daß ich Abneigung gegen ihn hätte oder nicht an ihn dächte. Als ich ihm das Geleit gab, weinte ich bittre Tränen, und schau — jetzt, wo er fort ist, treibe ich mich herum. Wenn er zurückkommt, bringt er mich vielleicht um. Und mit Recht, ich weiß es. Deswegen will ich aber meine jungen Jahre nicht ungenutzt verstreichen lassen. Früher haben die Bauernweiber, wie man sagt, ganze zehn Jahre lang, ohne zu sündigen, auf ihre Männer gewartet. Wir aber sind in diesen Dingen schwach. Auch von Dir habe ich gemeint, daß Du ein rechtes Weib seist, wenn Du auch nicht getraut bist. Was soll man tun! Heutzutage werden die Weiber, wie es scheint, so weiterwendisch geboren. Wir werden schon noch leben, solange die liebe Sonne noch auf uns scheint. Jetzt steck' mal Deinen Rock hoch und füll mir diese Töpfe aus. Ich will derweil zu dem Mordwinenweib gehen und Samen holen. Der ihre geht gut auf, wenn sie nur nicht schon alles hergegeben hat."

Und sie verließ die Hütte.

Aber Wirinea kam noch nicht so bald dazu, sich beim Bahnbau anstellen zu lassen. In der Anissja benachbarten Hütte hatte sich die Bäuerin bei der Arbeit Schaden getan. Sie hatte die Arbeit nur mit größter Mühe allein bewältigen können, hatte aber, um der Versuchung zu entgehen, keinen Knecht ins Haus genommen. Sie schaffte es mit dem Schwiegervater und den Kindern. Da hatte sie sich mit einer schweren Last überhoben. Die schon seit einem Jahr erblindete Schwiegermutter kam gleich am nächsten Morgen zu Anissja. Sie sprach, zu dem Winkel mit den Heiligenbildern gewandt, ein Gebet und sagte:

„Guten Tag. Es heißt, daß die Altgläubige hier sei? Die Geliebte von Mokejichas Wasska. Ist sie hier?"

Anissja antwortete mit lauter Stimme:

„Sie ist hier, Großmütterchen, sie ist hier. Du willst sie wohl für jenen Wassja freien? Jetzt ist nicht die rechte Zeit dazu, wir haben großes Fasten. Noch ist die Fastenzeit nicht vorüber. Zudem wäre er selbst für die Fastenzeit nicht schmackhaft genug! Dies Weib hat von ihm gekostet und ist ihm davongelaufen."

„Was Du nur hast, Du Unverschämte! Jetzt wird doch niemand kommen, um sie zu freien. Salzen wir doch bereits die unberührten Mädchen auf Vorrat ein oder werden sie an alte Witwer los, — wo sollte sie da mit ihrer Sünde hin! Wirka, komm mal her. Ich merke gar nicht, daß Du da bist, man hört Dich ja gar nicht."

„Ich bin hier, Großmutter. Was willst Du von mir?"

„Komm etwas zu uns herüber, arbeite ein wenig im Haushalt. Wir wollen es Dir mit Wolle oder mit irgend etwas anderem bezahlen. Hast Du schon gehört, wie es mit unserer Bäuerin steht . . . ?"

Wirinea rückte das Tuch auf dem Kopfe zurecht und sagte mit Nachdruck:

„Mir ist es gleich. Ich will kommen, solange Ihr mich braucht. Mir ist es einerlei, wo ich mir meinen Unterhalt verdiene. Nur mußt Du mir meine Sünde mit Wassja nicht vorhalten, Großmutter. Sonst könnte ich Dir, Deines Alters ungeachtet, eins mit der Topfgabel auswischen. Ich habe Euer Geschwätz über mich satt."

Die Alte schüttelte den Kopf und schlug die Hände zusammen:

„Wo denkst Du hin . . . Wenn Du es nicht magst, so will ich nicht darüber sprechen. Du bist ja nicht meine Tochter, bist nicht meine Schwiegertochter, was geht es mich an? Komm, Du bist kräftig genug zum Arbeiten. Tu mir, bitte, den Gefallen. Man kann ja hier bei uns um keinen Preis jemand zum Arbeiten finden. Du aber bist jetzt sowieso in einer Lage, daß Du Dich verdingen mußt! Komm also!"

Und Wirinea ging zu ihr. Sie arbeitete bei ihr eine ganze Woche. Man behielt sie auch für die nächste Woche. Die Bäuerin erholte sich nur langsam, obwohl ihre Schwiegermutter an den Felsblock zu Margara ging und ihn bat, für jene zu beten, und obwohl Mokejicha, Wassjas Mutter, des öfteren kam, um ihr den Leib einzurenken und ihn zu besprechen. Ihr Schwiegervater hatte versprochen, ins Eisenbahnerkrankenhaus des Distrikts zu fahren und einen Sanitäter zu holen. Aber der Weg war immer noch nicht fahrbar.

Viermal war Wassja bereits in der Dunkelheit gekommen und hatte Wirinea gebeten und angefleht, zurückzukommen. Er atmete schwer, und seine Schritte waren unsicher, doch konnte er schon einigermaßen gehen. Er hatte die Erklärung überstanden. Noch war seine Stunde nicht gekommen. Er stritt sich mit Wirka im Hofe neben dem Schuppen heftig herum, ging aber wieder allein fort und hatte den Kopf in die Schultern gezogen, als wäre er geschlagen worden. Als er zum viertenmal kam, rief Wirka laut aus dem Hüttenflur:

„Hast Du Dich wieder hergeschlichen, Du Widerwärtiger? Du kommst im Dunkeln, kommst insgeheim, und doch sehen es die Leute und wissen davon. Du solltest Dich schämen, Dich an meinen Rock zu klammern. Scher' Dich fort! Wir haben nichts mehr miteinander zu reden. Der Knäuel ist abgewickelt, der Faden gerissen, und man kann ihn durch keine mitleidigen Worte wieder zusammenknüpfen."

Aber Wassilj verließ den Hof nicht sofort. Er kauerte sich am Zaune hin, ganz zusammengekrümmt, mager und klein, als wäre er noch mehr in sich zusammengeschrumpft. So hockte er da, und sein aufdringlicher, dumpfer Husten würgte ihn. Der alte Bauer kam heraus, um die Scheune abzuschließen. Er bemerkte Wassja und sagte zornig:

„Geh' nach Hause! Was zreißt Du Dich unnütz hier herum? Wenn Du Lust nach einem Weibe und kein angetrautes Weib hast —, so kannst Du Dir ja im Dorfe genug Weiber aussuchen. Wo es doch an Männern fehlt. Du machst Dir ja nur selber Schande."

Wirka hörte es im Hausflur. Sie stürzte mit einem Holzscheit in der Hand heraus:

„Scher Dich fort, sonst schlage ich Dich! Mein Herz ist Deiner zum Ueberdruß satt, auffspringen muß ich im Schlafe, wenn ich an Dich klebrigen Kerl zurückdenke! Ich werde Dich schlagen, ganz gleich, und wenn es auch Dein Ende sein sollte! Du selber kannst kaum noch atmen und hinderst auch mich noch daran. Na . . .?"

Er ging fort.

Als die Mokejicha kam, um die Bäuerin zu kurieren, beachtete sie die Wirka anfangs mit keinem Blick. Sie tat, als ob sie nicht zugegen, obwohl Wirka bei ihrer Hausfrauenarbeit alle Augenblicke an der Alten vorüberkam. Erst als Mokejicha ihr Geschäft vollendet hatte und sich zum Fortgehen anschickte, hielt sie Wirka im Hofe an.

„Du bist zwar von uns fortgegangen, aber den widerlichen Dunst Deines Weiberrockes hast Du bei uns zurückgelassen. Die Hunde gehen auf den Geruch."

Wirka zog verächtlich die Lippen hoch und rief der Alten im Weitergehen zu:

„Räuchere die Hütte mit Weihrauch aus, dann wird es besser werden. Denn auch Dein Sohn läuft mir nach wie ein Hund!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260419-10/fragment/page=0003

war, nun die Notwendigkeit bestand, aus dem **industriellen Westeuropa Produktionsmittel einzuführen,** bedarf keines Beweises. Man braucht doch nur daran zu denken, daß das hochindustrielle Deutschland, das vom Krieg überhaupt nicht berührt worden ist, allein im Laufe eines einzigen Jahres mehr als fünf Milliarden fremdes Kapital zu Wiederaufbauzwecken eingeführt hat (ohne damit eine schwere Krise verhindern zu können). Aber Sowjet-Rußland erhielt weder Anleihen noch Produktionsmittel, sondern war und ist gezwungen, sich im wesentlichen auf die eigene Kraft zu verlassen.

Aus diesen Verhältnissen erwuchs letzten Endes die **gegenwärtige Wirtschaftskrise.** Wenn auch Industrie und Landwirtschaft bis nahe an die **Vorkriegshöhe** wieder aufgebaut sind, so besteht doch ein Mißverhältnis zwischen dem Ueberschuß der bäuerlichen Bevölkerung an landwirtschaftlichen Produkten über den eigenen Bedarf, der als Ware an den Markt kommt, und den **Erzeugungsmöglichkeiten der immer noch sehr kleinen russischen Industrie, die dafür nicht genug industrielle Austauschprodukte** (z. B. Pflüge, Traktoren, bäuerliche Bekleidung usw.) **liefern kann.** Vor dem Kriege wurde diese Differenz durch Aufnahme von Auslandskrediten ausgeglichen. Heute sind derartig große Anleihen an Sowjet-Rußland nicht zu erwarten. Ein Teil der kapitalistischen Länder befindet sich selber in einer schweren Finanzkrise, in den anderen Ländern sind die Strömungen in den kapitalistischen Kreisen gegen eine umfangreiche Kreditgewährung an Rußland deshalb so groß, **weil man eine Erstarkung der sowjetrussischen Wirtschaft wie den Teufel fürchtet;** nicht nur wegen der wachsenden Anziehungskraft der Sowjetunion auf die Arbeiterschaft der ganzen Welt, sondern auch, weil man fürchtet, daß der Ausbau des russischen Produktionsapparates und die Umstellung der gesamten russischen Wirtschaft zu einem in sich geschlossenen, selbst genügenden Wirtschaftskörper die Absatzmöglichkeiten der kapitalistischen Länder auf dem russischen Markte schwächen könne.

Als es im vorigen Jahre sicher war, daß **eine sehr gute Ernte** in Aussicht stand, gab die Sowjetregierung 300 Millionen durch Gold gedeckte Rubel aus, um mit ihrer Hilfe sofort einen Teil des Ernteüberschusses den Bauern abkaufen zu können. Die Folge war, daß sich die bäuerliche **Nachfrage nach Industriewaren** plötzlich sehr steigerte, und da die Sowjetindustrie nicht in der Lage war, dieser Nachfrage Genüge zu leisten, **stieg der Preis der industriellen Produkte.** Da Sowjet-Rußland ein Außenhandelsmonopol besitzt, so konnte durch eine wilde Einfuhr diese Nachfrage nicht ausgeglichen werden, und es zeigte sich die in einem kapitalistischen Lande unmögliche Erscheinung, daß auch die Warenpreise gegen Dollar, gegen Pfunde usw. stiegen. **Also nicht der Kurs des Tscherwonetz sank, sondern die Kaufkraft des Goldes fiel in Rußland,** denn man konnte mit einem Dollar, mit einem Tscherwonetz, mit einem Kilo Gold weniger kaufen als bisher. Diese Entwicklung ist ein Signal für die Sowjetregierung, aus dem sie erkennen kann, daß ihre erste Aufgabe **in der Entwicklung der industriellen Produktion,** vor allem in der **Vergrößerung ihres Erzeugungsapparates,** besteht.

Wie wird die Sowjetwirtschaft den Ausweg aus der Krise finden? Auf diese Frage hat **die Wirtschaftskonferenz der Sowjetunion** eine Antwort erteilt. Nach fünf Jahren Lehrzeit in der friedlichen Sowjetwirtschaft gilt es nunmehr, **alle Kräfte im Handels- und Industrieapparat anzuspannen,** um die unproduktiven Ausgaben auf ein Minimum zu beschränken und die Produktivität der Wirtschaft durch Verbesserung der Technik und der Verwaltung bis auf das Maximum zu steigern. Man hat berechnet, daß auf diese Weise **jährlich ungefähr 10 Prozent der industriellen Produktion als Ueberschuß** frei werden, was ungefähr eine Milliarde Mark bedeutet. Dieser Betrag wird dazu dienen, den Ernteüberschuß der Bauernschaft zu bezahlen, und das auf diese Weise in den Händen des Staates befindliche Getreide kann im Auslande gegen Konsumwaren, und vor allem Konsumwaren, ausgetauscht werden. Auf diese Weise wird der industrielle Produktionsaparat ständig vergrößert werden, bis er schließlich in der Lage ist, die Bedürfnisse des Landes selber ohne Hilfe des kapitalistischen Auslands zu befriedigen.

Auch in Sowjet-Rußland steht also das Schlagwort: **Nationalisierung der Wirtschaft!** auf der Tagesordnung.

Aber welch ein gewaltiger Unterschied zwischen der Nationalisierung in Deutschland und der in der Sowjetunion!

Bei uns kommt der gesamte Nutzen der Rationalisierung **nur den Unternehmern** zugute und füllt ihre Kassenschränke. In Sowjet-Rußland dient der aus der Rationalisierung fließende Vorteil **ausschließlich der Hebung des Wohlstandes der arbeitenden Massen.** In Deutschland stellt sich die Rationalisierung dar als ein wilder, chaotischer Ansturm der Kapitalshyänen auf Lohnhöhe, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen des Proletariats. In Sowjet-Rußland dagegen **ein planmäßiger Aufbau** durch einen Staat, dessen gesamte Macht in den Händen der Arbeiterschaft ruht. Welch ein Unsinn von sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern, wie Jäckel, zu erklären, „Rationalisierung hüben und drüben, was ist schon der Unterschied"? Ja, gewiß Rationalisierung hüben und drüben, aber für die Arbeiterklasse ist die einzige entscheidende Frage, wer rationalisiert und zu wessen Nutzen wird rationalisiert. Wenn sich aber die sozialdemokratischen Redakteure darüber beschweren, daß der Aufbau in Sowjet-Rußland nur unter Schwankungen und Schwierigkeiten vor sich gehe, so **können wir ein einfaches Mittel empfehlen, um diesen Aufbau wesentlich zu beschleunigen, zu vereinfachen und seine Vorteile auch den europäischen Arbeitern zugute kommen zu lassen:**

die Unterstützung der Sowjetunion durch die sozialistische Wirtschaft des revolutionären Europa.

Alle **Gummiwaren** zu mäßigen Preisen, im Spezialgeschäft **Gummi-Bieder,** Halle a. d. Saale, Große Steinstraße 81

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. **Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.**

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 8237

Die Sitzung der Orgabteilung mit den Instrukteuren findet am Montag, 19. April, nicht statt. Der Tag des Stattfindens wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Dölau-Lettin. Gemeinsame Mitgliederversammlung Dienstag, 20. April, abends 8 Uhr, im Lokal Richter, Dölauer Heide. Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Härtel, Halle.
Büschdorf, Reideburg. Mitgliederversammlung Montag, 19. April, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Nachtigall" in Reideburg. Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Härtel, Halle.
Nietleben. Mitgliederversammlung Montag, 19. April, abends 8 Uhr, in der „Sonne". Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Lademann, Halle.
Löbejün. Mitgliederversammlung Montag, 19. April, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler". Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent von BL. anwesend.
Könnern. Mitgliederversammlung Montag, 19. April, abends 8 Uhr, im Lokal Reinhardt. Sehr wichtige Tagesordnung. Alle Genossen müssen erscheinen. Referent von der BL. anwesend.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Alle Genossen, die als Stadtdelegierte gewählt sind, haben Montag, 19. April, abends 8 Uhr, pünktlich zur Stadtdelegiertenkonferenz in der „Stadt Leipzig" zu erscheinen. Keiner darf fehlen.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch

Delitzsch, Döbernitz. Gemeinsame Mitgliederversammlung Montag, 19. April, abends 8 Uhr, im „Lindenhof". Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegiertensf Referent von der BL. anwesend.
Wittenberg. Mitgliederversammlung Montag, 19. April, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus". Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Müller, Bitterfeld.
Zschornewitz, Golpa, Gräfenhainichen. Gemeinsame Mitgliederversammlung Dienstag, 20. April, abends 8 Uhr, im Lokal Rönnicke in Zschornewitz. Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Gosek. Mitgliederversammlung Montag, 19. April, abends 8 Uhr, in Kochs Garten. Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent von UBL. anwesend.
Weißenfels. Zellengruppenversammlung der Gruppe 4 Montag, 19. April, abends 8 Uhr, in „Drei Wegen". Alles muß erscheinen.
Weißenfels. Zellengruppenversammlung der Gruppe 1 und 2 Dienstag, 20. April, abends 8 Uhr, in „Stadt Merseburg". Alles muß erscheinen.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S.,
Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Am Mittwoch, dem 21. April, abends 8 Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft (Jugendsekretariat) eine sehr wichtige BL.-Sitzung statt. Alle dazu gehörigen Genossen haben unbedingt zu erscheinen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Dienstag, ½8 Uhr, im „Volkspark" Beteiligung an der JSB.-Kundgebung. Jedes Mitglied hat zu erscheinen.
Mittwoch, 7½ Uhr, im „Volkspark" Zusammenkunft aller älteren Genossen sowie Funktionäre. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung hat jeder Genosse zu erscheinen.

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Der Leseabend findet nicht am Mittwoch, sondern schon am Dienstag statt.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Montag, 19. April, abends ½8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Funktionärsitzung. Wichtige Tagesordnung. Alles erscheinen.
Zeitz. Dienstag, 20. April, abends 8 Uhr, im Jugendheim Vortrag des Genossen Benkwitz.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Kameraden, besucht den Film „Sein Mahnruf"

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 9012.

Alle Kameraden beteiligen sich morgen, Dienstag, abend mit ihren Kindern an der Kundgebung des Jung-Spartakus-Bundes im „Volkspark".

Ortsgruppe Halle

Ortsvorstand. Montag, 19. April, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette", Alter Markt, Sitzung. Kein Bezirk darf fehlen.
Kameraden! Rüstet zur Teilnahme am Bundestreffen Pfingsten in Berlin. Schluß für Anmeldungen 30. April. Sparmarken bei den Gruppenführern zu haben.
Abteilung 4. Dienstag, den 20. April, abends 8 Uhr, bei Nappika, Mansfelder Straße, Abteilungspflichtversammlung.
Hornisten. Dienstag, den 20. April, abends 7 Uhr, am Hettstedter Bahnhof Antreten zum Ueben.
Abteilungsführer. Heute bis ½8 Uhr Abrechnung der Sparmarken in der „Goldenen Kette", Alter Markt.

Jungfront

Bezirk 1 (Osten). Dienstag, 20. April, im Restaurant Lohse, Humboldtstraße, gegenüber dem Wasserturm, Bezirkspflichtversammlung. Alle jungen Kameraden der Altersbezirke sind dazu eingeladen. Alle Jungfront-Kameraden der ehemaligen Abteilung 15a müssen erscheinen.

Untergau Saalkreis

Ortsgruppenvorsitzende. Dienstag, 20. April, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette", Alter Markt, wichtige Sitzung. Keine Ortsgruppe darf fehlen.
Seeben. Mittwoch, den 21. April, bei Glaser Mitgliederversammlung. Bücher mitbringen.

Untergau Bitterfeld

Weißenfels. Mittwoch, den 21. April, findet eine Vollversammlung statt. Abrechnung vom 1. Quartal 1926. Antreten 7 Uhr Rosalskyweg. Alles zur Stelle wegen Berlin.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Filmaufführungen „Sein Mahnruf"
Schlettau. Dienstag, 20. April, und Mittwoch, 21. April.
Elsterwerda. Dienstag, 20. April, bis Donnerstag, 22. April, in Edison-Lichtspiele.
Merseburg. Dienstag, 20. April, bis Donnerstag, 22. April, Kammerlichtspiele.
Merseburg. Freitag, den 23. April, in den Kammerlichtspielen.
Delitzsch. Freitag, den 23. April, im Lichtspielhaus „Astoria".

Stadt-Theater

Heute
Montag 8 Uhr
8. Sinfonie-Konzert
Beethoven-Bruckner
Dienstag 8 Uhr
Der einsame Weg
Mittwoch 7½ Uhr
Lohengrin

Walhalla

8 Uhr. Tel. 8385
Allabendlich
Das Mädchen ohne Ehre
Großes Volksstück m. Gesang u. Tanz
Tageskasse ab 11 Uhr geöffnet

Möbliertes Zimmer zum 1. Mai zu vermieten Besichtigung 3—6 Uhr 1442
Gr. Brunnenstr. 2 a, I

Stube, Kammer, Küche u. Zubehör in Döllnitz geg. gleiche Wohnung in Halle zu tauschen gesucht. Off. unter Nr. 1472 an Verlag d. Ztg.

Küchenweißen auch ll. Maurerarbeiten führt bill. aus. Panse, Dieskauer Straße 18 II r

Hermann Quandt

Roßschlächterei
Langestraße 21 Fernruf 1156

Geschäftseröffnung

Einem geehrten Publikum zur Kenntnis, daß ich mit dem **20. April 1926** im Grundstück

Kleine Klausstraße 6

ein Zweiggeschäft eröffne. Es wird mein Bestreben sein, einer werten Kundschaft mit nur guter Ware zu dienen bei billigsten Preisen und bitte um gütige Unterstützung meines neuen Unternehmens **D. O.**

Spendet für die Rote Hilfe

Wittenberg Wittenberg

Bekanntmachung

Betrifft: **Reichsgesundheitswoche**

Für die Reichsgesundheitswoche vom 18. bis 25. April kommen eine Anzahl Aufklärungsschriften usw. zur Verteilung, die besonders geeignet sind, Erwachsenen u. Kindern die wichtigsten Grundsätze moderner Hygiene bildlich und textlich einzuprägen.

Das Aufklärungsmaterial kann an der Kassenstelle Collegienstraße 62 abgeholt werden

Wittenberg, den 17. April 1926

Allg. Ortskrankenkasse I
Otto Wagner Dr. Geisler

464

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung lade ich zu einer Sitzung auf **Donnerstag, 22. April 1926, nachmittags 5 Uhr,** nach dem Sitzungssaale hierdurch ergebenst ein.

Tagesordnung:

1. Einführung und Verpflichtung eines besoldeten Magistratsmitgliedes.
2. Amtsniederlegung zweier Stadtverordneter.
3. Wahl zu den Bewertungsausschüssen (Verordn. v. 11. März 1926, RGBl. S. 151).
4. Ortssatzung für Heimstätten-Gartengebiete.
5. Beitrag zur Unterhaltung der Kreis-Chausseestraßen im Rechnungsjahr 1926.
6. Geländeaustausch am Bauplatz.
7. Gelände-Erwerb für die Verbreiterung der Badstubenvorstadt an der Mühlgrabenbrücke.
8. Veräußerung einer Straßenparzelle in der Voigtstraße.
9. Veräußerung städtischen Geländes:
   a) Am Rosenweg,
   b) an der Forststraße und am Eulengrund sowie Reststückes der Obstplantage.
   c) an der Ronneburger Straße.
10. Aufnahme einer langfristigen Anleihe.
11. Bereithaltung von Zinsenmitteln für Hypotheken- usw. Aufwertungen.
12. Schulgeldsätze für die höheren Lehranstalten sowie Gast- und Fremdenschulgelder.
13. Zweite technische Mittelschullehrerinnenstelle.
14. Verstärkung des Gasrohrstranges in der Altenburger Straße.
15. Legung eines Gashauptrohrstranges im Gelände des Bauvereins.
16. Umbau des städtischen Grundstücks Fischstraße 8.
17. Abrechnungen:
    a) Aufbau von drei Wohnungen auf dem Feuerwehrgerätehaus am Steinsgraben; Nachbewilligung der Mehrausgabe.
    b) Neubau des Feuerwehrgerätehauses mit Jugendherberge und Wohnung Bahnhofstraße 3; Nachbewilligung der Mehrausgabe.
    c) Pflasterung der Leipziger Straße; Nachbewilligung der Mehrausgabe.
    d) Pflasterung der Blumen- und Goethestraße.
    e) Pflasterung der Weberstraße.
18. Bewilligung der Mehrausgaben für Einrichtung der Schulküche für die Pestalozzischule.
19. Entlastung der Jahresrechnung 1925 der Stiftungskasse.
20. Aenderung des Bebauungsplanes zwischen Gleinaer-, Ronneburger Straße und dem Hochbehälter.
21. Fluchtlinienfestsetzung für:
    a) Den Grenzweg mit Nasberg,
    b) die Auto-Umgehungsstraße.
22. Großes Schöffengericht betreffend.
23. Kassenprüfungsverhandlungen.
24. Anträge der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion.

Zeitz, den 19. April 1926.

Der Stadtverordnetenvorsteher. Goldstein.

Bekanntmachung

Die Männerschwimmhalle des Stadtbades ist am Donnerstag, dem 22. April nachmittags von 2 Uhr an für den öffentlichen Verkehr geschlossen

Halle a. d. S., den 13. April 1926 **Der Magistrat**

Rote Hilfe Deutschlands

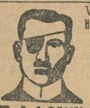
Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Greppin. Dienstag, 20. April, im Lokal Schmidt, abends 7 Uhr, Funktionärsitzung.
Ammendorf. Donnerstag, 22. April, abends 8 Uhr, in der „Burg" Funktionärsitzung.
Zeitz. Freitag, 23. April, 8 Uhr, in der Schuhmacherherberge Mitgliederversamml.
Delitzsch. Sonntag, den 25. April, Landwerbetour. Abmarsch ¾1 Uhr mittags vom „Lindenhof", daselbst wird Material verteilt. Alle Funktionäre und Mitgileder haben daran teilzunehmen. Unterkassierer müssen bis zum 24. April die Zeitungen beim Genossen Seidewitz abrechnen.

Guterh. Kinderwagen zu verk. Weißenfels, Zeitzer Straße 17, Hof I

Guterh. Kinderwagen 15 Mk. z. verk.. Weißenfels, Ladegaststraße 4 I

Oktav-Mandola und Oktav-Mandoline zu verkaufen. Seeben, Hallesche Straße 10 I



Vom 26. bis 28. April werden wir in Halle (S.) Universitäts-Augenklinik, Magdeburger Str. anwesend sein, um nach der Natur **künstliche Augen** anzufertigen und einzupassen. Erstklassige Ausführung. Größte Beweglichkeit.

F. Ad. Müller Söhne, Wiesbaden
Anstalt für künstliche Augen. — Gegründet 1860.

Umbauten, Reparaturen, Fassadenputz und Neubauten führt billigst aus:

Fr. Walter, Baugeschäft
Kl. Klausstr. 14 Fernruf 8072
Preisofferten **kostenlos**

Bekanntmachungen

Bei der Revision der **Wasserleitungen** sind wesentliche Mängel festgestellt worden die sofort zu beseitigen sind. In Kürze findet eine weitere Revision statt. Mängel ziehen die Anwendung des § 6 der Wassergebühren-Ordnung nach sich

Delitzsch, den 15. April 1926
*1479 **Der Magistrat**

Das **Wasser** wird Montag, den **19. bis einschl. Freitag, den 25. April** jeden Mittag von 1 bis 4 Uhr in der Bismarckstraße, Feldstraße, Körnerstraße, Roon- und Loberstraße **abgestellt.**

Delitzsch, den 17. April 1926
*1478 **Der Magistrat**

Bekanntmachungen

Oeffentliche Mahnung

Alle **Steuerrückstände,** wie Grundvermögens- und Hauszinssteuer, Gewerbesteuer aus d. Rechnungsjahre 1925 sowie Getränkesteuer für März 1925, Kirchensteuer für St. Andreas, ferner Feuerversicherungs-Beiträge für 1926 sind innerhalb einer Woche an unsere Stadtsteuerkasse zu zahlen; im anderen Falle erfolgt die Zwangseinziehung.

Eisleben, den 14. April 1926
*1476 **Der Magistrat**

Die **Gebührenordnung für die Bezirksschornsteinfeger** ist ab 1. Mai 1926 neu erlassen und hängt vor dem Rathause zur Einsichtnahme aus.

Eisleben, den 14. April 1926
Die Polizei-Verwaltung
*1475 gez. Clauß

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird hierdurch auf Grund des § 18 ff. des Reichsviehseuchen-Gesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten folgendes bestimmt:

§ 1. Nachdem der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche unter dem Viehbestande des Oberpostschaffners a. D. Friedrich Sehnert, hier amtstierärztlich festgestellt ist, wird aus dem Grundstück Steinkopfstraße 41 ein Sperrbezirk gebildet

§ 2. Für den Sperrbezirk treten die Bestimmungen der §§ 1 bis 6 der viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg vom 23. Dezbr. 1924 (Regierungsamtsblatt 1925, S. 1) sofort in Kraft

§ 3. Ein Schutzgebiet, für welches die Bestimmungen des § 7 der angezogenen viehseuchenpolizeilichen Anordnung ist bereits durch unsere Anordnung vom 22. März d. J. gebildet

§ 4. Zuwiderhandlungen werden nach §§ 74—76 des Reichsviehseuchen-Gesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519 ff.) bestraft

Eisleben, den 15. April 1926
Die Polizeiverwaltung
*1477 Claus

★ Inseratenannahme ★

für die Mansfelder Lande für

„Klassenkampf"

Eisleben, Rathausstr. 7

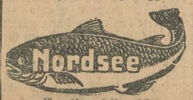
Alle Neubestellungen und Beschwerden über unregelmäßige Zustellung sind dorthin zu richten

Nur Dienstag!

Billiger Seefischtag!

Sämtliche hallischen Hausfrauen erwarten wir, um ihnen zu beweisen, daß der Seefisch nach Ostern ebenso frisch, ja noch fetter und zarter wie im Winter ist

Aus eigenem Kühlwaggon:



Gr. Ulrichstr. 58

Kabeljau ohne Kopf, **Seelachs** ohne Kopf	Ø **22** ₰
Karbonaden, vollständ. bratfertig ...... Pfund	**35** ₰
Grüne Heringe .... Pfund	**17** ₰
Bratscholle (Flundern) .... Pfund	**30** ₰
Schellfisch o. K., groß, fett, zart .... Pfund	**50** ₰

Alle anderen Fische ebenfalls vorrätig

Ebenso preiswert und gut sind unsere

Räucherwaren u. Fischkonserven
Marinaden und Salzheringe
Für Händler und Großverbraucher noch billiger!

„Raco"

Auch genannt „Die chemische Reinigung im Hause". Geld und Zeit wird gespart, wenn man seine Sachen selbst zu Hause reinigt. „Raco" macht unansehnlich gewordene Sachen wieder neu. Flecken mit etwas „Raco" gebürstet, verschwinden so ort. „Raco" beseitigt Glanz, Schmutz und üblen Geruch; es desinfiziert die Stoffe und frischt die Farben auf. Billig im Gebrauch; unschädlich für die Gewebe. Preis für 1 Dose (12 Stck.) 75 Pf. Zu beziehen per Nachnahme **Hans Selling, Kemberg** (Bez. Halle a. d. S.). Gewinn für Wiederverkäufer. *1471

Familien-Nachrichten

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schmerzlichen Verlust unserer teuren Entschlafenen

Frau **Anna Thiele**
geb. Pfeiffer

sagen wir auf diesem Wege allen unseren **herzlichsten Dank**

Böllberg, 17. April 1926

Die trauernden Hinterbliebenen

Zurück vom Grabe meines lieben unvergeßlichen Mannes, möchte ich auf diesem Wege allen, die mir in schweren Tagen Gutes erwiesen **meinen herzlichsten Dank** sagen. Herzlichen Dank dem Herrn Pfarrer nebst Lehrer und Schuljugend; sowie seiner Firma und Arbeitskollegen. Dank auch dem Arb. Radf. „Vorwärts", Kegelklub „Schwarze Else" und der Ortsgr. der KPD. Giesten 1483

Ennewitz, 18. April 1926
Minna Trompter geb. Heinicke

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260419-10/fragment/page=0004
DFG

Die Stadtdelegierten-Konferenz Halle für die Komintern

Entschiedene Ablehnung der ultralinken-antibolschewistischen Auffassungen

Um ½10 Uhr wurde die Stadtdelegierten-Konferenz Halle mit folgender Tagesordnung eröffnet: **1. Bericht von der Tagung der Erweiterten Exekutive; Referent: Genosse Remmele (Vertreter des ZK.), Korreferent: Genosse Urbahns. 2. Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag; 3. Mitteilungen.**

Das Wort erhält

Genosse Remmele

Das wichtigste Moment der Erweiterten Exekutive lag in der Feststellung der Tatsache, **daß der revolutionäre Anstieg seit der Tagung des 5. Weltkongresses keinen Augenblick zum Stillstand gekommen ist.** Was sich geändert hat, ist das Gefechtsfeld, und es bewahrheitet sich Lenins Wort von der wichtigen Rolle der Kolonialvölker in der proletarischen Revolution.

Der Genosse Sinowjew stellte fest, daß im Weltmaßstabe das Ergebnis der Analyse des 5. Weltkongresses die „relative Stabilisierung" noch jetzt besteht. Aber alle Anzeichen deuten darauf hin, daß diese Periode ihrem Abschluß entgegengeht. Die Frage ist nur, ob der Abschluß in kurzer oder längerer Zeit erfolgt. **Es ist aber schon jetzt richtig, wenn man von einer „schwankenden Stabilisierung" spricht. Die These der zwei Perspektiven bleibt bestehen.** Entweder rasche Zuspitzung der Gegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie oder langsamere Entwicklung, d. h. Rußland bleibt vorläufig als proletarischer Staat auf sich allein gestellt. Die Aufgabe einer unmittelbar revolutionären Situation ist die Organisation des bewaffneten Aufstandes. In der Epoche der langsameren Entwicklung heißt es, wie bringen wir es fertig, die Massen des Proletariats für uns zu gewinnen. Letztere Aufgabe ist natürlich auch in einer unmittelbar revolutionären Situation vorhanden, **beide Aufgaben ergänzen sich.**

Die Gegenwart zeigt, daß nicht nur Deutschland, sondern auch England, Frankreich und andere Länder in den Kreis der Weltrevolution hineingezogen werden. **Die Bourgeoisie bedient sich in den verschiedenen Ländern verschiedener Mittel, ihre Macht zu halten.**

In den Kommissionssitzungen der Erweiterten Exekutive wurde konkret zu den Verhältnissen in den einzelnen Parteien Stellung genommen. Im allgemeinen ist eine Konsolidierung der kommunistischen Parteien festzustellen. In der Tschechoslowakei ist die rechte Bubnik-Gruppe **ausgeschlossen** worden. In Frankreich erfolgte ebenfalls **Ausschluß der rechten Gruppe,** welche allerdings noch einen Resonanzboden in der Partei hat. **Bordiga allerdings erklärte, man dürfe diese Leute nur ideologisch bekämpfen, nicht organisatorisch.** Die Erweiterte Exekutive mußte dieses ablehnen. Eine wichtige Rolle spielte die Frage der norwegischen Partei. Auf Grund der besonderen Verhältnisse ist der KPN. die Aufgabe der Propagierung einer Labour Party gestellt worden. Diese Parole war ursprünglich aufgestellt worden von der Arbeiterpartei Norwegens (Tranmael). Die KPN. kämpfte dagegen, die Arbeiterschaft war jedoch für die Labour Party, weil sie durch die verschiedensten Niederlagen niedergedrückt, in ihr das einzige Kampfmittel sah. Damit die KPN. sich nicht von den Arbeitermassen isolierte, mußte die Exekutive eingreifen und die KPN. auf den richtigen Weg bringen, der jetzt, wenn auch nach einigen kleinen Abweichungen rechter Natur, welche behoben sind, konsequent begangen wird.

In der gesamten Komintern sind die rechten Tendenzen auf das entschiedenste zurückgewiesen worden.

Zur Gewerkschaftsfrage proklamierte die Erweiterte Exekutive die Weiterführung des Kampfes in der Amsterdamer Internationale. In Deutschland ist bei der Bildung des russisch-englischen Einheitskomitees nur eine schwache revolutionäre Bewegung vorhanden gewesen, die Reformisten waren viel aktiver (s. Amerikareise). **Amsterdam soll amerikanisiert werden. Nach wie vor wurde an der Linie des 5. Weltkongresses festgehalten: keine Aufhebung der RGI.**

Im Mittelpunkt der Erörterungen der Erweiterten Exekutive stand die KPD. Es zeigte sich, daß trotz des EKKI.-Briefes die Ruth-Fischer-Gruppe weiter das alte Spiel **der doppelten Buchführung** treibt. **Die Ruth-Fischer-Urbahns-Gruppe,** die zwischen der Komintern und der Gruppe Korsch-Schwarz stand, **steht jetzt zwischen Korsch-Schwarz und dem Renegaten Katz.** Diese Gruppe erhebt die Forderung der Normalisierung der KPD. auf einem Konzentrationsparteitag, auf welchem alle Richtungen vertreten sein sollen. **Auch wir sind für eine Normalisierung, aber für eine einheitliche Partei,** ohne Fraktionen. Die Gruppe Rosenberg-Scholem hat sich **gespalten.** Rosenberg und Konrad stehen zur Komintern, Scholems Haltung ist unentschieden.

Die Weber-Gruppe hat ihren Kampf gegen Rußland aufgegeben. Die Gruppe Korsch-Schwarz-Rolf steht nach wie vor in engster Verbindung mit dem **ausgeschlossenen** Katz. Eine neue Gruppe Neubauer fordert entschiedeneren Kampf gegen rechts, **ohne zu sagen gegen wen. Die gefährlichste dieser Gruppierungen jedoch sind Urbahns-Ruth-Fischer, weil sie dauernd ihr Gesicht verändern,** weil sie durch aus den Fingern gesogene Meldungen die ganze Partei verwirren. Jetzt verlangt man die Diskussion über den russischen Parteitag. **Warum hat Urbahns nicht die Behandlung dieser Frage auf der Erweiterten Exekutive verlangt?** Urbahns erklärt, daß die Frage des sozialistischen Aufbaues, die Frage der Komintern ist. **Diese Frage ist längst entschieden. Lenin sagte,** in der Diskussion mit den Menschewiki, **in Rußland sind alle Voraussetzungen der Revolution bis zu Ende vorhanden.** Wenn Urbahns erneut die Frage stellt, **stellt er sich auf den Standpunkt der Menschewiki. Urbahns unterscheidet sich von Katz und Korsch nur durch den Mangel an Konsequenz.** Wenn Otto Bauer über Sowjet-Rußland als Zeichen der Möglichkeit der Herrschaft des Proletariats spricht, wenn Kautsky sich gegen diese Möglichkeit wendet, so ist offensichtlich, daß Urbahns sich mit Kautsky solidarisiert. Kann man für Sowjet-Rußland in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft werben, wenn man die Ansichten eines Urbahns und Katz hat? Solche Agitation würde konterrevolutionär wirken. **Auch Laufenberg, Levi, Friesland und andere zweifelten an Rußland, um dann bei der Konterrevolution zu landen. Der Genosse Urbahns muß sich entscheiden für oder gegen Rußland, d. h. für oder gegen die proletarische Revolution. Diese Krise in der KPD. muß zum Abschluß gebracht werden, aufs schärfste muß gegen die aufgezeigten konterrevolutionären Anschauungen angekämpft werden.**

Sodann ergreift der

Genosse Urbahns

das Wort. Er beschwert sich über die Berichterstattung des Genossen Remmele, die nicht der ideologischen Klärung innerhalb der KPD. diene. Dadurch schaffe man eine Pogromstimmung gegen die Opposition. Auch im ZK. sind verschiedene Gruppierungen und **alle diese Gruppierungen sind ein Zeichen der Krankheit der KPD.** Es sind verschiedene Fragen, über welche in der Partei keine einheitliche Auffassung besteht. **Noch ist der Oktober 1923 nicht geklärt.** Es bestehen Differenzen in der Frage der Einheitsfronttaktik, deshalb der Konzentrationsparteitag, um eine ideologische Klarheit zu schaffen. **Wenn wir dem Referat und den Thesen Sinowjews zustimmten, die deutschen Thesen jedoch ablehnten, so deshalb, weil im Referat und in den Thesen Sinowjews am 5. Weltkongreß, der sich lozusagen links orientierte, festgehalten wird, wohingegen die deutschen Thesen nur den Kampf gegen links kennen.** Wir haben die russische Frage auf der Erweiterten Exekutive nicht gestellt, weil wir nicht gründlich genug vorbereitet waren. Wir unterstützen aber die Forderung Bordigas, die russische Frage auf dem 6. Weltkongreß zu behandeln. **Die russische Frage ist die Frage der Komintern, weil die KPR. die Führerin der Komintern ist.** Man unterschied uns, daß wir Menschewiki seien. **Lenin wandte sich gegen die Menschewiki, weil diese den Machtkampf zurückstellen wollten.** Lenin sagte jedoch an anderer Stelle, **daß die Frage des sozialistischen Aufbaues bis zum Ende nur durchgeführt werden kann bei Hinzukommen der Hilfe der Revolution in anderen Ländern. Deshalb ist das Aufrollen der russischen Frage nicht eine Gefahr für Rußland, sondern sie fördert die Revolution in den anderen Ländern.** Ich habe weder mit Katz noch mit Korsch etwas zu tun und habe mich wiederholt gegen diese Leute abgegrenzt.

Es bestehen liquidatorische Tendenzen in der Komintern. Wenn in Norwegen die Parole der Schaffung einer Labour Party herausgegeben wird, so deshalb, um dem bestehenden liquidatorischen Flügel entgegentreten zu können. In Holland schreibt der Kommunist Wynkoop für bürgerliche Blätter. In Frankreich werden die Anhänger des ausgeschlossenen Souvarins nicht ebenfalls ausgeschlossen. Auch in Deutschland besteht eine rechte Gefahr. **Die deutsche Linksbewegung in der Arbeiterschaft darf uns doch nicht veranlassen, uns den Anschauungen der linken SPD. zu nähern. Nach wie vor ist die KPD. die einzige Arbeiterpartei.**

Man verwischt den Sinn unserer Opposition, indem man uns Dinge unterschiebt, die wir nicht wollen. Ich stimme gegen organisatorische Maßnahmen, **weil sie nicht der Klärung dienen,** und weil sie nur der Beginn eines allgemeinen organisatorischen Kampfes sind.

Wir wenden uns gegen die Auffassung der Stabilisierung des Kapitalismus, welche ihren Ausdruck findet in der Parole des Staatskapitalismus. **Die Losung der Vereinigten Staaten von Europa kann nur aufgefaßt werden als die Vereinigten Staaten des bolschewistischen Europas. Die Einheitsfronttaktik** muß angewandt werden unter **Wahrung des Gesichts der Kommunistischen Partei und der Aufrollung der Machtfrage.** Die Parole der **Kontrolle der Produktion,** nicht die der **Verstaatlichung,** muß gestellt werden. In der Fürstenabfindung hat die Partei versäumt, **die Machtfrage zu stellen.** Sie hätte die Grenzen der Demokratie aufzeigen müssen, um die Auffassung zu zerstören, als sei die Fürstenabfindung im Rahmen der Demokratie möglich. Es besteht die Gefahr, daß die Bewegung für den Volksentscheid versackt, weil keine revolutionäre Aufklärung damit verbunden ist. Innerparteilich wird der schlechte Kurs der Ruth Fischer-Gruppe fortgesetzt. Rechte Elemente zieht man zur Arbeit heran. Linke Genossen werden kaltgestellt. **Deshalb weg mit dem jetzigen innerparteilichen Kurs, her mit dem wirklich demokratischen Kurs zum Wohle der Partei.**

*

Nach den beiden Referaten wurde der Bericht der Mandatprüfungskommission entgegengenommen. — Dann erfolgt die Verlesung der Resolution der Bezirksleitung und der des Genossen Urbahns, sowie eines Telegramms der Komintern an die deutsche Partei. Die Konferenz beschließt, daß an der Diskussion sich nur beteiligen dürfen Delegierte, Mitglieder der Bezirksleitung und Abgeordnete.

Die Diskussion

ergab, daß die Mehrheit der Delegierten den Standpunkt des ZK., d. h. der Komintern, vertrat. Die Auffassung des Genossen Urbahns wurde als irrige Auffassung bezeichnet, daß die russische Partei, **die unter ungeheuren Opfern die Macht erobert und befestigt hat,** sich nach rechts entwickele. Die Redner erklärten, daß durch die Ansichten der verschiedenen Gruppierungen **die KPD. in den Augen der Arbeitermassen diskreditiert würde, und verlangten die Weiterführung der praktischen Arbeit auf der Linie des ZK.** Zwei Genossen übten Kritik an der Einheitsfronttaktik und ein Genosse legte eine Resolution vor, welche die Politik des ZK. beim Volksbegehren kritisiert.

Genosse Berger:

Der Genosse Urbahns wird hoffentlich erkennen, **daß die jetzige Diskussion nur von einigen Leuten vom Zaun gebrochen ist und nicht der Auffassung der Mitglieder entspricht.** Wallrodt hätte als Vorsitzender des Einheitskomitees Gelegenheit gehabt, **dem Komitee einen politischen Inhalt zu geben. W. kritisiert das ZK. nicht von links, sondern von rechts.**

Genosse Urbahns (Schlußwort):

Auch ich lehne eine unsachliche Diskussion ab. **Daß die Genossen über die von mir gestellten Fragen nicht diskutieren wollen, ist kein Zeichen marxistischer Klarheit.** Wenn die Meinung sich durchsetzt, daß in Rußland allein der Sozialismus bis zu Ende durchführbar ist, dann wird die Frage der RKP., der Komintern aufgeworfen. **Das Mißtrauen der Arbeiter ist ein unpolitisches Mißtrauen.** Die falsche Bündnis- und Blockpolitik der Partei hat ein Versanden der Einheitsfrontkomitees mit sich gebracht. **Die Gefahren sind größer als sie scheinen.** Es gilt, die Gefahren rechtzeitig zu erkennen und ihnen zu begegnen. **Ihr werdet bald zu der Erkenntnis kommen, daß unser Weg, der Weg der Opposition, richtig ist.**

Genosse Remmele (Schlußwort):

Zum Zweck der Ablenkung von den jetzigen Aufgaben stellt Urbahns die Frage der Diskussion des Oktober 1923. Diese Frage aufrollen, bedeutet Aufrollung des 5. Weltkongresses. **Die Diskussion über den Oktober 1923 ist abgeschlossen,** wir haben den Vorstoß Klara Zetkins auf der Erweiterten Exekutive in dieser Frage energisch zurückgewiesen. **Wenn Genosse Urbahns sagt, die Linken werden die deutsche Revolution durchführen,** so heißt das, **daß die anderen die deutsche Revolution nicht wollen. Was will Urbahns dann noch in der KPD.?** Genosse Urbahns versucht den Genossen Lenin falsch zu zitieren. **Lenin sagt, der Sozialismus ist so lange in Rußland nicht gesichert, als die anderen Länder nicht auch die Revolution durchgeführt haben. Leute, die weißgardistische Anschauungen vertreten, kann man nicht länger in der Partei dulden. Der Genosse Urbahns aber will Korsch sogar sein Reichstagsmandat belassen.** Wie das Telegramm von Sinowjew beweist, **hat die russische Opposition nichts zu tun mit der deutschen Opposition, der Genosse Sinowjew rückt von dem Genossen Urbahns ab. Genosse Urbahns muß sich entscheiden, für die KPD., für die Komintern oder für Katz und damit gegen die Komintern. Nur unter Anerkennung der Kominiern kann man auf dem Wege der proletarischen Revolution vorwärtsschreiten.**

*

Vor der Abstimmung gibt Genosse Urbahns eine persönliche Erklärung ab, in welcher er nochmals seine Treue zur proletarischen Revolution, zur Kommunistischen Partei betont.

Die Abstimmung über die vorgelegten Resolutionen ergibt 74 Stimmen für die Resolution der Bezirksleitung und 23 Stimmen für die Resolution des Genossen Urbahns. Keine Stimmenthaltungen.

Die Resolution des Genossen Wallrodt wird **abgelehnt.**

Anschließend wird die Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag vorgenommen.

Nach Mitteilung organisatorischer Angelegenheiten wird die Konferenz um 4 Uhr geschlossen.

*

In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung der KPD. Ammendorf wurde nach eingehender Diskussion die Resolution der Bezirksleitung einstimmig angenommen.

Resolution

Die Stadtdelegiertenkonferenz stimmt den Beschlüssen der Erweiterten Exekutive vorbehaltlos zu. Insbesondere begrüßt die Stadtdelegiertenkonferenz die in der Resolution zur deutschen Frage niedergelegte feste politische Linie zur Gewinnung der entscheidenden Schichten der werktätigen Massen für die Politik der KPD. Die Stadtdelegiertenkonferenz verpflichtet alle Mitglieder, die Politik des jetzigen ZK., die nach dem Erscheinen des Exekutiv-Briefes eingeleitet, seit sechs Monaten mit Erfolg fortgesetzt und von der Erweiterten Exekutive gutgeheißen worden ist, mit allen Kräften zu unterstützen und zu verstärken.

Die Stadtdelegiertenkonferenz verurteilt auf das entschiedenste die kominternfeindlichen Auffassungen und Methoden, wie sie nach dem Erscheinen des Offenen Briefes von einigen ultralinken Führern vertreten wurden und wie sie heute verstärkt von der Gruppe Korsch-Schwarz-Rolf vertreten werden.

Die Ablehnung der Anwendung der Einheitsfronttaktik zur Gewinnung des Gros der Arbeitermassen, die Ablehnung der Parole der Arbeiter- und Bauernregierung, der Reorganisation der Partei auf der Grundlage der Betriebszellen, das demagogische Gerede von der Rechtsschwenkung und Liquidierung der Komintern und der kommunistischen Parteien, vor allem aber die Behauptung, Sowjet-Rußland sei ein kapitalistischer Staat und vertrete einen „roten Imperialismus" — alle diese Anschauungen, Methoden und in ihnen zum Ausdruck kommenden Tendenzen der Gruppe Korsch-Schwarz-Rolf sind direkt antibolschewistisch und liquidieren die marxistisch-leninistische Grundlage der kommunistischen Parteien.

Diese Anschauungen dürfen in keinem Falle innerhalb der KPD. geduldet werden. Darum fordert die Stadtdelegiertenkonferenz alle Parteigenossen auf, den allerschärfsten ideologischen Kampf gegen die parteizerstörenden Fraktionstreibereien der Korsch-Schwarz-Rolf zu führen und dem ZK. zu empfehlen, auch vor der Anwendung organisatorischer Maßregeln gegen die Spaltungsabsichten dieser unkommunistischen Elemente nicht zurückzuschrecken.

Der Kampf gegen diese Gruppe muß jetzt um so entschiedener geführt werden, weil diese Gruppe augenblicklich mit allen Mitteln bestrebt ist, die bereits politische Erfolge zeitigende Einheitsfronttaktik gegenüber sozialdemokratischen und indifferenten Arbeitern, Mittel- und Kleinbauernschichten zu stören.

Die Stadtdelegiertenkonferenz begrüßt gleichzeitig auch die scharfe Stellungnahme der Erweiterten Exekutive gegen die Gruppe Ruth Fischer-Maslow-Urbahns. Diese Gruppe versucht weiter mit Diplomatie und mit bereits Schiffbruch erlittener Methode der doppelten Buchführung mit demagogischen Parolen und lügenhaften Gerüchten die Mitgliedschaft zu verwirren und eine Konsolidierung der Partei zu verhindern. Die Exekutive hat recht, diese Gruppe als die politisch prinzipienloseste und zur Parteiführung am ungeeignetsten zu erklären, denn diese hat tatsächlich durch ihre bisherige unklare und schwankende Stellungnahme den offenen Antibolschewisten à la Korsch und Schwarz in die Hände gearbeitet.

Ebenfalls erklärt sich die Stadtdelegiertenkonferenz einverstanden mit der Stellungnahme der Erweiterten Exekutive gegen alle rechten Gruppierungen in der Partei. Alle fraktionellen Sonderbestrebungen und Bindungen rechter Genossen werden wir ebenfalls mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen.

Die Stadtdelegiertenkonferenz erklärt, daß jetzt unbedingt alle Kräfte der Partei, die ehrlich an der Durchführung der Politik, wie sie im Exki-Brief vorgezeichnet und durch die Erweiterte Exekutive erneut gutgeheißen worden ist, arbeiten wollen, zur ernsten Parteiarbeit herangezogen werden sollen. In diesem Sinne bekennt sich die Stadtdelegiertenkonferenz erneut zu dem Ausbau der Parteidemokratie, die allerdings nichts zu tun hat mit irgendwelchen Konzessionen an parteischädigende und parteizerstörende Gruppierungen.

Die Hauptaufgabe unserer Partei ist darum jetzt neben einer guten politischen Vorbereitung unseres Bezirksparteitages die Gewinnung der breiten, für die siegreiche Durchführung der Revolution ausschlaggebenden Schichten des Proletariats.

Die Liquidierung aller Fraktionskämpfe, die Konsolidierung der Partei durch eine jähe und unermüdliche politische Schulungsarbeit in der Linie der Bolschewisierung, die Herstellung des Vertrauens zur Parteiführung ist eine unbedingte Notwendigkeit für einen weiteren Aufstieg der Partei und die Voraussetzung zur Führung aller gegen den Kapitalismus rebellierenden Bevölkerungsschichten durch unsere Partei, in allen Tageskämpfen und zur schließlichen Niederwerfung des Kapitalismus und Aufrichtung des Sieges der Arbeiterklasse.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260419-10/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Im kapitalistischen Staat gibt es keine Volksgesundheit

Kopf an Kopf standen sie gestern abend auf dem Marktplatz, die Augen auf die straffgespannte Leinwand gerichtet. Es waren viele Arbeiter und „kleine Leute", wie man zu sagen pflegt, die sich ansehen wollten, was die Behörden ihnen zur Reichsgesundheitswoche zu sagen hätten. Die Bourgeoisie selbst war der Veranstaltung ferngeblieben. Sie braucht keine Verhaltungsmaßregeln, es sei denn ein Rezept dafür, wie man schlank bleibt trotz Schlaffahnehessen, und wie man überschüssiges Fett auf bequeme Art und Weise wegmensendiekt. Und was in dem Film gezeigt wurde, war auch in raffinierter Weise auf indifferente Massen zugeschnitten, auf jene, die nur den „Generalanzeiger" lesen, dieses Organ der systematischen Verdummungspolitik.

Punkt 9 Uhr fing es an. Zuerst eine kleine Einleitung und dann läuteten die Glocken auf der Leinwand den großen Film ein, der die Verhaltungsmaßregeln geben sollte. Da gab es gute Ratschläge wie sauer Bier: Schlafe nicht unter dicken Federbetten, sondern decke Dich mit einer Decke zu und halte die Fenster des Nachts offen. Als gerade so ein Bild vermanschter Gemütlichkeit mit guter Lehre gezeigt wurde, unterbrach die Totenstille der Tausende von Menschen plötzlich ein Ruf: **„Gebt uns gesunde Wohnungen"**, hallte es über den weiten Platz. Und dann war wieder alles still. Aber auf der Leinwand zappelte sich die Reichsgesundheit in Wort und Bild weiter ab. Ein gutes und reichliches Frühstück wird da empfohlen, das in Ruhe und Behaglichkeit jeden Tag eingenommen werden muß. Da waren plötzlich wieder die Stimmen, die sich zu einer Stimme vereint zu haben schienen: **„Von Margarine wird man nicht fett"**. Und so erhielt jedes der provokatorischen und höhnenden Lichtbilder die gebührende Antwort von den Arbeitern. **„Brot und Arbeit für die Erwerbslosen!", „Her mit dem Achtstundentag!"** Die Anwesenden merkten wohl, daß die Rufe alles andre als programmäßig waren, aber sie empfanden auch, daß sie die einzige Antwort auf die unausführbaren Mätchen sein konnten, die dort oben als gesundheitsfördernd gezeigt wurden. Man soll seinen Kindern ein Schreibpult kaufen, rät der Film zum Beispiel, die Kinder sollen nicht in schmutzigen Höfen spielen, und tausend andre Dinge mehr, deren materielle Grundlage zu schaffen, sich die Veranstalter des Films wohl hüten werden. Und deshalb war der Ruf der Arbeiter am Schluß der Filmvorführungen nur zu berechtigt:

„Im kapitalistischen Staat gibt es keine Volksgesundheit."

*

Die Herren vom Magistrat, soweit sie überhaupt an dieser „plebejischen" Veranstaltung teilgenommen haben dürften, werden wohl die Zwischenrufe sehr wenig angenehm empfunden haben. Tönte darin doch auch die Forderung nach jenem Jugendheim durch, das zwar schon oft besprochen wurde, für dessen Erbauung man aber nie Gelder übrig hat. Der Zwiespalt zwischen Theorie und Praxis in der bürgerlichen Sozialpolitik wurde durch diesen Film und dadurch, wie die klassenbewußten Arbeiter darauf reagierten, augenfällig zum Ausdruck gebracht. Mit dem guten Gewissen der Herrschaften, die gute Lehren, aber keine Hilfe fürs Proletariat übrig haben, schien es auch nicht weither gewesen zu sein. Denn niemand wagte, die Arbeiter zu unterbrechen oder ihnen ihre kräftigen und klaren Protestrufe zu verbieten. Man wußte auch zu genau, daß es den indifferenten Massen, die der Sache beiwohnten, noch deutlicher im Bewußtsein bleiben würde, wer hier im Rechte war. Ja, wenns nur eine Arbeiterversammlung gewesen wäre, da hätte man die schutzpolizeilichen Gummiknüppel wahrscheinlich bald in Aktion treten sehen können.

Die Reichsgesundheitswoche wird noch viel Tamtam schlagen, um die Proleten von ihren wirklichen Nöten abzuhalten. Demgegenüber hat der Arbeitsausschuß proletarischer Verbände Veranstaltungen organisiert, die der Arbeiterschaft die wahren Ursachen der Krankheit und des körperlichen Elends zeigen. Diese Veranstaltungen müssen von der gesamten Arbeiterschaft besucht werden, damit der Schwindel der Reichsgesundheitswoche aufgedeckt wird.

Die Kinder der Arbeiterklasse und die Reichsgesundheitswoche

Heute beginnt die „Reichsgesundheitswoche", in der überall in Versammlungen und Vorträgen über die Gesundheit geredet wird. Besonders befaßt sich die diesmalige Reichsgesundheitswoche mit dem **Schutze des Nachwuchses**, also den Kindern und den Jugendlichen.

Der Jung-Spartakus-Bund, die Kampforganisation der Arbeiterkinder, ist sich einig mit all den anderen proletarischen Organisationen, die gegen die Reichsgesundheitswoche Stellung nehmen. Nicht durch Flugblätter, Lichtbilder, Vorträge und gute Ratschläge wird die Gesundheit der Arbeiter und ihres Nachwuchses sichergestellt, sondern indem wirklich praktische Maßnahmen ergriffen werden, um die ungeheure Erwerbslosigkeit, die entsetzliche Wohnungsnot und das furchtbare Elend, unter dem die Arbeiterklasse und ihre Kinder leiden müssen, zu beseitigen.

Nur Sowjet-Rußland sorgt in großzügigster Weise für seine Kinder. Dies ist auch nur möglich, weil die arbeitende Klasse die Herrschaft im Staate erobert hat und daher Geld, Kurorte und Schlösser den Kindern zur Verfügung stellt. In den kapitalistischen Ländern jedoch, also auch in Deutschland, hat man kein Geld, oder nur sehr wenig für die Gesundheit des arbeitenden Volkes übrig, weil man sehr viel braucht für Militär, Kirchen, Zuchthäuser, Polizeihunde und Pferderennen.

Der JSB. kämpft deshalb mit der erwachsenen Arbeiterschaft für die Herrschaft der Arbeiterklasse und beteiligt sich an den Demonstrationen **für die Forderungen der Arbeiterschaft** in der Reichsgesundheitswoche:

Erhöhung des Lohnes,
ausreichende Unterstützung für die Erwerbslosen, Erhöhung der Unterstützung um 50 Prozent,
Bau gesunder Wohnungen,
Ausbau des Mutter- und Säuglingsschutzes,
Förderung des Jugendschutzes.

Darüber hinaus müssen alle Arbeitereltern den Jung-Spartakus-Bund unterstützen, um die Erfüllung der besonderen Forderungen **zum Schutze der proletarischen Kinder** zu erzwingen:

Verbot kapitalistischer Ausbeutung von Kindern!
Einrichtung von Schulspeisungen in allen Schulen!
Freie Lieferung von Lernmaterial!
Errichtung von Wald- und See-Erholungsstätten und kostenlose Verschickung der Kinder!

Nur die kapitalistische Gesellschaft ist einzig und allein schuld an der schlechten Gesundheit. Das Proletariat darf sich durch den Gesundheitsrummel, den die bürgerliche Gesellschaft in diesen Tagen veranstaltet, keinen Sand in die Augen streuen lassen, sondern muß die Bourgeoisie für die schlechte Gesundheit verantwortlich machen und selbst den Ausweg aus dem jetzigen Elend erkämpfen.

Den 18. April.

Jung-Spartakus-Bund. Zentrale.

Alle Arbeiterkinder und -Eltern werden aufgefordert, sich morgen, Dienstag, den 20. April, abends 8 Uhr, an der Kundgebung des JSB. zur Reichsgesundheitswoche im „Volkspark" zu beteiligen.

Die Reichsgesundheitswoche im Zeichen von Schwarzweißrot

(Von einem Arbeitersportler)

Gestern begann die mit großem Tamtam angekündigte Reichsgesundheitswoche. Ein Festzug von ungefähr 2000 bürgerlichen Turnern und Sportlern zog durch mehrere Straßen nach dem Hallmarkt. Mit viel Musik und schwarzweißroten Schildern, darunter eine schwarzrotgoldene Fahne, ging diese Sache vonstatten. Den Zug eröffnete die Lehrlings- und Stahlhelmkapelle Seifert, welche ihre berühmten Anti(!)-Kriegsweisen ertönen ließ. Dann kamen die Radfahrer-Vereinchen, u. a. mit schwarzweißroten Schärpen über Schulter und Brust. Wieder Musik, und nun nahten sich die „neutralen" teutschen Turner. Festwagen waren im Zug vertreten. Sogar der alte Jahn mußte in kitschiger Aufmachung mit herhalten. Nun kamen Kegel- und Kanuklubs, sich stolz in die Brust werfend. Und dann die Sport- und Fußballvereine. Da konnte man gleich sehen, wes Geistes Kind dieselben sind. Die sogenannten Ligakanone wurden gefahren. Dagegen mußten die unteren Mannschaften zu Fuß gehen. Wacker ließ sogar seine Ligaelf in Klubjacke marschieren, dagegen mußten die unteren Mannschaften in ihrem verwaschenen Dreß gehen. Auch die bekannten arbeiterfreundlich sein wollenden Borussianer hatten einen Festwagen. Dann gab es Vorabteilungen zu sehen. Ob sich diesmal die bürgerliche Presse auch darüber aufregen wird, wie damals beim Reichsarbeitersporttag, als unsere Arbeiterboxer nur mit Hose bekleidet waren? Es folgten Handballvereine, sogar der Polizei-Sportverein fehlte nicht. Die Großen waren wie bei den anderen auch auf Autos verstaut. Die Polizeier gingen ganz in rot, und doch behaupten böse Zungen, daß die Polizei kein rotes Tuch leiden mag. Den Schluß des Zuges bildeten die, welche nicht alle werden, und zwar der Christliche Verein Junger Männer und sonstige Kirchensportvereine. Auf dem Hallmarkt angelangt, sollten Reden gehalten werden, aber Regen setzte ein, und alles lief auseinander, richtig nach Sportlermanier. Es war ein Anblick für Götter, wie die bürgerlichen Sportler vor dem Regen davonliefen und die ganze Reichsgesundheit ins Wasser fiel. Daß die Reden nicht zustandekamen, ist ganz gut, denn es wäre ja doch nur nationalistisches Gequaffel geworden.

Auffallend war, daß die Schilder, die im Zuge getragen wurden, fast durchweg schwarzweißrot waren. Die 10 000 RM., die der Reichsgesundheitswoche zur Verfügung gestellt sind, hätten zu besseren Zwecken Verwendung finden können.

China-Kundgebung der JAH.

Am Sonntagvormittag fand im großen Volksparksaal eine China-Kundgebung der JAH. statt. Das Thema, über das Dr. Shi Kai Chi, Kanton (China) sprach, lautete: „Der Freiheitskampf des chinesischen Volkes". Der Referent zeigte den Erschienenen in sachlicher Kürze die Ursachen, die das chinesische Volk zur Empörung trieben. Die arbeitende Bevölkerung Chinas wird in der rücksichtslosesten und brutalsten Weise ausgebeutet. Der Chinese hat in seinem Lande überhaupt nichts zu sagen. Es herrschen auch hier die Kapitalisten der großen Westmächte, die aus der Not und dem Elend dieses Millionenvolkes ihre Profite erpressen. Der chinesische Arbeiter wird buchstäblich mit Beitpfennigen abgespeist. Die reguläre Arbeitszeit beträgt hier 12, 16 und oft auch noch mehr Stunden am Tage. Die „Kulturbringer" und Verkünder der christlichen Religion entpuppen sich in China ganz offen als habgierige Blutsauger, die selbst aus der zehn- bis zwölfstündigen Kinderarbeit ihren Reichtum schöpfen.

Aber nicht nur diese unerhörte Ausbeutung hat das chinesische Volk zur Rebellion getrieben. Der Versuch der imperialistischen Mächte, China ganz an sich zu reißen, ist in erster Linie der Grund zu den Unruhen und Aufständen der letzten Zeit. In China tobt der Kampf mit der Losung „China den Chinesen". Dieses „unkultivierte" Volk des fernsten Ostens ist erwacht und führt einen zähen Kampf gegen seine völlige Versklavung. Es will sich nicht länger benommunden und ausjaugen lassen. Augenblicklich streiken in Kanton bereits einige Monate 10 000 chinesische Arbeiter, und hier zeigt sich praktische absolute Notwendigkeit der **Internationalen Arbeiterhilfe**, die die Streikenden in jeder Weise unterstützt und so zur Erlangung des Sieges des chinesischen Volkes über die imperialistischen Westmächte beiträgt. Der Referent erklärte,

daß die chinesischen Gewerkschaften korporativ der JAH. angeschlossen sind,

weil der chinesische Arbeiter erkannt hat, daß sie durch ihre praktische internationale Hilfsbereitschaft und Solidarität die wirksamste Hilfe der Arbeiterklasse im Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus ist und darum auch von allen Arbeitern der Welt unterstützt werden muß.

Genosse Höcker ergänzte die Ausführungen des Redners und wies auf die teilweise falsche und unverständliche Einstellung der deutschen Arbeiter hin, die vielfach noch die Auffassung vertreten, daß die Kämpfe im fernen Osten mit den Kämpfen der europäischen Arbeiterschaft gar nichts oder nur wenig zu tun haben. Er zeigte den Anwesenden, wie leicht es möglich ist, daß ausländische Arbeiter als Lohndrücker gegen europäische Arbeiter verwendet werden. Daß diese Gefahr tatsächlich besteht, beweisen die zahlreichen Fälle im Seeverkehr, wo feststeht, daß viele Schiffe mit Chinesen, Singhalesen, Indiern usw. als Besatzung bemannt sind, die einen ganz minimalen Lohn bekommen. Er wies weiter darauf hin, daß neue drohende Kriege verhindert werden können, wenn die Arbeiterschaft den unterdrückten Kolonialvölkern in ihren Kämpfen Beistand leistet. Auch in dieser Beziehung gehe Sowjet-Rußland mit gutem Beispiel voran.

Den Ausführungen dieser beiden Redner folgte eine kurze Aussprache, die sich hauptsächlich mit der Frage der internationalen Gewerkschaftseinheit befaßte. Die beiden ersten Diskussionsredner waren in ihren Ausführungen noch sehr verschwommen. Sie mußten sich von dem dritten Redner belehren lassen, der aufforderte, keine Luftpolitik zu treiben und Phrasen zu schwingen, sondern sich in den Gewerkschaften zu organisieren und sie durch unermüdliche Kleinarbeit zu Organisationen des Klassenkampfes zu machen, die sie sein sollten.

Nachdem der chinesische Genosse Shi Kai Chi noch einige an ihn gestellte Fragen beantwortet hatte, wurde die Versammlung, die einen besseren Besuch verdient hätte, geschlossen.

Die Reichsgesundheitswoche und die Not des werktätigen Volkes

Arbeitslosigkeit // Unterernährung // Tuberkulose

sind die Folgen des Weltkrieges. Trotz 14 Millionen Toter sind die Kapitalisten aller Länder eifrig dabei, ein neues Völkermorden vorzubereiten. Ihre Friedensbeteuerungen sind Lug und Trug.

Werktätige, laßt Euch nicht zum zweiten Male betrügen! Vergeßt nicht das Stahlbad! Kommt am

Mittwoch, dem 21. April, abends 8 Uhr

nach der Aula der Talamtschule zum Lichtbildervortrag

„Die Anklage des Proletariats zur Reichsgesundheitswoche!"

Eintritt 30 Pfennige

Der Arbeitsausschuß der proletarischen Organisationen

Grabsteineinweihung für den erschossenen Genossen Wilhelm Gründler

In aufopferungsvoller Arbeit hatten die Trothaer Genossen dafür gesorgt, daß dem im Jahre 1920 erschossenen Wilhelm Gründler ein Gedenkstein auf dem Trothaer Friedhof gesetzt wurde. Am Sonntag, dem 18. April, mittags 12 Uhr, fand die Einweihung und Gedenkfeier für den erschossenen Genossen statt.

Schon lange vor Beginn der Feier war der Friedhof von Trothaer Arbeiterinnen und Arbeitern besetzt. Nach Sammlung der roten Frontkämpfer auf dem Wettiner Platz marschierte ein stattlicher Zug mit roten Fahnen, an der Spitze der gesamte Spielmannszug des RFB., die Reilstraße und Trothaer Straße entlang.

Um 12 Uhr wurde die Feier durch den Gesangverein „Liedertafel", Trotha, eröffnet, die das Lied „Tod Folsom" gut zu Gehör brachte. In seiner Rede behandelte Genosse Härtel die tragischen Umstände, unter denen der Genosse Gründler erschossen wurde. Er betonte dabei, daß er als Opfer der Reaktion bei Ausübung einer privaten Angelegenheit ums Leben gekommen sei. Auch dieser Tote, der schon frühzeitig sich eingereiht hatte in die Front des kämpfenden Proletariats, wird ein Ansporn sein für die gesamte Arbeiterschaft, sich zusammenzuschließen zur Einheitsfront, um der immer frecher auftretenden Reaktion gegenüberzutreten. Die Jahre 1919/20 bis zum heutigen Tage sind eine Kette von Unterdrückungen und Entbehrungen für das Proletariat gewesen. Die gegenwärtige Ausweglosigkeit des kapitalistischen Wiederaufbaues wird am besten damit beleuchtet, daß nahezu 5 Millionen Arbeiter am Hungertuche nagen. Wir stehen hier nicht als Trauende, sondern wir ehren den Genossen Gründler damit, daß wir allesamt den Kampf aufnehmen gegen die anarchische, kapitalistische Welt. Das Proletariat muß sich sammeln unter roten Fahnen, um seine historische Aufgabe zu erfüllen.

Nachdem sich die roten Fahnen über das Grab des Genossen Gründler gesenkt hatten und ein Genosse von Trotha einen Kranz niedergelegt und der Trothaer Bevölkerung die Pflege des Grabes empfohlen hatte, wurde vom Spielmannszug des RFB. das Lied: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" gespielt. Den Abschluß der Feier gab die „Liedertafel" Trotha durch ein Lied.

Die Trothaer Bevölkerung, die lebhaftesten Anteil an dieser Veranstaltung nahm, wird weiter unter Führung der Kommunistischen Partei die Aufgaben der Arbeiterschaft erfüllen.

Hallische Tageschronik

* **Arbeiter-Samariter-Bund.** Wegen Erkrankung des Genossen Aug. Schmidt hat Genosse Max Hintze, Huttenstraße 76, den Materialverwalter mit übernommen. — Donnerstag, abends 6 Uhr, Treffen sämtlicher Arbeiter-Samariter im „Volkspark". Desgleichen auch die Kursusteilnehmer. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht. **Der Vorstand.**

* **Zeugen gesucht!** Die Augenzeugen, die den Vorfall am Sonntag, den 18. April, nachmittags in der Zeit von 2 bis 3 Uhr in der Kl. Ulrichstraße—Dachrißstraße beobachtet haben, werden gebeten, ihre Angaben im „Klassenkampf", Lerchenfeldstraße 14, Zimmer 4, zu machen.

* **Schlüsselbund gefunden** auf dem Wege zwischen Restaurant „Glocke" und Sanitätsrat Schumann (Trotha). Abzuholen bei Karl Knorre, Möglicher Straße 12.

Können

Die Reichsgesundheitswoche und die Not des werktätigen Volkes. Ueber dieses Thema findet am Mittwoch, dem 21. April, im „Bürgergarten" eine öffentliche Versammlung, veranstaltet von der JAH., statt. Es ist Pflicht der gesamten Einwohnerschaft, daran teilzunehmen.

Dölau-Lettin

Mitgliederversammlung. Am Dienstag, dem 20. April, abends 8 Uhr, findet im Richterschen Lokal, „Dölauer Heide", eine wichtige Mitgliederversammlung der KPD. statt. Die Genossen von Lettin und Dölau werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Genosse Otto Härtel, Halle, wird referieren.

Die Aprilnummer des „Roten Helfer"

bringt eine neue aufsehenerregende Enthüllung über den Justizskandal im Falle Jürgens. Sie veröffentlicht eine Kostenberechnung, in der dem politischen Gefangenen Erich Melcher zugemutet wird, die Vergnügungsreisen des Herrn Jürgens zu bezahlen.

Weiter bringt die Nummer, die diesmal 12seitig und erstmalig illustriert erscheint, Material über den Terror in China und einen Brief der in den Kerkern Rumäniens schmachtenden bessarabischen Bauern. Sie bringt weiterhin Material über die Zugrunderichtung der im französischen Militärkerker schmachtenden Genossen Scheerer und Hölz, sowie reichhaltiges Material aus der Tätigkeit der Roten Hilfe. Den Schöffen und Geschworenen sowie den Gefangenenbeiräten bringt sie Anregungen für ihre Tätigkeit.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Tatar-Bunarer Bauern an die Rote Hilfe Berlin-Brandenburg. — Rettet die Genossen Scheerer und Hölz! — Für die Opfer des imperialistischen Terrors in China. — Ein neuer Skandal: Politische Gefangene sollen Jürgens Vergnügungsreisen bezahlen! — Die Rechte der Schöffen und Geschworenen. — Gefangenenbeiräte. — Ein Jahr Freiheit! Von Erich Mühsam. — Gefangenenbriefe. Organisation: Einnahmen und Ausgaben der Rote Hilfe Deutschlands im Januar 1926. — Ein Jahr Mopr-Heim. — Freidenker, Klassenjustiz und Rote Hilfe. — Ein Beitrag zu den Verfolgungen der Roten Hilfe in Württemberg und: Holt die politischen Gefangenen aus den Strafanstalten!

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroß, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

In diesen Tagen kassieren unsere Trägerinnen die dritte April-Rate. Wir ersuchen dringend, denselben die Einkassierung zu erleichtern. Der Verlag.

Wachstuche, Frühstückstaschen, Dauerwäsche, Gummi-Bieder, Große Steinstraße

Arbeiter-Eltern!

Kommt mit Euren Kindern zur Jung-Spartakus-Kundgebung
am Dienstag, dem 20. April, abends 1/2 8 Uhr, im „Volkspark"
Thema: Jung-Spartakus-Bund — Reichsgesundheitswoche

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260419-10/fragment/page=0006

Gewerkschaftsbewegung

Das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe als Lohnabbaumaschine

H. B. Lohnpolitik ist Machtpolitik. Diesen Ausspruch lesen wir nach langer Zeit wieder einmal im „Grundstein“. Es hat sehr lange gedauert, bis die reformistischen Führer des Baugewerksbundes sich zu dieser marxistischen Grundauffassung zurückgefunden haben. Vor dem Kriege galt dieser Grundsatz auch für diese Leute. Jedoch während und nach dem Kriege hatte man denselben preisgegeben. Man verlegte sich auf die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern. Die Folge dieser arbeiterfeindlichen Politik war die ungeheure Verelendung der Arbeiterschaft und die restlose Preisgabe aller Errungenschaften vom November 1918. Weil die Kommunisten gegen diese Politik kämpften, wurden wir aus den Gewerkschaften ausgeschlossen. Am wildesten gebärdeten sich hierbei gerade die Führer des Baugewerksbundes. Sie lösten ganze Ortsvereine auf. Jetzt, nachdem die Bauarbeiter wiederum die verhängnisvollen Folgen dieser Politik tragen müssen, schreibt der „Grundstein“ am Schluß seines Leitartikels: Vergeßt es nie, hämmert es ein in Hirn und Herz: Lohnpolitik ist Machtpolitik!

Das ist das Eingeständnis des vollständigen Bankrotts ihrer bisherigen Arbeitsgemeinschaftspolitik. Jawohl, es gibt auch noch Bauarbeiter, die sich zu dieser Erkenntnis, daß Lohnpolitik Machtpolitik ist, durchringen müssen. An dieser Tatsache tragen aber in allererster Linie die Führer die Schuld. Jahrelang haben sie die falschen Illusionen erweckt, als ob im trauten Verein mit den Ausbeutern die Lebenslage der Arbeiter verbessert werden und die kapitalistische Wirtschaft wieder aufgebaut werden könnte. Es ist die höchste Zeit, daß die Bauarbeiter ihre Führer zwingen, nun auch endlich eine andere Lohnpolitik durchzuführen, immer nach dem Grundsatz: Lohnpolitik ist Machtpolitik.

Warum geben jetzt die Führer des Baugewerksbundes offen ihren Bankrott zu? Es hat sich mit aller Klarheit gezeigt, daß das auf Grund der Vereinbarungen vom 26. Februar eingesetzte Reichsschiedsgericht fürs Baugewerbe nur als Lohnabbaumaschine gegen die Bauarbeiter wirkt. Schon vor den zentralen Verhandlungen wiesen wir darauf hin, daß diese Vereinbarungen nur zustande gekommen seien, weil die Unternehmer inoffizielle Versprechungen gemacht hätten, dahingehend, daß sie nicht daran dächten, die Bauarbeiterlöhne abzubauen. In der leichtfertigen Weise hat man diesen Versprechungen Glauben geschenkt. Sicher waren sich die Führer indessen keinesfalls, das verrät der 2. Vorsitzende Bernhard in seinem Referat auf dem außerordentlichen Bundestag, wo er ausführte: Nun möge das Reichsschiedsgericht beweisen, ob es die reaktionären Gelüste der Unternehmer erfüllen wird. Nun hat das Reichsschiedsgericht mit einem sog. „Unparteiischen“ an der Spitze bewiesen, daß es die reaktionären Gelüste der Unternehmer jederzeit erfüllen wird.

Vom 29. März bis 1. April wurde in Berlin über 16 große Wirtschaftsgebiete verhandelt. In 12 Fällen wurde die Entscheidung ausgesetzt, die Angelegenheit wurde in die Bezirke zurückverwiesen. Gelingt es bei den kommenden neuen Verhandlungen in den Bezirken nicht, eine Einigung zu erzielen, dann wird das Reichsschiedsgericht am 30. April erneut zusammentreten und einen Spruch fällen, der dann endgültig ist. Wie diese Schiedssprüche dann aussehen werden, darüber dürfte kein Bauarbeiter mehr im Zweifel sein. Die Aufgabe des Reichsschiedsgerichts besteht darin, die Löhne abzubauen. Dieses wird am besten illustriert durch die vier Schiedssprüche, die in Berlin bei den Verhandlungen gefällt wurden, über die wir bereits berichteten.

Selbst der „Grundstein“ weist jetzt darauf hin, daß sich die Bauarbeiter eine solche Vergewaltigung des Reichsschiedsgerichts auf keinen Fall gefallen lassen werden, sondern daß mit großen schweren Kämpfen im Baugewerbe zu rechnen ist. Die Bauarbeiter müssen dafür sorgen, daß es nicht nur bei diesen Worten bleibt, sondern den Worten die Tat folgen muß.

Der Kampf der Bauarbeiter ist eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterschaft. Gelingt es den Unternehmern, die Löhne der Bauarbeiter abzubauen, dann werden auch die übrigen Unternehmer erneut mit einer allgemeinen Lohnabbauoffensive hervortreten. Das muß verhindert werden. In allen Gewerkschaftsversammlungen und in den Betrieben muß Stellung hierzu genommen werden. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen heute mehr denn je die Schaffung von Industrieverbänden und nach dem englischen Beispiel die Schaffung von großen Gewerkschaftsbündnissen fordern. In England fürchtet man den gewaltigen Block der Arbeiter und wagt nicht, die Löhne abzubauen.

Es muß eine rege Propaganda unter den Unorganisierten einsetzen, damit sie dem Baugewerksbund zugeführt werden. Die falschen reformistischen Illusionen müssen überwunden werden und an Stelle der Arbeitsgemeinschaftspolitik muß eine **Klassenkampfpolitik** der Gewerkschaften treten.

Westfälische Bauarbeiterschaft hält an neuen Lohnforderungen fest

Am 11. April tagte in Bochum eine Konferenz von 247 Funktionären des Baugewerksbundes für Westfalen. Im Mittelpunkt der Debatten standen die für die Bauarbeiterschaft so kläglich ausgelaufenen Lohnverhandlungen Ende März in Berlin. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, die u. a. **die bezirkliche Lohnkommission beauftragt, bei den weiteren Verhandlungen an den Forderungen auf Lohnerhöhung festzuhalten.** Ferner wurde unterstrichen, daß am Achtstundentag festgehalten werden muß.

Bezirkskonferenz des Bergarbeiterverbandes

Bezirk Zeitz

Am Sonntag, dem 11. April, fand in **Saalfeld** die zweite Bezirkskonferenz der Vertrauensleute des Zeitz-Saalfelder Bezirkes statt. Auf der Tagesordnung standen:

1. Beschlußfassung über die eingereichten Anträge zur Statutenänderung.
2. Verschiedenes (Agitation und Bergfahrt).

Die erneute Einberufung der Konferenz nach Saalfeld beweist, daß die Bezirksleitung einige hundert Mark Mehrkosten auf die leichte Schulter nimmt. Sie scheint wahrscheinlich nicht zu wissen, wie sauer die Groschen der Mitglieder erworben werden müssen. Nach dem § 53 des Verbandsstatuts müssen alle Anträge zum Statut, welche von den Zahlstellen gestellt werden, erst durch das Fegefeuer der Bezirkskonferenz.

Alle Anträge, die die Bezirkskonferenz ablehnt, kommen nicht vor das Forum des Verbandstages. Und so hat die Bezirkskonferenz unter der Leitung von Weickart und von Schmidt (Hauptvorstand) von dem ihr zustehenden Rechte der Abwürgung reichlichen Gebrauch gemacht. **Von den 49 gestellten Anträgen wurde nur ein kleiner Teil zur Annahme gebracht.** Die wichtigen Forderungen der Mitgliedschaft auf Ausbau und Erweiterung der Demokratie im Verband und Beschneidung der geradezu unheimlichen Machtfülle der Verbandsinstanzen wurden rücksichtslos niedergestimmt. Immerhin wehrten sich 19 bis 20 Delegierte gegen diese Erdrosselungsmethode, und das Hauptvorstandsmitglied Schmidt hatte in der Verteidigung des jetzt bestehenden Statuts und der noch reaktionäreren Vorstandsvorlage keinen leichten Stand. In demagogischer Art versuchte er die einzelnen Anträge der Zahlstellen als bestellte Arbeit der KPD. zu denunzieren. Beistand erhielt Schmidt durch den Vertrauensmann der Zahlstelle Meuselwitz, dem Landtagsabg. Franz, welcher sich mit wahrer Wollust an der Abschlachtung aller fortschrittlichen Anträge beteiligte und alles das mit erdrosselte, was er in lichten Augenblicken früherer Zeit mitunter selbst gutgeheißen hatte. Noch erbärmlicher trat der Vertrauensmann der Zahlstelle Hohenmölsen auf, welcher die einzelnen Anträge, die von seiner Zahlstelle gestellt worden waren, regelmäßig mit dem Bemerken abtat: **„Die begründe ich nicht, die sind von den Kommunisten gestellt, ich ersuche um Ablehnung.“** Es wird notwendig sein, daß die Zahlstelle Hohenmölsen mit dieser Art „Vertrauensmänner“ gründlich abrechnet. Die Auseinandersetzungen bei dem ganzen Tagsordnungspunkt waren sehr lebendig, und teilweise kam es zu stürmischen Auftritten. Die angenommenen Anträge beziehen sich außer einem Ergänzungsantrag zum § 1, welcher die jetzige verschwommene programmatische Festlegung des Verbandes durch eine klarere ersetzen will, im wesentlichen auf die Abwehr der Verschlechterungsvorlage des Hauptvorstandes bei den Unterstützungseinrichtungen. **Wenn die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes bei der Verbandstagswahl am 25. April nicht alle Kräfte anstrengen, um oppositionelle Delegierte zum Verbandstag zu entsenden, dann wird das Trauerspiel der Mitgliederentrechtung noch weiter anhalten und die Gefahr heraufbeschwören, daß große Teile der Mitgliedschaft in einen Gegensatz zur Organisation kommen.**

Im Punkt „Verschiedenes“ sprach Weickart zur Agitation. Ueber die Bergfahrt, die in diesem Jahre nach dem Saalfelder Schiefergebiet unternommen werden soll, wurden noch einige nähere Angaben gemacht.

Einladung deutscher Gewerkschaftsführer durch die russischen Gewerkschaften

Die Zeitschrift „Die Einheit“, die von einem führenden linkssozialdemokratischen Arbeiter der Rußland-Delegation herausgegeben wird, veröffentlicht in ihrer letzten Nummer einen Briefwechsel zwischen ihrer Redaktion und dem Vorsitzenden der russischen Gewerkschaften, den Genossen Tomsky, worin die so viel umstrittene Frage der Dolmetscher geklärt wird. Bekanntlich wurde von den deutschen Gewerkschaftsführern behauptet, daß eine Delegation deutscher Gewerkschaftsführer nach Sowjet-Rußland bisher deswegen gescheitert sei, weil die Russen keine von den deutschen Gewerkschaften selbst gestellten Dolmetscher zulassen würden. Tomsky gibt in seinem Briefe eine unzweideutige Antwort, aus der zu ersehen ist, daß die deutschen Gewerkschaften jeden Tag eine Delegation mit eigenen Dolmetschern schicken können, wenn sie ernstlich die Absicht haben, und daß die Russen es für selbstverständlich halten, daß einer solchen Delegation jede gewünschte Unterstützung und Bewegungsfreiheit garantiert wird. Tomsky erklärt in seinem Briefe sogar, daß eine solche Delegation von russischer Seite auf das freudigste begrüßt würde. In nachfolgendem lassen wir den Brief Tomskys vollinhaltlich folgen.

Paris, 15. März.

„Werte Kameraden!

Euer Schreiben vom 27. Februar habe ich mit großem Interesse gelesen und bin selbstverständlich gern bereit, Euch die gewünschte Auskunft zu erteilen.

Vor allem bin ich sehr verwundert, daß in Deutschland die Meinung vorhanden ist, als ob wir bei einer evtl. Delegation des ADGB. oder einzelner Gewerkschaftsführer nur solche Dolmetscher zulassen würden, die uns angenehm sind.

Ich kann Euch deshalb im Namen des Gewerkschaftsrates der USSR. und aller ihm angeschlossener Organisationen in Beantwortung Eurer Fragen folgendes mitteilen:

Frage 1: Sind die russischen Gewerkschaften bereit, auch Dolmetscher anzuerkennen, die nicht von ihnen selbst gestellt werden?

Natürlich. Ueberhaupt hat bisher die russische Gewerkschaftsbewegung nur dann einer Delegation einen oder mehrere Dolmetscher gestellt, wenn die Delegation selbst darum gebeten hat.

Frage 2: Werden sie auch solche Dolmetscher anerkennen, welche der Sozialdemokratischen Partei oder einer anderen nichtkommunistischen Partei angehören?

Selbstverständlich. Wir fragen ebensowenig nach der politischen Einstellung der Dolmetscher, wie nach der politischen Einstellung der Delegierten. Als Beweis dürfte es genügen, auf die Delegation der englischen Gewerkschaften hinzuweisen. Nicht nur befand sich unter der Delegation kein einziges Mitglied der Kommunistischen Partei — alle waren, soweit uns bekannt, Sozialdemokraten resp. Mitglieder der englischen Arbeiterpartei — auch die drei von den englischen Genossen selbst gestellten Dolmetscher waren kein Kommunisten. Die englischen Gewerkschaften werden jedenfalls gern bereit sein, Euch diese Tatsachen zu bestätigen.

Frage 3: Welche Dolmetscher würden die russischen Gewerkschaften evtl. beanstanden?

Aus meiner Beantwortung Eurer ersten und zweiten Frage geht eindeutig hervor, daß die russischen Gewerkschaften bei der Dolmetscherfrage den Genossen des Auslandes, die Sowjet-Rußland besuchen wollen, in keiner Weise auch nur die geringste Schwierigkeit in den Weg legen. Uns ist jeder Dolmetscher willkommen, der von der Regierung unseres Landes die Einreiseerlaubnis erhält. Daß die Sowjetregierung ebensoweig wie wir nach der politischen Einstellung fragt, geht ebenfalls aus der bereits angekündigten Tatsache hervor, daß **sowohl Delegierte als auch Dolmetscher nichtkommunistischer Parteien ohne weiteres die Einreiseerlaubnis erhalten haben.** Nur eine einzige Ausnahme macht unsere Regierung. Sie verweigert die Einreiseerlaubnis ausschließlich Emigranten, das heißt russischen Staatsangehörigen, die Sowjet-Rußland feindlich gesinnt sind und, während die Arbeiter und Bauern im schwersten Kampfe um die Erhaltung der Errungenschaften der Revolution standen, mit den Gegenrevolutionären gemeinsame Sache gemacht haben. Wir sind davon überzeugt, daß jeder andere Staat in demselben Falle genau so handeln würde.

Frage 4: Sind die russischen Gewerkschaften außerdem bereit, einer Studienreise deutscher Gewerkschaftsführer die notwendige Bewegungsfreiheit und Unterstützung zu garantieren,

Diese Frage wundert mich noch mehr als die vorhergehenden. Jede Delegation, welche bisher zu uns gekommen ist, hat stets die größte Freiheit, Gastfreundschaft und Unterstützung der russischen Gewerkschaften erhalten. Eine Delegation deutscher Gewerkschaftsführer würde gewiß nicht anders empfangen werden. Daß wir bisher nicht in der Lage waren, das durch die Tat zu beweisen, ist nicht die Schuld der russischen Gewerkschaften. Wir würden den Besuch einer Delegation deutscher Gewerkschaftsführer freudig begrüßen und derselben gewiß die notwendige Bewegungsfreiheit und Unterstützung garantieren.

Ich glaube, hiermit Eure Fragen erschöpfend beantwortet zu haben. Meinerseits möchte ich nur noch Eure Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß die Dolmetscherfrage doch wirklich nicht die Wichtigkeit hat, welche man ihr anscheinend geben möchte. Es war ja schon manche Delegation in Rußland, unter deren Mitglieder sich Kameraden befanden, welche die russische Sprache sehr gut beherrschten und Land und Leute gut kannten. Das war z. B. der Fall bei der tschechischen, norwegischen und auch bei der ersten deutschen Arbeiterdelegation, welche im August vorigen Jahres in Sowjet-Rußland weilte. Daraus geht schon hervor, daß **die Kenntnis der deutschen und russischen Sprache nicht das ausschließliche Privilegium in Deutschland lebender und gegen Sowjet-Rußland arbeitender Emigranten ist.** Sicherlich gibt es in Deutschland wie auch in anderen Ländern genügend Mitglieder der dortigen Parteien und Gewerkschaften, die außer der eigenen Sprache auch die russische genügend beherrschen und den Ansprüchen einer Delegation vollkommen genügen würden.

Möge in kürzester Zeit eine Delegation deutscher Gewerkschaftsführer unser Land besuchen. Nicht nur, damit der Beweis geliefert wird, daß die Behauptungen bezüglich der Dolmetscherfrage hinfällig sind, sondern auch eine Annäherung der Gewerkschaften und der Arbeiterklassen beider Länder herbeigeführt wird. Viele, jetzt noch bestehende Mißverständnisse würden dadurch beseitigt, und das Band der internationalen Solidarität wird dann in besserer Weise als bisher auch die deutsche und die russische Arbeiterschaft umschlingen.

Mit kameradschaftlichem Gruß!

M. Tomsky.“

Unseres Erachtens hat Genosse Tomsky vollkommen recht, wenn er über die Fragen, die von der Zeitschrift „Die Einheit“ vorgelegt werden, verwundert ist. Schon die Tatsache, daß unter der englischen Delegation kein einziger Kommunist war und die Dolmetscher gleichfalls von den Engländern gestellt wurden, zeigt die Haltlosigkeit der Argumentationen der ADGB.-Führer.

Trotzdem aber dürfte der Brief von großer Wichtigkeit sein, denn er zeigt den deutschen Gewerkschaftsmitgliedern, daß die Russen, obwohl sie jahrzehntelang in der schlimmsten Weise in den Spalten der deutschen Gewerkschaftsblätter beschimpft wurden, kein Mittel unversucht lassen, um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu fördern und daß auf der anderen Seite die bisherige Weigerung des ADGB. nach Rußland zu fahren, nichts anderes als ein faules Manöver war. Werden sich die ADGB.-Führer auch weiterhin weigern, mit den Russen in engere Beziehung zu treten, dann dürften sie sich in Zukunft auch innerhalb der Amsterdamer Internationale immer mehr isolieren. Nicht nur, daß die Gewerkschaftsmitglieder diese rußlandfeindliche Haltung schon längst nicht billigen; auch in den Kreisen der Amsterdamer Führer selbst findet infolge der ständigen Aufwärtsentwicklung des russischen Arbeiterstaates und des Druckes der Arbeitermassen mehr und mehr eine Annäherung an die Russen statt. Nicht nur die Engländer, sondern auch holländische, belgische, dänische, norwegische, schwedische und schweizerische Gewerkschaftsführer der Amsterdamer Richtung haben Rußland besucht und wurden nach ihrer Rückkehr Freunde der Einheitsbewegung.

Mit Recht lehnen die deutschen Gewerkschaftsmitglieder die Schlußfolgerung, welche die ADGB.-Führer von ihrer Amerika-Reise mitbrachten, ab. Die deutschen Arbeiter wünschen weniger, über die „neutralen“ Gewerkschaften des hochkapitalistischen Amerika informiert zu sein, wohl aber sind sie begierig, die Fortschritte der russischen Gewerkschaftsbewegung und der russischen Wirtschaft zu erfahren.

Jetzt haben die deutschen Gewerkschaftsführer das Wort, sie werden zeigen müssen, ob sie sich den berechtigten Wünschen der deutschen Arbeiter weiterhin entgegenstellen werden.

Die Bergarbeiterinternationale hat das Wort!

Cooks Antwort an Hodges

Smith, der Vorsitzende des englischen Bergarbeiterverbandes, und mit ihm Cook und noch einige Funktionäre sind nach Brüssel gefahren, um an der Sitzung der Bergarbeiterinternationale teilzunehmen. In dieser Sitzung sollen die Maßnahmen zur internationalen Unterstützung der englischen Bergarbeiter besprochen werden.

Inzwischen äußert sich eine Reihe hervorragender englischer Bergarbeiterführer zur Lage. Alle betonten einmütig, daß die Bergarbeiter nicht nachgeben können. Hall, ein Parlamentsmitglied, sagte, die Unternehmer setzen der Forderung nach einem zentralen Tarif den größten Widerstand entgegen, die Bergarbeiter halten aber an dieser Forderung fest. Die Krise des Bergbaus kann nur durch seine Nationalisierung gelöst werden. — Gill forderte einen Minimallohn von 48 Schilling. — Cook betonte die Notwendigkeit, daß auch die Arbeiter der anderen Industrien die Lage der Bergarbeiter klar begreifen. Die gegenwärtige Lebenshaltung des englischen Bergarbeiters sei um 30 Prozent niedriger als 1914, von einer Lohnherabsetzung kann nicht die Rede sein. Die Regierung und die Unternehmer haben sich zum Kampf gerüstet. Auch die Bergarbeiter sind zum Kampf gerüstet. Von einer Arbeitszeitverlängerung könne ebensowenig die Rede sein wie von einer Lohnkürzung. Bei 200 000 arbeitslosen Bergarbeitern wäre eher eine Kürzung der Arbeitszeit notwendig. — Spencer erklärte, der Streik sei unvermeidlich, wenn die Unternehmer daran festhalten sollten, in einigen Bezirken die Löhne zu kürzen. — Purcell machte sich über den Bericht der kgl. Kohlenkommission lustig: es sei ein Bericht des „wenn und aber“. Die Unternehmer klagen darüber, daß die Kohlenindustrie nicht profitabel sei. Wenn es aber nicht „profitabel“ heißt, wenn sie in zehn Jahren 290 Millionen Profit herausgeholt haben, was verstehen sie dann unter „profitabel“?

Auf die freche Rede Hodges

übergab der Sekretär des englischen Bergarbeiterverbandes, **Cook**, dem „Daily Herald“ im Namen des Verbandes folgende Erwiderung: **„Herr Hodges will die Oeffentlichkeit glauben machen, daß die Bergarbeiter bereit wären, eine Verlängerung der Arbeitszeit in Erwägung zu ziehen und daß der Bericht der Kohlenkommission die Prosperität der Kohlenindustrie sichern würde. Im Namen des englischen Bergarbeiterverbandes wünsche ich demgegenüber die Oeffentlichkeit dahin zu informieren, daß Herr Hodges mit dem Bergarbeiterverband keinerlei offizielle Verbindungen hat und nicht berechtigt ist, in seinem Namen zu sprechen. Ich bedauere feststellen zu müssen, daß Hodges in seiner Erklärung**

viel mehr die Unternehmer und die Regierung unterstützt als die Bergarbeiter,

deren Interessen er international zu vertreten vorgibt. Ich kann nicht begreifen, wie er als Sekretär der Bergarbeiterinternationale behaupten kann, daß die Erwägung einer Arbeitszeitverlängerung eine Lösung des Problems wäre.“

Balkankonferenz der Amsterdamer

Gegendemonstration der roten Gewerkschafter

In Sofia, der Hauptstadt des weißen bulgarischen Terrors, hat gestern eine **Balkankonferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes begonnen.** Daran nahmen Vertreter der reformistischen Gewerkschaften Bulgariens, Jugoslawiens, Rumäniens, Ungarns, Griechenlands und der Tschechoslowakei teil. Ferner nahmen teil die IGB.-Sekretäre Sassenbach und Mertens, Edo Fimmen, Sekretär der Internationalen Transportarbeiterföderation, Wilhelm von der Union der Lebensmittelindustrie und Simon von der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter. Die **Vertreter der roten Gewerkschaften,** die in verschiedenen Ländern stärker sind als die Amsterdamer, wurden **nicht zugelassen.**

Die SPD.-Presse weiß von einer **kommunistischen Gegendemonstration** beim Eintreffen der Amsterdamer zu berichten. Das wäre nach dem unerhörten Terror, dessen Opfer die Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter waren und noch sind, nicht verwunderlich. **Die Führer der Amsterdamer Gewerkschaften in Bulgarien, Ungarn und Rumänien haben den Henkersknechten der Zankoff, Horthy und Bratianu schuftige Helferdienste geleistet.** Auf Anforderung der Reformisten, unter den Augen Sassenbachs, wurde die revolutionäre Opposition auf dem rumänischen Gewerkschaftskongreß in Klausenburg von der Siguranza, der politischen Polizei, vom Kongreß „entfernt“, halbtot geprügelt und in die Kerker geworfen.

So etwas läßt sich nicht vergessen, wie auch das **völlige Versagen der Amsterdamer Internationale bei der Bekämpfung des weißen Terrors** in Bulgarien und Rumänien nicht zu vergessen ist. Die Gegendemonstration der Kommunisten zeigt, daß die Kommunisten auch unter dem Galgenregime Ljaptschews, das nicht „milder“ ist als das Regime Zankoffs noch leben. Die Amsterdamer, als die Freunde ihrer jeweiligen Bourgeoisien, können natürlich ruhig „demonstrieren“.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260419-10/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Für eine deutsch-russische Sportkonferenz

Im „Proletariersport“ Nr. 3 ist ein **Brief des Präsidiums des Höchsten Rates für physische Kultur an den Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Leipzig** veröffentlicht, der zur Erörterung und Klärung der Fragen sportlicher Zusammenarbeit beider Organisationen eine gemeinsame Konferenz beantragt. Da dieser Vorschlag der russischen Sportgenossen noch nicht beantwortet wurde, aber für die zukünftige Arbeit von größter Bedeutung ist, geben wir den Brief der russischen Genossen wieder:

„An den Vorstand des Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes
Leipzig, Fichtestraße 36.

Werte Genossen!

In den breiten Massen der Arbeitersportler einzelner Länder erstarkt in letzter Zeit eine Bewegung, die auf sachliche Zusammenkünfte der Arbeitersportler verschiedener Länder abzielt. Insbesondere sind wir in der Lage, festzustellen, daß die Arbeitersportler aller Länder, darunter auch Deutschlands, der russischen Körperkulturbewegung immer größeres Interesse entgegenbringen. Die zahlreichen Briefe, die bei uns aus verschiedenen Städten einzelner Länder einlaufen, sind ein deutlicher Beweis dafür. Das beste Zeugnis für das Bestehen einer solchen Bewegung aber ist jener freundschaftliche Empfang, jene Aufmerksamkeit und jene Gespräche, die den russischen Arbeitersportlern bei ihrem letzten Besuch in Berlin zuteil geworden ist. Wir sind fest überzeugt, daß es sich nur um die Anfänge der Bewegung handelt, daß diese Bewegung sich in der Zukunft erfreulich entwickeln und zur baldigen Verwirklichung der Einheit auf dem Gebiete des Arbeitersports der ganzen Welt beitragen wird.

Genossen! Wir sind der Ueberzeugung, daß man dieser Bewegung nicht gleichgültig gegenüberstehen darf und daß sie in den Dienst der Einheit gestellt werden muß. Uns will es scheinen, daß den gegenseitigen Wünschen durch Organisation sachlicher Zusammenkünfte Rechnung getragen werden kann.

Daher beantragen wir eine Erörterung dieser Fragen und eine Aufstellung allgemeiner Regeln dieser Zusammenkünfte.

Wir würden uns gern damit einverstanden erklären, wenn an der diesbezüglichen Sitzung nicht nur Vertreter des Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes teilnehmen, sondern sich auch Vertreter der anderen Arbeitersport- und Körperkulturorganisationen beteiligen würden.

Nachdem, wie wir es hoffen, von Euch eine zustimmende Antwort eintreffen wird, werden wir uns über Zeit und Ort der Sitzung verständigen können. Unsererseits werden wir nichts dagegen einzuwenden haben, wenn Ihr dieselben ganz nach Eurem Gutdünken bestimmen werdet.

Wir betrachten das sportliche Zusammenarbeiten als ein mächtiges Mittel für die Verwirklichung der Einheit der Arbeiter-Sportbewegung und hoffen, daß unsere Bestrebungen auf dem Gebiete dieser allen Arbeitersportlern gemeinsamen Sache auf keine Hindernisse stoßen, sondern im Gegenteil in den Arbeitermassen Eures Verbandes lebhaften Widerhall finden werden.

In Erwartung baldiger Antwort, mit revolutionärem Sportgruß!

Präsidium des Höchsten Rates für physische Kultur.“

Der Antrag spricht für sich selbst. Und doch wird es notwendig sein, vom Bundesvorstand eine zustimmende Antwort zu verlangen.

An die Ortskartelle des Reg.-Bez. Merseburg!

Auf der Reichskonferenz in Leipzig am 14. und 15. November 1925 ist einstimmig beschlossen worden, den Reichsarbeitersporttag am 13. Juni 1926 abzuhalten. Für unseren Bezirk macht sich eine andere Regelung nötig, und zwar aus dem Grunde, weil am 13. Juni 1926 die gesamte Fichte (Halle) mit Spielmannszug nach Leipzig macht.

Aus diesem Grunde sieht sich das Kartell veranlaßt, den Tag zu verlegen. Es ist beschlossen worden, denselben am **6. Juni**, und zwar zentral, in **Halle** abzuhalten. Dies zur Einleitung.

Den Plan denken wir uns folgendermaßen, und schlagen deshalb vor, den Reichsarbeitersporttag in folgender Weise zu veranstalten.

Der Grundgedanke ist, den Tag so wuchtig wie möglich zu gestalten, den Bürgerlichen zu zeigen, welche Macht wir sind. Zum besseren Verständnis wollen wir ein Beispiel anführen. Halle ist als Zentrum gedacht. Um Halle herum liegen 35 Ortschaften 1 bis 1½ Stunde entfernt. Nach Halle führen sieben Heerstraßen. Die einzelnen Turn- und Sportvereine, die in den an den Heerstraßen gelegenen Ortschaften wohnen, vereinigen sich und marschieren im geschlossenen Zuge mit Musik und Spielmannszug, soweit welche vorhanden sind, nach Halle. Und so vollzieht sich das auf allen nach Halle führenden Straßen. So wie es hier als Beispiel für Halle gedacht ist und auch zur Durchführung kommt, schlagen wir dasselbe vor für **Merseburg, Weißenfels, Naumburg, Wittenberg, Delitzsch, Eilenburg, Bitterfeld usw.**

Ihr geht also, Genossen, ein wuchtiger, grandioser Aufmarschplan, der seine Wirkung nach außen nicht verfehlen wird. Und das wollen wir gerade. In Zukunft nur noch geschlossen marschieren bei allen derartigen Anlässen. Wir wissen, es wird Euch schwer fallen, oder auch nicht, vom Althergebrachten abzugehen, aber im Interesse der Sache **muß** es gemacht werden.

Werte Sportgenossen! Wenn Ihr Euch diesen Plan reiflich überlegt, so werdet Ihr, ob Ihr wollt oder nicht, zu derselben Ueberzeugung kommen. Der Anfang muß gemacht werden, und — es geht.

Denkt an Frankfurt a. M.!

Ferner soll auch dieser Tag einzig und allein nur noch als reiner Sporttag gelten; aller anderer Klimbim ist beiseite zu lassen. Wir machen nun folgenden Vorschlag: Da es sonst immer üblich war, an diesem Tage Vergnügen abzuhalten, um eine Einnahme zu erzielen, dieselbe aber nun ausfällt, ist das Bezirkssportkartell gewillt, den eventuellen Uberschuß prozentual den einzelnen Ortskartellen zukommen zu lassen. Solltet Ihr mit diesem Vorschlag einverstanden sein (natürlich muß derselbe durchgesprochen werden), so teilt das Ergebnis dem Kartell umgehend mit.

Wir ersuchen hiermit, **daß sämtliche Kartelle sofort zu diesem Vorschlag Stellung nehmen, und das Endergebnis umgehend an den Bezirksvorstand mitzuteilen,** damit derselbe in kurzer Zeit eine **Gesamtsitzung der Kartelle** einberufen kann. Es ist unbedingt notwendig, daß eine Aussprache herbeigeführt wird, um den Aufmarschplan so durchzuführen, wie wir vorgeschlagen haben.

Der Bezirksvorstand.

Arbeiter-Sportkartell Halle

Die Bundeskonferenz am 15. November 1925 in Leipzig hat beschlossen, den Reichs-Arbeiter-Sporttag gemeinsam am 13. Juni 1926 zu begehen, und zwar in der Form, daß alle um eine größere Stadt liegenden Ortschaften mit ihren Sportvereinen gemeinsam nach dieser Stadt ziehen sollen, damit der ganze Aufmarsch auch imposant wirken soll. Auf Grund dieser Anordnung des Bundesvorstandes hat das Bezirks-Sportkartell des Regierungsbezirks Merseburg in seiner Vorstandssitzung vom 24. Februar 1926 einstimmig beschlossen, daß demgemäß verfahren wird. Obenstehender Aufruf war das Resultat dieser Sitzung und wurde an alle auswärtigen Vereine geschickt mit der Aufforderung, dazu Stellung zu nehmen und das Einverständnis umgehend mitzuteilen. Der Genosse Bandermann als Vorsitzender des Bezirkssportkartells teilte am 13. April in der Kartellsitzung mit, daß fast alle Vereine abgelehnt haben, den Reichs-Arbeiter-Sporttag in Halle zu begehen. Das bedeutet natürlich, gelinde gesagt, einen glatten Disziplinbruch. Der Verdacht liegt nun nahe, daß der Aufruf in den Mitgliederversammlungen nicht verlesen ist und diese ablehnenden Beschlüsse selbstherrlich zustandegekommen sind. Sportgenossen! Das kann es nicht geben, und wir fordern Euch auf, die Beschlüsse zu revidieren. Damit Ihr die Stellung des Arbeiter-Sportkartells Halle kennenlernt, lassen wir folgende Resolution nebst Aufruf vom 25. März nochmals zu Euch sprechen:

Entschließung

Die Vollsitzung des Arbeiter-Sportkartells nimmt mit Befremden Kenntnis von den Entschließungen mehrerer, sowie der unloyalen Handlungsweise einzelner Kartellvorstände, die das Rundschreiben des Bezirkssportkartells betreffs der Beteiligung im zentralistischen Sinne am Reichs-Arbeiter-Sporttag ihren Vereinen vorenthalten haben. Die Delegierten erwarten, daß die Kartelle ihre Haltung revidieren und sich bestimmt zu einer großzügigen Werbeveranstaltung am 6. Juni treffen.

Arbeiter-Sportkartell Halle.

Auch Wildung gegen den Arbeiter-Schachbund

Auf dem **Bundestag des Deutschen Arbeiter-Schachbundes** in Jena gab es keinen Krach, keinen Streit. Gemeinsame, sachliche Arbeit wurde während der viertägigen Tagung von den Delegierten aller Parteirichtungen mit den leitenden Organen des Bundes geleistet. Allerdings — und das registriert jeder Schachgenosse und jeder Arbeitersportler mit großer Genugtuung —, die Jenaer Tagung des DASB. stand im Zeichen der Arbeitereinheit, der Einheit mit den russischen Sportgenossen. Auch die Beratungen der **Schach-Internationale** standen im Zeichen der Einheit. Die Schachsektion der russischen Gewerkschaften wurde in die Schach-Internationale aufgenommen, so daß heute die Schach-Internationale 70 000 Mitglieder umfaßt und ein Territorium von Köln über Dänemark, Oesterreich, Schweiz, der Tschechei bis zum Kaukasus und Sibirien erschlossen hat. Neben dieser Tagung gingen eine Reihe von Turnieren vor sich, an denen sich Hunderte von Schachgenossen aus allen Gauen Deutschlands beteiligten. Und jeder Delegierte, ob Kommunist, ob Sozialdemokrat, war begeistert von den Veranstaltungen und den Erfolgen in Jena und war stolz darauf, dabei mitgewirkt zu haben.

Wenige Tage nach diesem Kongreß läßt das Sekretariat der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege auf diese Tagung ein heiliges Donnerwetter niedersausen. Ein am 9. d. M. im „Vorwärts“ veröffentlichtes Dokument der **Zentralkommission,** an deren Spitze Fritz Wildung steht, geben wir vollinhaltlich nachstehend wieder:

Was ist vor Moskau noch sicher?

Von der **Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege** wird uns geschrieben: Der Bundestag der Arbeiter-Schachspieler in Jena ist ein Opfer kommunistischer Demagogie geworden. Der **Bundesvorstand,** der durchaus **nicht kommunistisch orientiert** ist, hatte eine russische Delegation eingeladen, die auch in einer Stärke von sieben Mann erschienen war. **Die deutschen kommunistischen Drahtzieher** haben das benutzt, um den Bundestag mit allerlei **kommunistisch gefärbten Resolutionen** zu überrumpeln, so daß man **das Gefühl hat, als hätte hier ein kommunistischer Kongreß getagt.** Wie man uns indessen versichert, waren nur **ganze sechs Kommunisten** auf dem Bundestag anwesend, — **ein sehr beschämendes Zeugnis für die übrigen Delegierten, welche die kommunistischen Entschließungen geschluckt haben.** In einer dieser Resolutionen läßt man die „erste Arbeiter- und Bauernmacht, die Sowjetunion“, hochleben, schimpft auf das eigene Land und befehdet die Sozialdemokratie. Den politischen Gefangenen in den Ländern der Bourgeoisie — aber ja nicht in den „Kasematten Rußlands“ — sendet man Grüße, ganz wie es in den kommunistischen Geisteserzeugnissen üblich ist. **Dabei ist der Bund Mitglied der Luzerner Sportinternationale, deren Programm Neutralität zwischen den Arbeiterparteien verlangt.** Wir erinnern uns noch, welches Geschrei die Kommunisten machten, als auf dem Pariser Kongreß beantragt wurde, Beziehungen zur Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale anzuknüpfen. Hier aber mißbrauchen die Kommunisten einen Bundestag, um die kommunistische Gewaltherrschaft in Rußland anzuhimmeln. **Unter diesen Umständen lohnt es sich nicht, auf die übrigen Beschlüsse des Kongresses einzugehen.** Es genügt, zu sagen, daß für ehrliche Sozialdemokraten im Deutschen Arbeiter-Schachbund **kein Platz** mehr sein kann, wenn er nicht mit allen Kräften dafür eintritt, daß dieses Jena des Arbeiter-Schachbundes wieder gutgemacht wird.

*

Dieser Artikel beweist, daß die Leute um Wildung bei den Verhandlungen mit den russischen Genossen um die Einheit nicht offen sind und dunkle Pläne haben. Jetzt entlarven sie sich, daß sie es sind, die alles taten, um freundschaftliche Beziehungen mit der Roten Sportinternationale zu verhindern, daß auf das Konto des Sekretariats der Zentralkommission alle Schwierigkeiten, die sich bisher bei der Herstellung der Einheit und bei der Vermittlung von russischen Sportmannschaften ergeben haben, kommen. Die Neutralität der Sportorganisationen zwischen den Arbeiterparteien wird nach der Auffassung Wildungs nur dann aufgegeben, wenn sie sich nicht entsprechend der reformistischen Politik der SPD. gegen die Einheit wendet. Wenn eine Arbeitersportorganisation ihre Sympathie für einen Arbeiterstaat zum Ausdruck bringt, setzt die Hetze ein. Und das Tollste ist, daß die Spitze der deutschen Sportorganisationen, die Zentralkommission, die sozialdemokratischen Schachgenossen auffordert, eine der ZK. angeschlossene Organisation zu sprengen, indem sie ihre Schachgenossen anweist: **Ihr habt im Deutschen Arbeiter-Schachbund keinen Platz mehr.**

Klar muß man angesichts dieses frivolen Vorgehens das Sekretariat der Zentralkommission fragen:

1. Wird diese Handlungsweise von der gesamten Zentralkommission gedeckt?

2. Ist die gesamte Zentralkommission mit Wildung der Auffassung, daß man die sozialdemokratischen Arbeiter auffordert, aus dem Arbeiter-Schachbund herauszugehen, was in der Praxis die Spaltung bedeutet?

3. Sind die der Zentralkommission angeschlossenen Verbände mit dieser die Arbeitersportbewegung schwer schädigenden Politik einverstanden, oder wollen sie dafür Sorge tragen, daß mit dieser Spaltungs- und Zerstörungspolitik Wildungs endgültig gebrochen wird?

Was Wildung heute gegen den Deutschen Arbeiter-Schachbund unternimmt, liegt auf der gleichen Linie wie sein Spaltungsartikel zur Frankfurter Olympiade. So wie dieser Artikel auf einmütigen Widerspruch und Widerstand der Arbeitersportler stieß, so muß erneut die Wildungsche Spaltungs- und Zerstörungspolitik geschlossen zurückgewiesen werden.

Reichs-Arbeiter-Sporttag am 6. Juni 1926 im Stadion in Halle

Programm

Sonntag früh 7 Uhr: Großes Wecken von 3 Spielmannszügen durch die Stadt.

Mittags ½1 Uhr: Antreten zum Festzuge. Sammelplatz: Roßplatz.

Auf dem Stadion ½3 Uhr: 1. Massenfreiübungen der „Fichte“, Halle. 2. Massenreigen der Radfahrer. 3. Tauziehen der Athleten, Reigen der Naturfreunde, Expanderziehen. 4. Radballspiel, lebendes Schachspiel. 5. Handballspiel. 6. Fußballspiel.

Leichtathletische Wettkämpfe

Senioren: 100-Meter-, 400-Meter-, 1500-Meter-, 5000-Meter-Laufen; 4×100 Meter-, 3×1000-Meter-Stafette. Hochsprung, Weitsprung, Kugelstoßen, Diskuswerfen, Speerwerfen. Dreikampf: 100-Meter-Laufen, reDisprung, Schleuderballwerfen.

Jugend bis 18 Jahre: 100-Meter-, 800-Meter-Laufen, 4×100-Meter-Stafette. Dreikampf: 100-Meter-Laufen; Weitsprung; Kugelstoßen.

Schüler- und Schülerinnen, 10 bis 14 Jahre: 4×50-Meter-Stafette. Dreikampf: 75-Meter-Laufen; Weitsprung; Ballweitwerfen.

Frauen: 100-Meter-Laufen; Hochsprung; Weitsprung; 4×100-Meter-Stafette.

Die leichtathletischen Vorwettkämpfe finden früh von 8 bis 11 Uhr statt.

Alle Meldungen und technischen Angelegenheiten sind bis zum 15. Mai an die Adresse Otto Eurich, Halle, Lutherstraße 1, zu senden.

Der Vorstand. J. A.: K. Oertel.
Der technische Ausschuß. J. A.: Otto Eurich.

Bundestage

Der **Arbeiterradfahrerbund „Solidarität“** wird seinen Bundestag vom 17. bis 20. Juli in Karlsruhe in Baden abhalten.

Der Bundestag des **Arbeiterschützenbundes** findet am 15. August in Erfurt statt.

Berichterstattersitzung

Gestern tagten im „Volkspark“ die Berichterstatter. Die Beteiligung war schwach, in Zukunft muß das besser werden. Es wurde Beschwerde geführt über die unzureichende Resultatsbekanntgabe der ländlichen Vereine. Künftig werden die Schiedsrichter die Resultate an die Zentrale berichten. Ausführlich wurde die Reichsgesundheitswoche behandelt. Der Vorsitzende kennzeichnete einzelne Vereine, die trotz öfterer Ermahnungen sich immer wieder der bürgerlichen Presse bedienen. Eine Anregung, daß den Berichterstattern ein Vortrag über Presse und Journalistik gehalten werden möchte, fand Beifall. In nächster Sitzung soll darüber Beschluß gefaßt werden. Allen Vereinsvorsitzenden wird ein Rundschreiben zugehen, das die „Vereinsmitteilungs“-Angelegenheit regelt.

Fußball

Da nur in der 2. Gruppe der 1. Klasse Serienspiele ausgetragen wurden, war der Spielbetrieb gestern mager. In Nietleben spielten **Askania 1.** und **RV. Bruckdorf 1.** unentschieden 1 : 1. **Minerva 1.** legte **Zörbig 1.** ziemlich hoch mit 4 : 0 rein. Bis Halbzeit konnte M. nur ein Tor anbringen, Z. mußte leer ausgehen.

Im Gesellschaftsspiel spielten **Teicha 1.** und **Wörmlitz 1.** in Teicha 1 : 1. **Sportlust 1.** hatte **Viktoria 1.** auf unserem Platze zu Gaste und mußte eine 1 : 0-Niederlage einstecken. **Giebichenstein** hatte einen schwarzen Tag, sämtliche Mannschaften wurden geschlagen. **Giebichenstein 1.** spielte gegen **Ammendorf** 0 : 2.

Giebichenstein 2. verlor in Teicha gegen **Teicha 2.** 1 : 6.
Giebichenstein 3. — Ammendorf 3. 0 : 2.
Nur **Giebichenstein Jugend** spielte gegen **Sportlust Jugend** 0 : 0.
Sportlust 2. — RV. Bruckdorf 2. 4 : 1.
Lettin 2. — Fichte 2. 7 : 1.
ASC. 2. — Fortuna 2. 2 : 0.
ASC. 2. spielte unter Punktverlust.
Askania 2. — Minerva 2. 5 : 3.
Trotha 2. — Teutonia 2. 3 : 1.
Teicha 3. — Löbejün 1. 8 : 2.
Teicha Jugend — Viktoria Jugend 0 : 0.
Minerva 3. — ASC. 3. 2 : 1.
Askania Jugend — Sportlust 2. Jugend 4 : 0.
Trotha Jugend — Diemitz Jugend 0 : 1.
Wörmlitz Jugend — Fichte Jugend 0 : 0.
Eintracht Schkeuditz 1. — Sportlust Halle 1. 4 : 1.
Eintracht Schkeuditz 2. — Sportlust Halle 2. 2 : 2.
Eintracht Schkeuditz Jugend — Sportlust Halle Jugend 0 : 0.

Die Tabelle

erscheint am Mittwoch, da nur wenige Spiele ausgetragen wurden und kein Resultat vom Spiel Gröbers — Lettin vorliegt.

2. Kreis, 6. Bezirk. Jugendleiter

Amtlich. Nochmals erinnere ich sämtliche Jugendleiter an den Waldlauf. Jeder Verein hat sich am Waldlauf zu beteiligen. Treffpunkt Sonntag, den 25. April, 8.20 Uhr vormittags, im „Lindenhof“, Kröllwitz. R. Mertins, Obmann.

Klein-Wittenberg 1. — Holzweißig 1.

Halbzeit 2 : 0, Schluß 2 : 1 für Holzweißig. Holzweißig hat Anstoß. Nach zehn Minuten bekommt Holzweißig einen Elfmeter zugesprochen, welcher verwandelt wurde. In zwei Minuten konnten sie das zweite Tor für sich buchen. Nach Halbzeit mußte ein Spieler von Holzweißig das Feld verlassen. Dadurch war es Klein-Wittenberg vergönnt, das Ehrentor zu schießen. So konnte Holzweißig als Sieger hervorgehen.

Sportverein Sandersdorf 1. — 03 Bitterfeld 1. 0 : 5 (0 : 2, Ecken 7 : 13)

03 stellt durch aufopferndes Spiel das Resultat bis Schluß auf 5 : 0. Schiedsrichter Liesche leitet einwandfrei. Zu vermerken ist, daß jede Partei einen Elfmeter verschoß.

Klein-Wittenberg 2. — Holzweißig 2. 2 : 2.
Klein-Wittenberg 1. Jugend — Holzweißig 1. Jugend 0 : 6.
Bitterfeld 03 2. — Sandersdorf 2. 2 : 1.
Wolfen 1. — Greppin 1. 0 : 1. Ecken 6 : 2 für Greppin.

Achtung, Waldlauf!

Im Kartellbericht des „Klassenkampf“ vom Mittwoch steht: der Waldlauf findet nicht statt. Der Waldlauf findet bestimmt am Sonntag, dem 25. April, statt. Alle Vereine haben zu erscheinen. Hermann Koch.

Handball

Hier waren noch weniger Spiele als beim Fußball.
Adler 1. ließ sich vom **ABV. Kröllwitz** mit 1 : 0 besiegen.
Sportlust 1. schickte **Merseburg 1.** mit 3 : 1 geschlagen heim.
Minerva 1. unterlag gegen **Peißen 1.** mit 1 : 2.
Sportlerinnen Sportlust — Minerva 0 : 0.

BC. Giebichenstein Schüler — Othello 1 : 1 (1 : 0)

Am Sonntag standen sich BC. Schüler und Othello Schüler im Gesellschaftsspiel gegenüber. Mit Anwurf setzt ein lebhaftes Kombinationsspiel beider Mannschaften ein, bei welchem BC. mit leichter Ueberlegenheit im Vorteil ist. Othello findet sich nach geraumer Zeit gut zusammen und zeigt ihrerseits ihre Stärke im Angriff. Das offene Spiel beider Mannschaften sowie die Leistungen einzelner Spieler gaben den Anschein einer torlosen Halbzeit, doch in der 14. Minute kann Halbrechts von BC. zum ersten Erfolge kommen. Othello wird im Angriff immer lebhafter. Die zweite Hälfte ist Othello im Zusammenspiel besser, und in der 32. Minute ist der Ausgleich erzielt. Beide Mannschaften arbeiten auf Sieg und überbieten sich förmlich in ihren Leistungen. Der Schlußpfiff trennt beide Mannschaften mit obigem Resultat. Im ganzen ein gutes, genußreiches Spiel von zwei Schülermannschaften durch die Ruhe beim Spiel selbst. Beide Schiedsrichter leiteten zur Zufriedenheit.

Schach

Zeitzer Arbeiter-Schächer auf dem Bundestag in Jena

Wie gemeldet, fand Ostern der Bundestag in Jena statt. Schon am Freitag hatten sich etliche Schachgenossen aufgemacht, um den verschiedenen Turnieren beizuwohnen. Am ersten Feiertag, nachmittags, kam es zu großen Wettkämpfen, u. a. auch der Massenwettkampf 8. Kreis — 6. Kreis. Es waren über 100 Bretter besetzt. Auch die Zeitzer Schachgenossen spielten mit für den 8. Kreis und haben sich gut geschlagen. Schachgenosse W. Stephan spielte Remis, Fr. Beer holte sich einen Sieg, A. Vetter spielte Remis. Leider mußten einige Schachgenossen vorzeitig wieder abreisen.

Vereinsmitteilungen

Arbeiter-Radio-Klub Halle

Am Mittwoch, dem 21. April, abends 8 Uhr, findet die Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1a, statt. Wichtige Tagesordnung. Vortrag von Herrn Wiebach.

Arbeiter-Sportvereine bestellt eure Drucksachen bei der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260419-10/fragment/page=0008

Klassenkampf

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1066 48 Fritz Koch, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Montag, den 19. April 1926** | **6. Jahrgang * Nr. 91**

Verhindert die Niederschlagung des Volksentscheids

Unerhörte Provokation der Luther-Regierung — Betriebe vor die Front!

Wir haben in der Sonnabend-Nummer des „Klassenkampf" mitgeteilt, daß zwischen den Regierungsparteien **ein Kompromißentwurf** in der Fürstenabfindungsfrage zustande gekommen ist. Dieses Kompromiß, das im wesentlichen dem letzten Kompromiß, das während des Volksbegehrens von den Regierungsparteien zurechtgezimmert wurde, gleicht, enthält darüber hinaus noch **Bestimmungen**, deren praktische Auswirkung noch stärker die Fürsten begünstigt, wie das schon geschehen ist. Die 12½ Millionen Stimmen für das Volksbegehren **existieren nicht für diese Fürstenlakaien.** Man hat sich lediglich bemüht, das Kompromiß so zu gestalten, daß auch die von den Deutschnationalen abhängige **Wirtschaftspartei** ihre Zustimmung gegeben hat.

Stellt schon dieser Kompromißentwurf eine Provokation dar gegenüber den 12½ Millionen Einzeichnern für den Volksentscheid, so hat sich der **Reichswirtschaftsminister Kurtius gestern in einer Rede auf dem Badischen Parteitag der Deutschen Volkspartei in Mannheim** eine Unverschämtheit geleistet, die nicht stark genug in den Vordergrund gestellt werden kann, zeigt sie doch aus dem Munde eines verantwortlichen Ministers, **wie man über den Volksentscheid denkt und was man mit dem Volksentscheid tun wird.** Nach einem Rückblick auf die auswärtige Politik des Reiches ging Kurtius auf die Innenpolitik über und führte nach den **„Leipziger Neuesten Nachrichten"** vom Montag folgendes aus:

„Leider wird die deutsche Innenpolitik am kräftigen Vorwärtsschreiten auf dem als richtig anerkannten Wege immer wieder durch **neue Hindernisse gehemmt,** so drohe **eine neue Krisis durch die Volksbegehren der Aufwertungsgläubiger, Kriegsbeschädigten, Mietervereine** usw. Die **Aufwertung** der Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen und der Friedensbanknoten auf 50 Prozent würde den **öffentlichen Kredit ruinieren.** Schon die Zulassung dieser Volksbegehren würde **unermeßlichen Schaden anrichten.**

Die Volksbegehren seien aber gegen den Geist der Verfassung. Die Reichsregierung werde sich deshalb mit allen Mitteln und mit ihrer ganzen Autorität gegen diese Volksbegehren stellen."

Bis jetzt hat man in der bürgerlichen Presse der Rechtsparteien — wir haben bereits eine ganze Reihe solcher Pressestimmen vermerkt — die Mittel und Wege gezeigt, wie man mit den Machtmitteln des Staates Volksbegehren und Volksentscheid, wenn sie günstig ausfallen, rückgängig machen kann. Jetzt wird von **offizieller Seite** verkündet, daß die Reichsregierung mit ihrer **ganzen Autorität und mit allen Mitteln** sich gegen Volksbegehren und Volksentscheide stellen werde. Wenn der Reichsminister Kurtius nach den Ausführungen der „Leipziger Neuesten Nachrichten" von den geplanten Volksbegehren spricht, so ist es unzweifelhaft, daß er damit ganz genau so gut **das Volksbegehren für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten und den kommenden Volksentscheid meint.**

Vor wenigen Tagen ist die Reichsregierung in München gewesen. Wir haben bereits mitgeteilt, welchen Inhalt die Besprechung in München zwischen der bayrischen Regierung und der Reichsregierung haben würde. Die gestrige Rede des Wirtschaftsministers Kurtius beweist, daß eine **weitgehende Uebereinstimmung** zwischen den Forderungen der bayrischen Regierung auf Abbau des Parlamentarismus, Heraufsetzung des Wahlalters, Maßnahmen gegen den Volksentscheid usw. erzielt worden ist. **Der Reichsminister Kurtius hat aus der Schule geplaudert.** Dafür kann man ihm dankbar sein.

Was sind die politischen Folgerungen, die aus diesen Aeußerungen des Reichswirtschaftsministers gezogen werden müssen? Die Ansetzung des Volksentscheids und die **Durchführung eines siegreichen Volksentscheids** erst recht **kann nie und nimmer mit der Luther-Regierung geschehen.** Der Volksentscheid und die Erstarrung der Luther-Regierung sind zwei Dinge, die sich wie Feuer und Wasser gegenüberstehen. **Wer den Volksentscheid und seine loyale Durchführung will, muß den Sturz der Luther-Regierung wollen.** Das ist die klare Logik, die sich aus dieser Aeußerung des Reichswirtschaftsministers ergibt. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden immer mehr erkennen, wie sie betrogen worden sind, als **ihre Reichstagsfraktion** sich vor wenigen Wochen **wieder für Luther entschieden hat.** Darüber hinaus werden alle jene Kleinbürger, die durch den Krieg und die Inflation an den Bettelstab gebracht worden sind, erkennen, daß es nunmehr Zeit ist, dieser Luther-Regierung den Garaus zu machen, die durch den Mund des Reichswirtschaftsministers Kurtius die schärfsten Maßnahmen gegen sie ankündigt.

Morgen tritt der Reichstag wieder zusammen. Die 12½ Millionen Stimmen, die sich zum Volksbegehren eingetragen haben, müssen zu einer gewaltigen Einheit zusammengefaßt werden, deren Parolen: **Nieder mit der Luther-Regierung, Reichstagsneuwahlen und Volksentscheid** die morschen Throne dieser Fürstenlakaien fürchten.

Völkerbund und deutsch-russ[illegible]vertrag

„Volksblatt" als Anwalt des Völker[illegible]ußland

Die Verhandlungen über den Abschluß eines **deutsch-sowjetrussischen Neutralitäts-Vertrages** hat alle **Locarno-Gemüter** aufgescheucht. Aengstlich horcht die überraschte deutsche Presse auf den „Eindruck" bei den **Westmächten.** Die Reichsregierung erläßt beruhigende Erklärungen, daß sie über jeden Schritt ihrer Verhandlungen mit der Sowjet-Union nicht nur die **Locarno-Mächte,** sondern auch die Washingtoner Regierung „auf dem Laufenden hält" (!) und daß der geplante Vertrag **„an der Locarno- und Völkerbundspolitik Deutschlands nichts ändern soll".**

Nun hat es bekanntlich viele Leute gegeben, die der deutschen Arbeiterschaft Locarno und den Völkerbund nicht laut genug als ein geniales Werk des **Friedens,** als den Beginn der **Befriedung Europas** anpreisen konnten. Am Lautesten schrien dabei die Sozialdemokraten. Mit nicht geringem Erstaunen dürften deshalb die sozialdemokratischen Arbeiter folgende Ausführungen im „Volksblatt" vom Sonnabend gelesen haben:

„Am meisten ist die Rede von einer Analogie zu dem russisch-türkischen Neutralitätspakt, den Tschitscherin und der türkische Außenminister Ruchdy Bey am 17. Dezember 1925 in Paris unterfertigt haben, und der ja ebenfalls in Moskau als eine Ergänzung der Locarno-Verträge, oder besser gesagt, als eine Antwort auf sie angesprochen wurde. Aber es ist doch schwer vorstellbar, daß eine ähnlich geartete Konvention zwischen Deutschland und Rußland geplant sein soll, da sie mit den Satzungen des Völkerbundes nicht in Einklang zu bringen wäre.

Jener Vertrag verlangt im Falle einer militärischen Aktion gegen einen der beiden Beteiligten die Neutralität des anderen. Außerdem verpflichten sich die Parteien, sich jeden Angriffs gegeneinander zu enthalten und in keine Allianz und keine politische Abmachung mit einer oder mehreren Mächten einzutreten und keinen feindlichen Akt zu unterstützen, der gegen die Sicherheit des anderen Partners zu Wasser und zu Lande gerichtet sein könnte.

Nehmen wir z. B. an, daß Rußland in einen Konflikt mit einem der dem Völkerbund angehörenden Staate geriete und sich weigerte, sich den vom Bunde aufgestellten Bedingungen über eine friedliche Regelung von Streitfragen zu unterwerfen, so würden Rußland gegenüber die Bestimmungen des Artikels 16 in Kraft treten. Nun mag man dem Artikel 16 die für Deutschland denkbar günstigste Auslegung geben, auf alle Fälle wäre es aber gänzlich unmöglich, daß es sich von vornherein vertragsmäßig zur Neutralität verpflichtet."

Wir müssen feststellen: das ist ein interessantes Geständnis. [illegible] n Arbeitern also be[illegible]ralitäts-Vertrag dem [illegible] widersprechen würde! [illegible]eden sichern soll, wie [illegible]s-Vertrag zur Sicher[illegible]cht „in Einklang mit [illegible]erden?

[illegible]ie Arbeiterschaft an[illegible]schen Führer selbst [illegible] Wirklichkeit nur der [illegible]listischen Räuber im [illegible]rischen Artikel 16 der [illegible]chen Arbeiter gerade [illegible]eutsch-russischen Neu[illegible]zifismus der Scheide[illegible] Insbesondere aber [illegible] bewiesen wird, daß [illegible]n Frieden kämpft. [illegible] zugeben, indem es [illegible]meiner Neutralitäts[illegible] militärischer wie zu [illegible]Rußland ausschließen [illegible]d philosophiert, daß [illegible] des Völkerbundes verletzt werden könnten!

Die Arbeiterschaft weiß genau, daß alle Anstrengungen Sowjet-Rußlands den Frieden nicht wirklich sichern können. Die **Luther-Regierung** versucht nur aus dem Genfer Fiasko, aus den Gegensätzen der Imperialisten Nutzen zu ziehen, um auf diplomatischerem und geschickterem Wege **die durch die Teilnahme am Völkerbund begonnene Kriegspolitik fortzusetzen.** Die deutsche Bourgeoisie wird den deutsch-russischen Neutralitäts-Vertrag in dem Augenblick wie einen Fetzen Papier zerreißen, wo sie mit entsprechender Gewinnbeteiligung gemeinsam mit den westlichen Räubermächten über Sowjet-Rußland herfallen kann. Die Arbeiterschaft ist sich deshalb klar, daß die wirkliche **Sicherung des Friedens nur möglich ist, wenn das Proletariat den Kampf aufnimmt**

für den Sturz der Luther-Regierung,
für ein Arbeiter-Deutschland,
für das Bündnis mit Sowjet-Rußland!

Volksgesundheit und Fürstenenteignung

In allen Städten und Orten Deutschlands lief unlängst ein Film mit dem aufrüttelnden Titel: „Volk in Not!" Es handelte sich aber nicht, wie harmlose Gemüter glauben könnten, um eine Darstellung der furchtbaren gesundheitlichen und sozialen Notlage des arbeitenden deutschen Volkes, sondern um die Befreiung Ostpreußens vom Russeneinbruch 1914 durch Hindenburg. Aus der Not des Volkes wird imperialistische Propaganda gemünzt. Im furchtbarsten Elend vorkommen breiteste werktätige Schichten. — Selbstmorde und Hungertodesfälle sind an der Tagesordnung. — Die Tuberkulose, der weiße Tod, der als Proletarierkrankheit galt, nistet sich jetzt in Mittelständler- und Beamtenkreisen ein, zafft Künstler und Gelehrte, Studenten und verarmte Kleinhändler dahin. Verheerende Krankheiten und Seuchen wüten. Vom flachen Lande melden die Bulletins des „Reichsgesundheitsamtes", daß die Pächter und Kleinbauern den Arzt nicht mehr in Krankheitsfällen rufen, so daß immer öfter der Arzt nur den Todeseintritt bestätigen kann. Ja — in verschiedenen Gegenden Deutschlands geschieht selbst das nicht mehr, weil die Todesbestätigung auch von Laien geschehen darf. — Nach den Feststellungen vieler praktizierender Aerzte und der oben genannten amtlichen Stelle nehmen die Erkältungs-, Magen- und Nervenleiden dauernd zu. Die Verminderung der Säuglingssterblichkeit, auf die unsere Sozialhygieniker so stolz sind, läßt sich daraus erklären, daß erstens die Zahl der Geburten im Vergleich zur Vorkriegszeit enorm gefallen ist und zweitens die Lebens- und Aufzuchtmöglichkeiten für die wohl überlegt Gezeugten und Geborenen von vornherein als gesicherter gelten können. Die Epidemien, vor allem der Unterleibstyphus, haben durch ihr gehäuftes und gefahrvolles Auftreten im vorigen, wie auch im jetzigen Jahr, in allen Kreisen schwerste Sorgen und Befürchtungen ausgelöst.

Alle diese unbestreitbaren Tatsachen der gesundheitlichen Verelendung müssen — es gilt schon als Binsenwahrheit — auf die trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung zurückgeführt werden. Die dauernde Erwerbslosigkeit zwingt zu einer starken Einschränkung des Kleider- und Nahrungsmittelkonsums, der mancherseits auf 40 Prozent der Norm geschätzt wird. Die Wohnungsnot steigt dauernd, da nur für kapitalkräftige Kreise einigermaßen hygienische Wohnräume hergestellt werden. Nach Angaben der Bodenreformers Damaschke fehlen zurzeit in Deutschland 1 200 000 Wohnungen. Die Wohnungsdichte nimmt, nach Angaben der Krankenkasseninspektoren, besonders in den Großstädten dauernd zu, so daß Zimmerbelegungen von acht bis elf Personen keine Seltenheit mehr sind. Mit offen Tuberkulosekranken teilen häufig ein bis zwei noch Gesunde das Bett.

Bei dem Elend wirkt es wie ein Faustschlag ins Gesicht der leidenden Masse, daß der Gesundheitsetat eingeschränkt, aber der Heeres- und Marineetat, der Polizeietat enorm gesteigert werden. — „Kein Geld ist da" für ernsthafte Bekämpfung der Tuberkulose und Säuglingssterblichkeit, für Neubau von Krankenhäusern und Ferienheimen, für die Ausheilung der Kriegsopfer, für die Versorgung der Altersinvaliden.

Die bürgerliche Regierung Deutschlands fühlt sich bemüßigt, wenn sie schon kein Geld für die Volksgesundheit ausgibt, wenigstens so zu tun, als wenn sie etwas täte. Zu diesem Zwecke veranstaltet sie eine Reichsgesundheitswoche. Die für das Volkswohl verantwortlichen Regierungsmänner haben zweifellos von der großzügigen Gesundheitspropaganda der Sowjetregierung, die allerdings auf ganz andere — nämlich realer Basis arbeitet, gehört; jetzt wollen sie, ohne den Lehrmeister zu nennen, ihn imitieren. Ihre Nachahmung wird aber, weil vollständig in der Luft schwebend, und ohne Zusammenhang mit den Werktätigen, zum bloßen Tamtam. Die geplanten Ausstellungen werden neben dem üblichen „Belehrungsmaterial" den Fabriken medizinischer Potentiartitel im breitesten Maße Platz geben. Der „ideologische Ueberbau" wird natürlich rein individualmedizinisch sein und wie es schon im Programm heißt: „Dem **Einzelnen** seine Verantwortung für die Volksgesundheit" zum Bewußtsein bringen. Also nicht das kapitalistische System, sondern das Opfer ist schuld! Von zahllosen medizinischen Autoritäten soll in der Reichsgesundheitswoche dieser **Kernsatz heuchlerischer Verdrehung hinausposaunt werden.** Es fängt schon bei der jetzt anhebenden Kinovorbereitung entsprechend an. Da wird ein vollgefressener Fettwanst, der von hochgehäuften Tellern frißt, dargestellt neben einem zweiten, der, wie durch den Zeitspiegel gesehen, schnell die Speisen hinuntermürgt. Das Motto, das nachher auf der Leinwand erscheint, lautet „Ißt nicht so viel und nicht so hastig". Das fehlt gerade in der heutigen Zeit, daß das Proletariat zu sparsamem Essen angehalten wird. Von dem Propagandisten ist die Kollegverteilung sicher so gedacht: Proletarier, ißt nicht so viel; Bourgeois, ißt nicht so hastig, nimm Dir Zeit!

Neben der Gesundheitswoche der Reichen läuft die Volksaktionswoche zum „Fürstenentscheid".

Mindestens 2,6 Milliarden Volksvermögen beanspruchen die entthronten Despotenhäuser. Sie wollen sich **gesund machen,** während das Volk in Krankheit und Siechtum verkommt. Der Entwurf zur Fürstenenteignung sieht ausdrücklich vor, daß die ins Volkseigentum zurückzuführenden Werte für die genau benannten Geschädigtenkreise verwandt werden müssen.

Den 2,6 Millionen **Erwerbslosen** könnte man ein Jahr lang monatlich 83 Mark zu ihrer kargen Unterstützung gewähren.

Den 10 Millionen **Kriegsbeschädigten** könnte man während 26 Jahren durch Zinsendienst je 300 Mark Rentenaufbesserung zuweisen.

Den unter Wohnungsnot besonders leidenden **Auslandsdeutschen** (Heimkehrer und den übrigen Opfern der Inflation könnte, wenn man ihre Zahl auf 1,2 Millionen schätzt, ein Wohnungsbauzuschuß von je 2170 Mark gegeben werden.

Den **Landarbeitern, Kleinpächtern und Kleinbauern** soll durch Schaffung von Siedlungsland auf den 2 Millionen preußischen Morgen (eine halbe Million Hektar) Landbesitz zu Tausenden die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260419-10/fragment/page=0009